



auftrag

Juni 1987

165

● **auftrag**

Juni 1987

Heft 165 — 27. Jahrgang

3	27. Woche der Begegnung	H. F.
5	Die Vorkonferenz	
6	Montag, 27. April 1987	
	Lagefeststellung der GKS 1987	J. B.
11	Jugend will Aufbruch	Hans Babrs
12	Dienstag, 28. April 1987	
	Grundwerte leben — dargestellt am Leben und Wirken des Kardinals Clemens von Galen	Joachim Kuroepka
27	Eröffnung der Bundeskonferenz der GKS	Willy Trost
29	Bericht Redakteur	Helmuth Fettweis
33	Bericht Bundesgeschäftsführer	Jürgen Bringmann
35	„Begegnung mit Clemens August Kardinal von Galen“	Norbert M. Schütz
39	Paul Schulz: Bundesvorsitzender Erklärung nach der Wahl	
40	Mittwoch, 29. April 1987	
	Eröffnung der Zentralen Versammlung	Ernst Niermann
42	„Unser Einsatz für die Grundwerte — gelegen oder ungelegen“	Paul Bocklet
53	Bericht des Vorsitzenden ZV	Heinrich Havermann
67	Wort des Bundesvorsitzenden	Paul Schulz
69	Jahresbericht der GKS	Willy Trost
73	Grüße des Priesterrates	Ferdinand Vater
76	Das Pontifikalamt	
	Begrüßung	
	Predigt des H. H. Militärbischofs	Elmar Maria Kredel
80	Grußwort zum Empfang	Heinrich Havermann
83	Die Gäste	
84	Donnerstag, 30. April 1987	
	— Arbeitsgruppe 1	
85	— Arbeitsgruppe 2	
86	— Arbeitsgruppe 3	
87	Grundwerte leben — Auswertung	Heinz Köpflinger
92	Freitag, 1. Mai 1987	
93	Aus GKS und PGR	
	Flensburg	Günter Thye
	Wehrbereich VI	Ute Daumann
95	Flensburg	Heinz Lorek
96	München	Ute Daumann
97	Hammelnburg	Eva Albert
	Freyung	Heinrich Vierlinger
98	Münster	Hans Stilbach
99	Köln	Hans Dieter Vogels
100	Bereich I u.	Siegfried Günther
	Bereich See	Günter Thye
	Gießen/Wetzlar	Thomas Wißner
102	Frieden und Sicherheit	
	Sicherheit und Überraschungsangriff —	
	Gedanken zur sowjetischen Militärdoktrin und Strategie	Karl-Wilhelm Becker
121	Die Null-Lösung	H. F.
123	Das aktuelle Buch	

27. Woche der Begegnung

Wenn man diese Woche der Begegnung auf eine bemerkenswerte Auffälligkeit verkürzen will, dann muß man feststellen, daß der Generationswechsel fast vollständig vollzogen ist.

Aber dabei wird auch erkennbar, daß trotz manch äußerlicher Änderung das Wesen der GKS gleich geblieben ist und mit der gleichen tiefen Frömmigkeit, die auch die „Gründerväter“ be-seelte, weiter gepflegt wird.

Was kann Sinn und Aufgabe eines Verbandes sein? Bischof Hengsbach (Heft 163/164, S. 83) hat das sehr deutlich gesagt. Die Kirche ist als Heilszeichen für die ganze Welt gestiftet. Heute können aber die zum Amt berufenen Priester und Bischöfe nicht mehr in alle Ecken und Winkel der Welt wirken. Da steigt die Bedeutung der Teile der Kirche, die sich für den Dienst der Kirche in der Welt und an der „Welt“ engagieren. Da nun einmal in einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft auch das Gesetz der Zahl eine Rolle spielt, können nur die Gehör finden, die ihre Argumente sorgfältig gewichtet und diskutiert haben, die dann aber den Standpunkt auch mit dem Gewicht einer Stimme vertreten. Und dort liegt die eine Aufgabe der Verbände.

Die andere ist, daß die vielfältigen geistigen Strömungen — auch die Irrungen und Wirrungen — in der Gesellschaft aufgespürt und bekannt gemacht werden — in der Kirche bekannt gemacht werden, damit sie dort mit unseren geistlichen Vätern, Hirten und Beratern auf den Grundkonsens in ethischen, moralischen und sittlichen Fragen geprüft werden.

So ist Verbandsleben nicht eine Einbahnstraße, sondern Forum, mit Einbringen, Austauschen und Verbreiten der an christlichen Maßstäben geprüften Lösungsangebote für die Probleme der Welt.

Unter diesen Gesichtspunkten hat die Tagung eine Menge positiver Impulse gebracht. „Grundwerte leben“ ist heute eine Herausforderung in mehrfacher Hinsicht. Wer Grundwerte leben will, muß wissen, was Grundwerte sind. Sieht man von den vorbereitenden Abhandlungen im Heft 163/164 ab, so dienten der Information der Teilnehmer die beachtenswerten Vorträge (S. 12ff. u. 42ff.) und die Diskussionen in den Arbeitskreisen.

Diesem ersten Schritt folgt dann jener, den ein jeder selbst vollziehen muß. Er muß sich kritisch prüfen, ob er die Grundwerte zur Maxime seines Lebens macht oder ob da ein Defizit ist. Wir wissen alle, daß wir schwache und sündige Menschen sind. Daher ist es die Tradition der Laienbewegung in der Militärseelsorge, jeden Tag mit dem Dienst vor Gott zu beginnen oder zu schließen. Nur in der Ausrichtung, in der Stärkung durch Sein Wort, im persönlichen Schuldbekenntnis und in der lebendigen Kräftigung durch die heilige Eucharistie wachsen die Kräfte zu, die den jeweiligen neuen Anlauf zum Wachsen in den Grundtugenden erfolgreich machen können.

Dann erst folgt der dritte Schritt. Und der ist oft so unsagbar schwer. In der Kraft der Gemeinschaft, der Kameraden, unter dem Eindruck der verheißenen Gegenwart Christi im gemeinsamen Gebet und im heiligen Opfer sieht alles so relativ „möglich“ aus.

Aber dann beginnt der Kampf in der Vereinzelung. Das beginnt eigentlich schon bei der Rückfahrt. Nimmt man die Widrigkeiten gelassen hin?

Dann folgt die Begegnung mit den Sorgen der Familie; reicht das Verstehen, das Verzeihen, das Anspornen aus? Oder resigniert man und verfällt in den alten Trott? Die Familie müßte zuerst empfinden, der Vater — oder bei den weiblichen Delegierten die Mutter — ist ein wenig anders, sie oder er läßt Hoffnung erkennen, vielleicht auch ein wenig mehr Freude spüren.

Dann wird auch verständlicher, daß man um der gesellschaftlichen und der kirchlichen Gemeinschaft willen Opfer bringen muß.

Es sagt sich so leicht dahin, daß die Menschen aufeinander angewiesen seien. Doch wie schwer ist es, wenn Mann oder Frau an manchen Abenden zum Dienst an der Gemeinschaft fort muß?

Wenn sich ja mehr Mitmenschen beteiligen würden, wäre die Last gleichmäßiger zu verteilen. So liegt vielfach die Arbeit bei wenigen. Und wenn dann diese Beteiligung in den Parteien, Gewerkschaften, in Standesvereinigungen und auch noch in der Kirche erfragt wird, dann kann es tatsächlich schwierig werden.

Deshalb war es ein guter Entschluß der GKS, die Mehrfachmitgliedschaften in Sachausschüssen usw. zu verringern und Schwerpunkte des Einsatzes zu bilden.

Und noch eine Frage ist zu lösen: Wie weit muß christliche Nächstenliebe gehen? Darf man, wenn es um die Sache geht, auch Personaldiskussionen führen, die ein Bild von Kandidaten zeichnen, das sicherlich nie vollkommen sein kann und daher die Schwere des Irrtums einschließt?

Wir alle sind Menschen, die zeitlebens dem Irrtum, ja sogar der Sünde ausgeliefert sind. Wenn wir für die Kirche arbeiten, dann können wir zwar auf Gottes Fügung hoffen, doch wir müssen all unser Können und Wissen einsetzen, um eine sinnvolle Lösung zu finden. Das Ziel aller Diskussionen muß also sein, für die jeweilige Aufgabe aus dem Kreis der Brüder (Schwestern) den für die Arbeit Besten auszusuchen.

Man kann es sich um des hohen Zieles willen einfach nicht leicht machen und den Nächstliegenden wählen. Wichtig aber ist, daß die Vor- und Nachteile sachlich vorgebracht werden. Sie dürfen nicht in einer Abwertung des anderen als Mensch bestehen.

Wenn dann die Diskussion beendet und die Wahl gefallen ist, dann müssen die Brüder einvernehmlich zu dem bzw. den Gewählten stehen.

Gewählte und Unterlegene müssen in neuer Formation ihr Bestes geben. Denn wenn sie sich schon einmal dem großen Ziel Kirche verschrieben haben, dann müssen sie — gelegen oder ungelegen — an der Arbeit weitermachen. Sonst könnte man auf den Gedanken kommen, daß andere Interessen Antrieb waren.

Die Arbeit in der Kirche kann nur — viel mehr als in anderen Bereichen — demütiger Dienst sein.

Nicht umsonst finden wir in der Geschichte so vieler Heiliger, vor allem derer, die in der Kirche reformierten, Punkte, da gab niemand mehr einen „Heller“ für den Erfolg eines Benedikt von Nursia, eines Franz von Assisi, eines Ignatius oder auch einer Frau wie Katharina von Siena. Vielfach hat ihnen das Scheitern eines ersten Planes, eines ersten Anlaufes auch gezeigt, daß ihre Auffassung noch nicht durchdacht genug war. Es kann sogar sein, daß die Zeit noch nicht reif war für den einen oder anderen zukunftsorientierten Gedanken.

Alle diese Gedanken stehen über dieser Tagung in Stapelfeld und über dem Ringen um den besten Weg.

Blickt man mit einem Abstand von einigen Wochen — die selbst schon wieder angefüllt waren von tiefgehenden Ereignissen — auf diese Zeit, dann kann man — auch mit der gebotenen Zurückhaltung des Chronisten — sagen, daß die GKS in einer harten, aber dennoch menschlichen Form die Richtung für die nächste Zeit bestimmt hat. Tun wir das Unsrige durch Gebet und helfende Sorge, dann wird auch der Beistand des Geistes auf Dauer nicht versagt bleiben.

Die Vorkonferenz

Zur Vorkonferenz am 25. April fanden sich bereits die Mitglieder der Vorstände — GKS und ZV — fast vollständig ein.

Das „gesellige Beisammensein“ nach dem gemeinsamen Abendessen wurde schon bald zur lebendigen Diskussionsrunde. Es zeigte sich, daß das zunächst als spröde empfundene Thema „Grundwerte leben“ doch für sehr viel Diskussionsstoff gesorgt hatte. Selbst dort, wo das Thema nicht sofort gezündet hatte, entwickelten sich Thesen und Anti-Thesen.

Hinzu kam, was man nie unterschätzen sollte, daß an solchen Abenden ein Wissens- und Informationsausgleich stattfindet, der die Arbeit am nächsten Tag erleichtern hilft.

Der Sonntag, 26. April, begann mit der heiligen Messe, die Militärdekan Msgr. Walter Theis, unser geistlicher Beirat, zelebrierte. Aus Lesung und Evangelium des 2. Sonntags nach Ostern deutete der Zelebrant die ewige Wahrheit des Wortes auch für den heutigen Tag. Der tiefe Glaube des Apostels Thomas zeigt sich in dem Wort: Mein Herr und mein Gott! Ein Bekenntnis, das letztlich auch uns beflügeln muß, sonst ist unser Tun eine Zeitverschwendung.

Die Sitzungen am Vormittag dienten der Verteilung der Aufgaben für die Woche. Es hat sich gezeigt, daß eine solche Vorbereitung Arbeit sparen und Pannen vermeiden hilft.

Der vom Wehrbereich II organisierte Informationsnachmittag war dann für den, der hören konnte, ein besonderes Erlebnis.

Wallfahrtsort Rulle ist eine religiöse Vertiefung von besonderer Bedeutung. Behutsam eingeführt vom amtierenden Pfarrer, wurde deutlich, wie Geschichte und Glauben prägend gewirkt haben auf Landschaft und Menschen. Beeindruckend auch die so anders gearteten Frömmigkeitszeichen, wenn man einmal mit den Kirchen im Süden vergleicht.

Der Dom zu Osnabrück war der nächste Glanzpunkt. Ein „vollsaftiger“ (Ausdruck nach Hel-

mut Korn) Erklärer ließ die Geschichte des Gotteshauses, aber auch die Irrungen und Wirrungen der Zeitläufe, deutlich werden.

(Es müßte jemand gefunden werden, der diese Dinge einmal ausführlich schildert. Hier würde es das Heft sprengen.)

Die anschließende Stadtführung, ausgerichtet an markanten geschichtlichen Bauten, ließ noch einmal — im Zeitraffer — die Geschichte dieser bedeutenden Stadt — vom Friedensschluß 1648 bis zu den Zerstörungen des 2. Weltkrieges und den Schwierigkeiten eines Neubeginns — deutlich werden. Dank dem Wehrbereich II, insbesondere unserem bewährten Organisator OTL a. D. Emil Kladiwa.

Nach der Rückkehr fanden dann noch etliche Gespräche statt, die notwendig sind, wenn man eine solche Tagung zügig durchführen will. Es läßt sich einfach nicht alles Monate vorher von Bonn aus planen.

Der Montag begann mit einer Bildmeditation in der Kapelle des Hauses durch den Hausherrn Dr. Real. Zweifellos hat der Künstler eine Fülle tiefer Gedanken in diese Bilder hineinkomponiert. Dennoch kam bei vielen keine konzentrierte Meditationsstimmung auf. Es scheint, daß eine neue Generation diese „moderne“ Kunstform schon wieder als überlebt empfindet.

In Gesprächen schimmerte etwas wie „Heimweh“ nach den alten Werken christlicher Kunst durch.

Montag, 27. April 1987

Der Vormittag brachte dann getrennte Beratungen der Vorstände. Dabei zeigte es sich, daß die eingehende Vorbereitungsarbeit des Geschäftsführers, OTL Jürgen Bringmann, den Ablauf wesentlich erleichterte.

Die Lagefeststellung der GKS 1987 enthält so viele Informationen, daß eine solide Grundlage für die Arbeit des Vorstandes vorlag.

Sie ist daher nachstehend abgedruckt.

Lagefeststellung der GKS 1987

1. Die Lagefeststellung 1987 erfolgte wie in den Vorjahren mit Fragebogen, die vom Bundesgeschäftsführer der GKS mit dem Rundbrief 1/87 an die Kreise versandt wurden. Von drei Fragebogen verblieb der dritte beim jeweiligen Kreis; der erste und zweite waren an den Bundesgeschäftsführer zu senden, der eine Ausfertigung an den zuständigen Vorsitzenden der GKS im (Wehr-)Bereich weitergab. Termin beim Bundesgeschäftsführer war der 1. April 1987. Die letzte Auswertung erfolgte am 22. April 1987 und berücksichtigt alle bis zu diesem Termin eingegangenen Meldungen.

2. Mit Rundbrief vom 15. Januar 1987 erhielten 109 Kreise die Fragebogen. Zurückgelaufen sind 79 Meldungen. Die Auswertung dieser Meldungen ergibt:

3. Aus den (Wehr-)Bereichen liefern zurück:

WBI	6 Fragebogen	WB V	11 Fragebogen
WB II	10 Fragebogen	BW VI	28 Fragebogen
WB III	6 Fragebogen	See	3 Fragebogen
WB IV	12 Fragebogen	Ausland	3 Fragebogen

4. Zahl der Kreise

Mit Stand vom 22. April 1987 ergibt sich aufgrund der Auswertung und zusätzlicher Unterlagen des Bundesgeschäftsführers eine Gesamtzahl von 110 Kreisen (1986: 110):

WBI	6 Kreise (7)	WB V	16 Kreise (15)
WB II	18 Kreise (17)	WB VI	37 Kreise (38)
WB III	12 Kreise (12)	See	3 Kreise (2)
WB IV	14 Kreise (14)	Ausland	4 Kreise (5)

5. Mitgliederstand

Gemeldet wurden 3 371 Mitglieder (3 557).

Eine Hochrechnung auf die 110 Kreise ergibt eine Mitgliederzahl von 4 816 (4 658).

Davon sind Soldaten	45 Prozent
Angehörige von Soldaten	35 Prozent
Soldaten a. D./d. R.	7 Prozent
Zivile Bedienstete der Bundeswehr	6 Prozent
Sonstige Mitglieder	7 Prozent

6. Sprecher der Kreise

Von den gemeldeten Sprechern sind

3 Oberfelwebel	8 Oberleutnant
24 Hauptfeldwebel/Hauptbootsmann	16 Hauptmann/Kapitänleutnant
13 Stabsfeldwebel	9 Oberstleutnant
3 Oberstabsfeldwebel	1 Oberst

also 43 Unteroffiziere m. P. = 56 Prozent (56 %)

34 Offiziere = 44 Prozent (44 %)

7. Aktivitäten

Für das Berichtsjahr, das Kalenderjahr 1986, wurden genau wie im Vorjahr 739 Veranstaltungen gemeldet. Die Hochrechnung ergibt 1 056 Veranstaltungen (968). Von den gemeldeten Aktivitäten erfolgten 37 Prozent (37 %) in eigener Initiative und Trägerschaft eines Kreises. 63 Prozent (63 %) wurden mit anderen Trägern durchgeführt. Damit werden nach wie vor etwa zwei Drittel der Aktivitäten an der Basis von GKS, PGR und Standortpfarrer oder auch anderen Veranstaltern gemeinsam getragen. Ein Drittel der Aktivitäten findet in eigener Trägerschaft des Kreises statt; auch an ihnen werden aber in der Regel Mitglieder des Militärseelsorgebezirks und Außenstehende beteiligt.

8. „Durchschnitts-Kreis“

Rechnet man die Meldungen auf den sogenannten „Durchschnitts-Kreis“ um, so ergibt sich folgendes Bild:

Der Kreis hat 44 Mitglieder (42), davon

20 Soldaten	(21)
15 Angehörige	(14)
3 Sold. d.R./a.D.	(3)
3 Zivilbedienstete	(2)
3 Sonstige	(2)

Jeder Kreis führt im Durchschnitt 9 bis 10 Veranstaltungen im Jahr durch (8–9).

9. Änderungen bei Kreisen

Gestrichen wurden die Kreise Beja, Fritzlar, Kiel, Laupheim, München I.

Neu aufgenommen wurden die Kreise Budel, Ellwangen, Kassel, Niederstetten, Nordholz.

10. Schwerpunkte der Veranstaltungen

Die durchgeführten Veranstaltungen hatten folgende inhaltliche Schwerpunkte:

	eigene	mit anderen
Religiöser Schwerpunkt	39 % (34 %)	47 % (47 %)
Bildungs-/Informationsschwerpunkt	32 % (29 %)	23 % (24 %)
Gesellige Veranstaltungen	29 % (37 %)	30 % (29 %)

Bei den in eigener Trägerschaft eines Kreises durchgeführten Veranstaltungen überwiegen deutlich solche religiöser vor denen bildender und — zurückgehend — geselliger Art; bei den mit anderen Trägern zusammen durchgeführten Aktivitäten machen die Veranstaltungen mit religiösem Schwerpunkt etwa die Hälfte aus.

Auf Standortebene wurden 17 (8) Veranstaltungen zum Weltfriedenstag selbst durchgeführt; an weiteren 20 (25) Veranstaltungen dieser Art nahmen Mitglieder der GKS teil. Vertreter von 15 (8) Kreisen nahmen an Weltfriedenstag-Veranstaltungen auf Diözesanebene teil, in 11 Fällen an Veranstaltungen auf Wehrbereichsebene. Damit führen mehr als die Hälfte der Kreise Veranstaltungen zum Weltfriedenstag durch oder nehmen an ihnen teil.

Neben den Weltfriedenstag wurden 28 (15) Veranstaltungen verschiedenster Art zusammen mit ausländischen Soldaten durchgeführt. Beteiligt waren Soldaten aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Kanada, den Niederlanden, Österreich, Spanien und den Vereinigten Staaten. Schwerpunkte bilateraler Veranstaltungen liegen bei den USA (11), Österreich (7) und Frankreich (5).

11. Mitarbeit in der Zivilseelsorge

Viele Mitglieder der GKS arbeiten regelmäßig und in vielfältiger Weise in zivilen Pfarrge-

meinden mit. Auch die Mitarbeit in katholischen Verbänden, vor allem bei Kolping und der KAB, als Mitglied oder in Führungspositionen ist nicht selten.

80 (75) Mitglieder der GKS werden als Vorsitzende oder Mitglieder eines zivilen Pfarrgemeinderates genannt; 12 (11) Mitglieder der GKS sind in zivilen Dekanats-/Katholikerräten vertreten, 9 (6) in Diözesanräten. Diese Zahlen sind offensichtlich immer noch unvollständig, da zum Beispiel bekannt ist, daß erheblich mehr Vertreter der GKS in Diözesanräte berufen wurden.

12. Emblem der GKS

Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren von der Basis und aus den (Wehr-)Bereichen verlangt, den „Königsteiner Engel“ durch ein eindeutigeres, besser identifizierbares, öffentlichkeitswirksames Symbol der GKS zu ersetzen. Das Kreuz mit dem Schriftzug „GKS“, wie es beim Katholikentag in Aachen verwendet wurde, wurde seit Herbst 1986 als Alternative zum „Königsteiner Engel“ vorgestellt. Jetzt wurde danach gefragt,

- ob dieses Kreuz als neues Symbol verwendet, der „Königsteiner Engel“ daneben als Gründungssymbol beibehalten werden solle,
- ob das Kreuz den Engel ablösen oder
- ob der Engel beibehalten werden solle.

Nur 9 % der Kreise sprachen sich dafür aus, den Engel beizubehalten, während 57 % das neue Kreuz als Symbol der GKS unter Beibehaltung des Engels als Gründungssymbol und weitere 34 % nur das Kreuz als Erkennungszeichen wünschen. Damit wird die GKS das „Kreuz der GKS“ als ihr Symbol übernehmen, den „Königsteiner Engel“ aber als Gründungssymbol zusätzlich dort weiter zeigen, wo dies sinnvoll ist und/oder gewünscht wird.

13. Zusammenfassung

- Auch wenn bei 109 angeschriebenen Kreisen ein Rücklauf von 79 Fragebogen statistisch ein sehr gutes Ergebnis ist, fällt doch auf, daß diese Zahl gegenüber dem Vorjahr (91 Rückläufe) deutlich abfällt.
- Die Zahl der Kreise ist mit 110 konstant geblieben.
- Die Zahl der erklärten Mitglieder hat wieder zugenommen. Der „Durchschnittskreis“ hat 44 Mitglieder. Einzelmitglieder wurden nur in einem Wehrbereich erfaßt; hier gibt es eine größere Dunkelziffer.
- Aktive Soldaten machen inzwischen 45 Prozent der Mitglieder aus, Angehörige von Soldaten weitere 35 Prozent.
- Bei den Sprechern ist das Verhältnis zwischen Unteroffizieren mit Portepée und Offizieren unverändert 56 zu 44 %.
- Nach wie vor finden etwa ein Drittel der Aktivitäten in eigener Verantwortung eines

Kreises, zwei Drittel zusammen mit anderen Trägern statt. Die durchschnittliche Zahl der Veranstaltungen pro Kreis ist noch einmal von 8 bis 9 auf 9 bis 10 gestiegen.

- Die Zahl der Laien, die sich aktiv in der katholischen Militärseelsorge und der GKS engagieren, ist begrenzt, aber nach wie vor nicht ausgeschöpft. Engagierte übernehmen häufig mehrere Funktionen, nicht nur in GKS und PGR, sondern auch in Räten und Verbänden der zivilen Gemeinden.
- Die Mitglieder der GKS legen Wert auf ein Emblem, das sowohl der Identifizierung mit der Gemeinschaft und dem gegenseitigen Erkennen dient als auch Signalwirkung nach außen besitzt.
- Von Struktur, Zahl der Mitglieder und Aktivitäten her scheint die Position der GKS in der katholischen Militärseelsorge heute eindeutig und gefestigt. Es gibt Anzeichen dafür, daß sich das Bewußtsein für die eigenständigen Aufgaben eines solchen Verbandes sowohl bei den Mitgliedern als auch im Gesamtbereich der Militärseelsorge langsam, aber zunehmend vertieft und in Aktivitäten umsetzt.

Nach einer etwas längeren Mittagspause, die aber für die meisten Vorstandsmitglieder auch keine Ruhe brachte, wurden die Delegierten und Gäste empfangen. Neben der immer wieder auftauchenden Freude des Wiedersehens mußten natürlich auch Informationen ausgetauscht werden, denn schließlich haben die Delegierten ein Recht darauf, von ihren Vorstandsmitgliedern über Vorhaben und Situationen unterrichtet zu werden.

Die Messe um 18.00 Uhr, die der H. H. Militärgeneralvikar, Prälat Dr. Ernst Niermann, mit dem Moderator des Priesterrates, Militärpfarrer Ferdi Vater, und dem geistlichen Beirat Militärdekan Msgr. Walter Theis hielt, brachte durch das Meßformular „Hl. Petrus Kanisius, Kirchenlehrer“ bereits eine Einstimmung in die Tagung. Der Militärgeneralvikar wußte auf die Bedeutung der Verteidigung des Glaubens hinzuweisen, auf die Suche nach der Wahrheit und das Bekenntnis zu Jesus Christus.

Die Lesung und das Evangelium sind das offenbarte Wort. Und fast wie eine Vorahnung lauteten die beziehungsreichen Worte: „Verkünde das Wort, tritt dafür ein, zu gelegener und ungelegener Zeit.“

Nach dem Segen und der Eröffnung der 27. Woche der Begegnung begrüßte der Vorsitzende der Zentralen Versammlung, Oberstleutnant Heinrich Havermann, die Teilnehmer.

Nach dem Abendessen wurde der Wahlausschuß der GKS bestellt, die Wahlen wurden vorbereitet, und die Wehrbereiche hielten ihre Treffen ab.

Diese Treffen sind besonders wichtig, weil sich die Delegierten — alle arbeiten ja ehrenamtlich in den verschiedensten Standorten — auch nicht so oft sehen. Und für eine erfolgreiche Tagung sind ein annähernd gleicher Wissensstand und auch eine Einstimmung aufeinander notwendig. Außerdem ist das die Zeit, in der abgeschaltet werden kann von der Gefangenheit im dienstlichen Alltag.

Jugend will Aufbruch

Wirrnis und Hoffnung,
Zweifel und Jubel
bergen die Jahre
der Reifung in sich.
Da du, der Kindheit
endlich entwachsen,
unerschöpfliche Kräfte
verspürst,
wage den Schritt
über Klippen und Grate
heiteren Mut's,
der Ankunft gewiß! —
Immer will Jugend
den Aufbruch ins Morgen.
Spüre die Hoffnung
im Aufwind der Zeit!

Hans Bahrs

Dienstag, 28. April 1987

Der Tag begann, wie es die gewollte Tradition glücklicherweise mit sich bringt, mit dem Gottesdienst, den Militärpfarrer Karl-Ferdinand Vater mit dem H.H. Herrn Militärgeneralvikar und unserem Geistlichen Beirat zelebrierte. Das Meßformular „Für die Laien“ gab dem so geschätzten und in seiner rheinischen Art frohen Moderator des Priesterrates Gelegenheit, den versammelten Delegierten die Bedeutung ihres Tuns in der Gemeinschaft der Kirche zu verdeutlichen.

Seine Mahnung, aber auch seine offene Bereitschaft zur ergänzenden Mitarbeit am „Gesamtwerk“, der Nachfolge Christ in der verfaßten Kirche, wurde bereitwillig angenommen.

Da dieser Tag von der GKS gestaltet wurde, begrüßte der Vorsitzende OTL Willy Trost die Teilnehmer der Bundeskonferenz und führte als ersten Redner Prof. Dr. Joachim Kuropka ein.

Prof. Kuropka, Universität Osnabrück — Abteilung Vechta, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften führte aus:

Grundwerte leben — dargestellt am Leben und Wirken des Kardinals Clemens August von Galen

Joachim Kuropka

Das Thema, das Sie aus der Geschichte zur Erhellung der Gegenwart gewählt haben, steht wohl nicht in zufälliger Verbindung zu der Landschaft, in der Ihre „Woche der Begegnung“ stattfindet. Clemens August Graf von Galen ist ein Sohn des Oldenburger Münsterlandes, jenes südlichen Oldenburgs — die heutigen Landkreise Vechta und Cloppenburg umfassend —, das im Jahre 1933 durch die hohen Ergebnisse für die Deutsche Zentrumspartei bei der letzten Reichstagswahl am 5. März noch einmal bewiesen hatte, daß es die „schwärzeste Ecke“ Deutschlands war.

Am 28. Oktober des gleichen Jahres wurde der bisherige Pfarrer der Stadt- und Marktkirche St. Lamberti in Münster als neuer Bischof von Münster konsekriert und inthronisiert. Bei diesen Feierlichkeiten zeigte sich auch die enge Verbindung zwischen Münster und Oldenburg. Bis 1803 waren Vechta und Cloppenburg ein Teil des sogenannten Niederstifts Münster, gehörten also nicht nur kirchlich, sondern auch staatsrechtlich zum Stift Münster, das — wenn man mit heutigen Begriffen operieren will — ein „Land“ des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation war. Nachdem die Ämter Vechta und Cloppenburg 1803 an Oldenburg gelangten, blieb die von Münster ausgeübte kirchliche Jurisdiktion jedoch weiter erhalten.

Zu den Feierlichkeiten anlässlich der Bischofsweihe war auch die oldenburgische Staatsregierung eingeladen — eine übrigens schon seit 1932 nationalsozialistische Regierung. Dies war die erste Einladung zur Bischofsweihe, die die oldenburgische Regierung erhielt, und es herrschte eine gewisse Ratlosigkeit. Ministerpräsident Joel konnte zu den Einsetzungsfestlichkeiten dann nicht erscheinen, und es wurde ein Ministerialrat geschickt, der in seinem Bericht schrieb, daß der neue Bischof über die von ihm überbrachten Grüße und Glückwünsche des oldenburgischen Ministerpräsidenten „offensichtlich erfreut“ war, und weiterhin nicht ohne Genugtuung feststellte, daß ihm bei der Frühstückstafel „ein bevorzugter Platz“ zugewiesen war, „der dem des Ministerialrats vom preußischen Kultusministerium genau entsprach“. Beim Abschied schließlich trug der neue Bischof von Münster „freundliche Grüße an den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Staatsminister Pauly“ auf und stellte in Aussicht, „bald den beiden Herren seine Aufwartung machen zu wollen“.

Die Stimmung also war drei Monate nach dem Abschluß des Reichskonkordats noch durchaus freundlich. Dafür gab der Bericht des oldenburgischen Ministerialrats noch andere Hinweise, war doch, wie er schrieb, „die Verbundenheit von Kirche und Staat dadurch zum Ausdruck gebracht (war), daß auf der Bühne des Saales im Collegium Boromäum das Bild des Papstes zwischen den Bildnissen des Herrn Reichspräsidenten und des Herrn Reichskanzlers inmitten von Lorbeer und frischem Grün aufgestellt war“. Auch im Dom befand sich eine Abordnung in Parteiuniform, und diejenigen, die in der Ernennung

des Pfarrers von St. Lamberti zum Bischof von Münster einen Schritt der Kirche auf das Regime zu zu sehen meinten, schienen sich bestätigt fühlen zu können.

Doch hatte es auch Warner gegeben. Ein dem katholischen Milieu in Münster ablehnend gegenüberstehender Zeitgenosse und frisch begeisterter Nationalsozialist hat dies sehr deutlich artikuliert. Seine an Hitler selbst gerichtete Warnung vor dem Bischofskandidaten, datiert vom 22. Oktober 1933, also sechs Tage vor der Bischofswahl, erreichte den „Führer“ wohl nicht, jedenfalls verhalte sie ungehört. Er schrieb:

„Jahrhunderte hat Münster und der ganze Westen unter dem bornierten und fanatischen Ultramontanismus der Domkapitel und Bischöfe von Münster gelitten. Hier, und nicht in Köln, München oder Breslau, ist die Hochburg Roms in Deutschland. Hier fällt mit Galen die Entscheidung. Hier reiben sich die Kapitulare und Jesuiten die Hände über diesen unerhörten Sieg wider Hitler, der ihnen blind in die Hände gespielt wurde. . . . Das wäre ein verheerender unerträglicher Schlag für alle Hoffenden und Sehenden. Unerhört wäre es, wenn unter Hitler eine Not dieser Art unsere Verzweiflung besiegelte, wenn unter Hitler gar ein Laienverpestler zum Bischof der gefährlichen ultramontanen Hochburg Münster i. Westfalen würde.“

Wer war also dieser Mann, dem manche katholischen Kreise mit Mißtrauen gegenüberstanden, weil er ihnen gerade in dieser Zeit als zu „national“, zu „rechts“ erschien, den man gerade deswegen in der NSDAP-Führung als besonders geeigneten Kandidaten ansah und den wirklich nur einige wenige zutreffend einschätzten?

Einige nüchterne Daten will ich aus dem Personalbogen der Gestapo zitieren, dort hieß es: „Dr. Graf von Galen, Clemens August, wohnhaft in Münster, Beruf: Bischof, geb. am 16. 3. 1878 in Dinklage, katholisch, ledig.“ Der Bogen enthielt übrigens bis zum April 1936 insgesamt 22 staatspolitisch relevante Eintragungen, und ein auf das sogenannte Heimtückegesetz gestütztes Strafverfahren war aufgrund des Straffreiheitsgesetzes vom 23. 4. 1936 eingestellt worden.

Das war in knappster Form sozusagen die „politische Biographie“ des Bischofs bis 1936. Doch sollte mit einigen Worten auch seine persönliche und seelsorgliche Entwicklung wenigstens gestreift werden.

Seine Herkunft und Familie beschrieb der Bischof einmal selbst, und zwar in Form einer politischen Demonstration gegenüber denjenigen, die Blut und Boden als Argument in die Politik eingeführt hatten. Am 17. 11. 1937 antwortete er ihnen bei einer Predigt in Vreden:

„Es ist nicht mein Verdienst, sondern Gottes Fügung, und es liegt mir fern, mir etwas darauf einzubilden, daß ich einer Familie des westfälischen Uradels entstamme. Aber es ist eine Tatsache, daß nach urkundlichem Beweis meine Vorfahren, Männer meines Namens und meines Geschlechts, deren Blut in meinen Adern rollt, seit mehr wie 700 Jahren hier in Westfalen. . . . ihren Erbesitz gehabt haben, daß meine Vorfahren als deutsche Männer und deutsche Frauen hier gelebt haben und gestorben sind. . . . als katholische Christen

und treue Kinder der katholischen Kirche. Wenn jemand aufsteht und behauptet, daß deutsches Blut aus ihm spreche: hier stehe ich, und ich behaupte dasselbe von mir. Ich weiß nicht, ob jene, die sich heute anmaßen, allein entscheiden zu dürfen, was deutscher Art entspricht und deutsches Blut verlangt, gleich mir es nachweisen können, daß deutsche Art seit Jahrhunderten treu gehütetes Erbe ihrer Familie ist, daß kein Tropfen fremdrassigen Blutes in ihren Adern rinnt. Und wenn sie es können . . . ich weiche nicht vor ihnen zurück! Ich verbitte es mir, daß man meine Vorfahren, meinen Vater, meine Mutter verlästert, ihren Glauben, ihr christliches Leben als undeutsch, als artfremd beschimpft.“

Damit klingen die wichtigsten Motive in Galens Leben an: sein alter Adel, seine erzkatholische Familie, seine Achtung und seine Liebe zu seinen tieffrommen Eltern — zu seiner Mutter (einer geborenen Reichsgräfin von Spee) und zu seinem Vater, der die politische Tradition der Familie verkörperte und als Abgeordneter der Zentrumsparlei fast 30 Jahre Mitglied des Deutschen Reichstages war und dort einige wichtige Initiativen entwickelt hatte (Antrag Galen vom 19. 3. 1877).

Clemens August von Galen besuchte zusammen mit seinem Bruder das Jesuitengymnasium Stella Matutina in Feldkirch, ging dann zwei Jahre auf das Gymnasium Antonianum in Vechta, legte dort das Abitur ab, studierte in Freiburg/Schweiz, wo er sich nach dem ersten Semester für die Theologie entschied. 1904 wurde er in Münster zum Priester geweiht und zunächst dem Weihbischof von Galen, seinem Onkel, als Kaplan zugeteilt, 1906 als Kaplan nach Berlin geschickt; 1911 wurde er dort Pfarrverweser einer neu aufzubauenden Pfarrei, 1919 bis 1929 Pfarrer von St. Mathias in Berlin, 1929 Pfarrer von St. Lamberti in Münster.

Seine seelsorglichen Erfahrungen waren also von der Arbeit in einer Großstadtpfarrei geprägt, wo er sich als Gesellenvater und Präses besonders um die Arbeiterjugend kümmerte, auch durch den Bau eines Gesellenhauses, für das er übrigens aus seinem Erbe RM 45000,— stiftete mit der Bemerkung: „Es ist doch wirklich nicht nötig, daß man bei meinem Tode noch ein Vermögen vorfindet.“

Als ich zur Vorbereitung dieses Vortrages noch einmal die Hirtenbriefe und Predigten des Bischofs von Galen durchsah, war ich selbst erstaunt, wie oft und wie vielfältig die Bezüge zu Grundwerten gegeben sind. Ausdrücklich angesprochen werden in den Hirtenbriefen und Predigten

- das Elternrecht, also das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder,
- die Religionsfreiheit,
- die Herrschaft des Rechts,
- die Gewissensfreiheit,
- das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit,
- die Unverletzlichkeit der Person,
- das Recht auf Leben,
- das Recht auf Zusammenschluß zu sittlich erlaubten Zwecken, also die Versammlungsfreiheit und die Koalitionsfreiheit,
- Das Recht auf Eigentum, um nur die wichtigsten zu nennen.

Der Begriff „Grundrechte“ wird beispielsweise im Hirtenbrief vom 10. 12. 1942 ausdrücklich gebraucht, und ihre Herleitung klingt an, wenn es dort heißt, es sei Aufgabe und Recht der Kirche, „die Grundrechte der menschlichen Natur zu verkünden und ihre Achtung als Gewissensverpflichtung den Menschen vorzustellen“.

Nun ist es natürlich in diesem Rahmen nicht möglich, alle die Punkte auch nur anzudeuten, bei denen der Bischof sich veranlaßt sah, seine Position klarzulegen oder protestierend vorzutragen, deshalb will ich versuchen, an einigen wichtigen Konfliktbereichen zwischen Kirche und Regime seine Haltung zu verdeutlichen, und hoffe, daß dabei auch etwas vom historischen Hintergrund und von der Atmosphäre der damaligen Zeit deutlich wird.

Ich möchte also näher eingehen auf

1. den sogenannten Weltanschauungskampf,
 2. den Bereich Jugend und Schule,
 3. die drei bekannten Predigten von 1941 und
 4. den Protest gegen die Verhältnisse zu Beginn der Besatzungsherrschaft 1945.
- Und ich möchte dann
5. einige zusammenfassende Gedanken anschließen, die auch auf die in unserer Zeit geäußerte Kritik am Verhalten des Grafen von Galen bezogen sind.

Am 24. Februar 1934 war Alfred Rosenberg von Hitler zum „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP“ ernannt worden. Rosenberg war damit zu einer Art Parteiideologe aufgerückt, und sein 1930 erstmals erschienenes Werk „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ wurde gewissermaßen zum Lehrbuch der nationalsozialistischen Ideologie. Obwohl parteiamtlich nie offiziell anerkannt, bezog daraus vor allem die alte ideologisch motivierte Parteigarde ihre Weisheit und versuchte — soweit in einflußreiche Stellungen gekommen (u.a. vor allem von der Gauleiterebene her) — mit Rosenbergs Schriften die Partei und natürlich die Jugend zu „schulen“. Rosenbergs „Mythos“ war der Versuch, eine Systematisierung der Ideologie des Lebenskampfes, der Rassenungleichheit und des Leitbildes vom lichtvollstarken nordischen Menschen auf wissenschaftlicher Grundlage zu bieten. Der erste, der Rosenberg deutlich und nachdrücklich und vor aller Öffentlichkeit widersprach, war der Bischof von Münster, gerade der Mann, von dem man dies am wenigsten erwartet hatte, so daß der Oberbürgermeister von Münster den Generalvikar anrief und fragte, ob die Kirche einen neuen Kurs einschläge, bisher sei man doch gut miteinander ausgekommen. Beginnend mit dem Paulus-Wort „Verkündige das Wort, tritt auf, ob gelegen oder ungelegen... Denn es kommt eine Zeit, da man die gesunde Lehre unerträglich findet“, stellte er fest. Ein Bischof dürfte nicht schweigen, wenn die Irrlehre und der Unglaube ihr Haupt erheben, und müsse „ein Wort der Wahrheit und der Klarheit sprechen“. Galen formulierte prägnant die neuheidnischen NS-Positionen und stellte ihnen die Wahrheit des Glaubens gegenüber:

- Gott ist reinster Geist, nicht Gottesidee als Ergebnis der menschlichen Entwicklung.

- Gott ist verschieden von der Welt, nicht der Welt oder dem Blut verhaftet.
- Gott ist unendlich, nicht gegenwärtig allein im Menschen.
- Der Gottesglaube ist Fundament jeder sozialen Ordnung, die anarchisch und terroristisch wird, wenn dieses Fundament fehlt.
- Die zehn Gebote gelten an und für sich und für alle — sie sind nicht Ausdruck der gesellschaftlichen Situation des jüdischen Volkes und müssen daher auch nicht etwa für andere Völker anders lauten.
- Wird diese Basis verlassen, ist brutale Gewalt, die das Recht mit Füßen tritt, die unausweichliche Folge.
- Gedanken der bolschewistischen Gottlosenbewegung tauchen unter nationalen Vorzeichen wieder auf.
- Es gibt nur die Offenbarung durch den eingeborenen Sohn Gottes, keine Offenbarung des Blutes, auf dessen Stimme man hören müsse.
- Die Menschen sind durch die Erbsünde gekennzeichnet und können die Erlösung erlangen — es gibt keine nordische Rasse ohne Sünde, und es gibt keine Selbsterlösung des Menschen.

Die Neuheiden, wie Galen die NS-Ideologen durchweg nannte, „verwandeln die Sakramente in das Brauchtum einer nationalen Religion, indem sie von dem Mysterium und dem Sakrament des Blutes sprechen“. Sie verherrlichen das Diesseits, damit „die Ehrfurcht vor dem Recht und der Ewigkeitsbestimmung des Einzelmenschen, der doch nach unserem Glauben Wert und Würde des Ebenbildes Gottes in sich trägt“, verschwindet. Galen prangerte den „radikalen Bruch mit der Vergangenheit des deutschen Volkes“ an und sah in dem Versuch, eine neue Religion „auf dem Boden von Blut und Rasse... mit nationalen Sinnbildern und Vorbildern zu schaffen“ — und dies ist ein politischer Akzent in seinen Hirtenbriefen —, „eine offene Auflehnung gegen den Willen der Reichsregierung, deren Führer in feierlicher Stunde erklärt hat, daß die Lehren des Christentums die Grundlage für den Neubau des Deutschen Reiches sein sollen“.

Solche Worte ließen an Klarheit nicht zu wünschen übrig. Sein Hirtenbrief wurde gedruckt im Kirchlichen Amtsblatt und in der Wochenzeitung „Junge Front“ und erregte weit über das Bistum Münster hinaus Aufsehen. Damit waren die Grundpositionen bestimmt, um die es in den folgenden Jahren ging, bis hin zu den Predigten von 1941.

Galen hat in diesem Weltanschauungskampf zweimal bei wichtigen Gelegenheiten Mut und Durchsetzungskraft bewiesen, im Gegensatz zur Mehrzahl der deutschen Bischöfe und zum Leidwesen der Gläubigen, die ihre Oberhirten hie und da durch den nachhaltigen Gesang von „Ihr Hirten, erwacht“ zu Taten auffordern wollten.

- Die sogenannte Kölner Abwehrstelle, die unter Leitung von Joseph Teusch die geistige Abwehr gegen die nationalsozialistischen Totalitätsansprüche organisierte, hatte im Herbst 1934 die „Studien zum Mythos des 20. Jahrhunderts“ erarbeitet, eine

Schrift, die Rosenberg wissenschaftlich bloßstellte. Als den Kölner Kardinal Schulte der Mut verließ, die „Studien“ als Beilage zum Kirchlichen Amtsblatt zu veröffentlichen, wandte man sich an den schon zu diesem Zeitpunkt als besonders couragiert geltenden Bischof von Münster, der die Studien durch ein kurzes Vorwort autorisierte und im Amtsblatt seiner Diözese drucken ließ. Dies führte zu Nachdrucken und zur Verbreitung dieser Gegenschrift in ganz Deutschland, die in der Bevölkerung als „Anti-Mythus“ bekannt wurde und die nach dem Urteil des Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu einer der meistgelesenen Veröffentlichungen wurde.

- Auf dem Gauparteitag der NSDAP sollte 1935 in Münster der Reichsleiter Rosenberg sprechen — auch eine Demonstration gegen den Bischof — der schriftlich beim Oberpräsidenten gegen das Auftreten Rosenbergs in Münster protestierte:

Dies könne die christliche Bevölkerung beunruhigen, die in Rosenberg „den fanatischen Bekämpfer des Christentums“ sieht. Daher empfinde die christliche Bevölkerung beider Konfessionen sein Auftreten in der Stadt, noch dazu am Vorabend der altergebrachten Großen Bannprozession, „als eine aufreizende Provokation und als eine Verhöhnung ihrer heiligsten und berechtigten religiösen Überzeugungen seitens der dafür verantwortlichen Stellen“. Die Affäre weitete sich aus, als der Oberpräsident — übrigens einer der sogenannten „nationalen Katholiken“, die zunächst mit dem Nationalsozialismus zusammenarbeiteten — den Schriftwechsel nach Berlin weiterleitete und daraufhin die Redner, Gauleiter Dr. Meyer, Gauamtsleiter Reimpell, Reichsfachschaftsleiter Prof. Dr. Bargheer, der Chef des Stabes der SA Lutze, Rosenberg, Reichsinnenminister Dr. Frick und stellvertretender Reichsjugendführer Lauterbach durchweg wütend gegen den Bischof und die Kirche polemisierten.

Den Schriftwechsel und die Reden ließ Galen im Kirchlichen Amtsblatt abdrucken, so daß die kirchentreuen Katholiken wissen konnten, worum es ging, nach Lutzes Worten nämlich darum: „Unser Reich ist von dieser Welt. Wir sind deshalb zuständig für alles, was mit dem Leben des deutschen Menschen auf dieser Welt zusammenhängt.“ Frick forderte „die völlige Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“, genauer hätte es heißen müssen: die „Entchristlichung“ des öffentlichen Lebens. Die Folge dieser Reden war übrigens, daß am nächsten Tag fast 20 000 Menschen — also weitaus mehr als in den früheren Jahren — mit der Großen Prozession gingen.

Der Komplex Jugend und Schule ist vor allem deshalb von Interesse, weil das Regime auf diesem Gebiet die Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens nur mit großen Schwierigkeiten durchzusetzen vermochte und als Folge der vielfältigen Maßnahmen sich eben doch nicht die erstrebte Entchristlichung einstellte, sondern eher die Öffentlichkeit auf den Konflikt aufmerksam gemacht wurde und sich breite Bevölkerungsgruppen gegen die Absichten des Regimes engagierten. Ziel der Partei war zunächst die völlige Gleichschaltung der Jugend im Sinne der Zusammenfassung in staatlichen Organisationen ohne jegliche Konkurrenz durch kirchliche Jugendverbände. Weiterhin wurde auf die Dauer die völlige Beseitigung des Religionsunterrichts und die Abschaffung der Konfessionsschulen sowie die Einführung der sogenannten Deutschen Schule angestrebt.

Bei allen drei Zielen stand das im Juli 1933 abgeschlossene Konkordat im Wege (Paraphierung 8.7.33, Unterzeichnung 20.7.33, Ratifizierung 10.9.33), denn die rein religiösen und caritativen Vereinigungen waren durch das Konkordat geschützt, ebenso die katholischen Organisationen und Verbände (Artikel 31), wenn auch umstritten blieb, welche Verbände unter diesen Artikel fielen. Ebenso war die Erteilung des Religionsunterrichts nach Weisungen der kirchlichen Behörden bestätigt, und der Fortbestand der katholischen Bekenntnisschulen mit ausschließlich katholischen Lehrern festgeschrieben (Artikel 21, 23, 24).

In der mangelnden rechtlichen Absicherung lag die Schwierigkeit jeder Argumentation gegen die Beschränkung der Tätigkeit kirchlicher Jugendverbände. Bereits am 30. November 1933 wurde ihnen vom — katholischen — Oberpräsidenten der Rheinprovinz „überhaupt öffentliche Betätigung außerhalb der eigentlichen kirchlichen und religiösen Sphäre bis auf weiteres untersagt“. Dieser Erlass, begründet mit dem — sehr deutlichen — Wahlauftrag katholischer Verbände für die Zentrumsparlei vom Februar 1933, wurde in anderen Provinzen übernommen, so daß Sport, Wanderfahrten und die Behandlung aller Themen, außer religiösen, untersagt wurden. Der Bischof von Münster protestierte umgehend, konnte jedoch zwingende rechtliche Gesichtspunkte nicht vorbringen. 1936 wurde das Gesetz über die HJ erlassen, das die Mitgliedschaft in der Staatsjugend obligatorisch machte, und Ende 1937 wurde der Katholische Jungmännerverband aufgelöst. Der Bischof protestierte diesmal nicht nur direkt bei Hitler, sondern erhob in einem Hirtenbrief (11.11.1937) „öffentlich Protest“ gegen die Verletzung des Konkordats, erhob „öffentlich Einspruch“ gegen die Auflösung der Marianischen Kongregationen und Sodalitäten, die als kirchliche Bruderschaften schon vor Gründung des Jungmännervereins bestanden hatten. Er protestierte gegen die Beschlagnahme kirchlichen Eigentums und vor allem dagegen, daß das Verbot auf die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 gestützt wurde, die „zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ erlassen worden war, damals noch gegengezeichnet vom Reichspräsidenten von Hindenburg. Galen nannte in seinem Hirtenbrief das Ziel der Maßnahme beim Namen: Man wolle „die Jugend der seelsorglichen Beeinflussung durch die Kirche entziehen und sie ihren von der Kirche bestimmten Seelsorgern entfremden“.

Ein Beispiel für die deutlichen Worte in der Auseinandersetzung um die Jugend will ich hier noch anfügen. Auf der Domkanzel entfaltete der Bischof Ende Januar 1936 die neueste Nummer der Zeitschrift „Hitlerjugend“, des amtlichen Organs der Reichsjugendführung, und sagte dazu unter anderem: „In der Nummer vom 25. Januar 1936 ist der Leitartikel überschrieben ‚Krummstab, Kommune und Kaiserkrone‘.

Ich frage: Was hat der Krummstab, der Bischofsstab, was hat mein Hirtenstab mit der Kommune zu tun?!!! Der erste Satz beginnt: ‚Da die schwarze Suppe, die von politischen Hexenköchen zwischen Paris und Moskau unter der immer sichtbarer werdenden Oberleitung höchster römischer Medizinmänner...‘

Ich brauche nicht weiter zu lesen! Ihr werdet wissen, aus welchem Buch dieses Wort vom römischen Medizinmann genommen ist, wer damit verdächtigt, verleumdet, beigeiert

werden soll! Sollen wir das schweigend hinnehmen, daß unsere Mutter, die Kirche, unser göttlicher Bruder Jesus Christus, ja unser Vater im Himmel beschimpft und gelästert werden? Daß unserer Jugend die Glaubenszuversicht, die Glaubensfestigkeit, die Glaubensfreudigkeit genommen wird? Ein Schuft, der es erträgt und nicht empört sich wehrt, wenn seine Mutter, sein Bruder, sein Vater ungerecht angegriffen und beschimpft werden.“

Die Gläubigen setzten sich im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten durchaus zur Wehr, am deutlichsten bei der Einführung der sogenannten Deutschen Schule, also der Abschaffung der Bekenntnisschule. Für die Simultanschule wurden die „modernen“ Argumente, die wir noch aus den 60er Jahren kennen, schon damals vorgebracht, etwa: Es gibt keine katholische oder evangelische Mathematik, und es wurde die Überwindung der konfessionellen Spaltung des deutschen Volkes von der Schulbank her als edles Ziel propagiert. Daß es eigentlich um etwas anderes ging, war jedem aufmerksamen Zeitgenossen bewußt, spätestens seit man in München mit rüden Methoden die Simultanschule 1934/35 durchgepeitscht hatte.

Im Gebiet der Diözese Münster hatte der oldenburgische Minister der Kirchen und Schulen, Julius Pauly, bereits 1935/36 versucht, durch ein neues Schulgesetz die Konfessionsschule abzuschaffen, war aber aus Berlin zurückgepfiffen worden, so daß man den kirchlichen Einfluß so weit zurückzudrängen suchte, wie dies irgend mit dem Konkordat vereinbar war. 1938 war es dann aber auch in Oldenburg so weit. Als es in Goldenstedt, Kreis Vechta, im Mai dieses Jahres bei der Einführung der sogenannten Deutschen Schule zu einem Schulstreik kam, schlugen Partei und Gestapo hart zu: 12 Familienväter (11 Katholiken, 1 Protestant) wurden festgenommen und in KZs eingeliefert und mehrere Jahre festgehalten. Der Bischof von Galen protestierte schriftlich bei den zuständigen Ministerien und in einem Hirtenbrief (vom 27.7.1938), und er bat bei Hitler um deren Freilassung, jedoch ohne Erfolg.

Im preußischen Teil der Diözese wurde die deutsche Gemeinschaftsschule zum 1. April 1939 eingeführt. Hier kam es unter Leitung der Geistlichkeit und des Bischofs zu einer — in der Kölner Kirchenprovinz abgestimmten — Massenaktion. Zunächst protestierten Tausende von Eltern schriftlich gegen die Einführung dieser Schule, was in der damaligen Zeit wirklich Mut erforderte. Allein in der Stadt Münster waren es über 10000 Einsprüche. Am 26. Februar 1939 wurde in allen Heiligen Messen durch Handaufheben bzw. Aufstehen der Wille der Katholiken ermittelt. Bischof von Galen schrieb am 8. März an den oldenburgischen Kultusminister und an Hitler und teilte mit, im Lande Oldenburg hätten 67194 Erwachsene am Gottesdienst teilgenommen, 66644, d.h. 99,18%, hatten sich für die Beibehaltung der Bekenntnisschule ausgesprochen. Die Hitler mitgeteilten Zahlen für die ganze Diözese lauteten 824122 Kirchenbesucher, davon 813471 für die Konfessionsschule, = 98,70%. Galen forderte Hitler auf, nicht zuzulassen, daß „auf Betreiben einer zum guten Teil in unserem Landesteil nicht bodenständigen Minderheit die katholische Bekenntnisschule unterdrückt werde und daß die Eltern gezwungen werden, unter Vergewaltigung der ihnen zustehenden und oft zugesicherten Gewissensfreiheit,

ihre Kinder in eine neue ‚Gemeinschaftsschule‘ zu schicken, die in Unterricht und Erziehung nicht von den Grundwahrheiten des Christentums . . . ausgeht“.

Natürlich war auch dieser Protest erfolglos. Doch errichtete die Kirche durch intensive seelsorgliche Betreuung einen Damm gegen den Unglauben. Das Regime sah erst in den während des Krieges unter der Verantwortung der HJ eingerichteten Kinderlandverschickungs-Lagern eine neue Möglichkeit der Indoktrination. Galen war der erste, der auch hier öffentlich warnte und dazu beitrug, daß das Mißtrauen der Eltern geweckt wurde.

Einmal war der Bischof von Münster mit einem Protest tatsächlich erfolgreich, und sein Mut und sein Erfolg machten ihn weltbekannt. Der Glasgow Observer schrieb zum Beispiel anlässlich der Kardinalsernennung „Graf von Galen . . . ist seit langem eine berühmte Persönlichkeit. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt nennen die Katholiken Bischof von Galen den wahren Hirten seiner Herde, den mutigen Verteidiger des einfachen, kleinen Mannes gegenüber den Anmaßungen der Tyrannei und der Politiker.“

Diesen Ruf erwarb sich Bischof von Galen durch seine drei Predigten vom 13. und 20. Juli und vom 3. August 1941. Die Tatsachen sind Ihnen sicher bekannt, so daß ich sie ganz knapp referieren kann:

Nach den ersten wirklich schweren Bombardierungen Münsters Anfang Juli 1941 nahmen Partei und Gestapo die Gelegenheit wahr, die Münsterschen Klöster zu beschlagnahmen und die Ordensangehörigen zu vertreiben und aus der Provinz Westfalen auszuweisen. Der Bischof protestierte mit ganz außergewöhnlichen Worten gegen diese Aktion. Das begann mit dem Begriff, den er prägte: Der „Klostersturm“, den man schon in anderen Gebieten des Reiches erlebt habe (Warthegau, Luxemburg, Lothringen) sei nun auch in Münster gegen unbescholtene deutsche Volksgenossen losgebrochen. Galens Worte zielten am Beispiel der Vertreibung der Ordensangehörigen auf das Allgemeine der Zustände in Deutschland:

„Schon mehrfach und noch vor kurzer Frist haben wir es erlebt, daß die Geheime Staatspolizei unbescholtene, hochangesehene deutsche Menschen ohne Gerichtsurteil und Verteidigung gefangen setzte, ihrer Freiheit beraubte, aus der Heimat auswies und irgendwo internierte.“ Mit einem Zitat von Reichsjustizminister Dr. Hans Frank trat der Bischof dafür ein, „die Autorität des Rechts mutig zu vertreten und eine verteidigungslose Verdammung Schuldloser als himmelschreiendes Unrecht zu verurteilen“.

Und noch ein Zitat aus dieser Predigt:

„Die Gefangensetzung vieler unbescholtener Personen ohne Verteidigungsmöglichkeit und Gerichtsurteil, die Freiheitsberaubung der beiden Herren Domkapitulare, die Aufnahme der Klöster und die Ausweisung schuldloser Ordensleute, unserer Brüder und Schwestern, nötigen mich, heute öffentlich an die alte, niemals zu erschütternde Wahrheit zu erinnern: ‚Justitia est fundamentum regnorum‘. Die Gerechtigkeit ist das einzig tragfeste Fundament aller Staatswesen. Das Recht auf Leben, auf Unverletzlichkeit, auf Frei-

heit, ist ein unentbehrlicher Teil jeder sittlichen Gemeinschaftsordnung.“ An anderer Stelle prangerte er die Gestapo und ihre Methoden an: die Freiheitsbeschränkungen; Aufenthaltverbote, Verhaftungen und das Gefangenhalten „deutscher Volksgenossen in Konzentrationslagern“. Unter Berufung auf seinen Bischofseid mahnte er eine „sittliche Ordnung“ an, denn er habe gelobt, „jeden Schaden zu verhüten, der das deutsche Volk bedrohen könnte“.

Der Bischof protestierte persönlich beim Regierungspräsidenten und schriftlich bzw. telegraphisch bei der Reichskanzlei und beim preußischen Ministerpräsidenten Göring, beim Justizminister, Innenminister, Kirchenminister und beim Oberkommando der Wehrmacht. Lammers, der Chef der Reichskanzlei, gab das Telegramm an Himmler weiter.

Die Gestapo hatte die Predigt gegen den „Klostersturm“ sozusagen verpaßt, die bereits weit verbreitet war, als man bemerkte, was hier in Bewegung gesetzt worden war. Galen hatte gegen den Klostersturm protestiert, aber doch das ausgesprochen, was die meisten empfanden oder gar erleben mußten, er hatte ihnen aus der Seele gesprochen — und zwar zu einem Zeitpunkt, als das Regime auf dem Höhepunkt seiner Macht stand und fast ganz Europa beherrschte. Auf Weisung Hitlers wurden die Aktionen gegen die Klöster Ende Juli 1941 eingestellt.

Zur bekanntesten Predigt des Bischofs ist die vom 3. August 1941 geworden, weil von den Verbrechen, die er an die Öffentlichkeit brachte, schon hie und da gemunkelt worden war, man sie aber eigentlich nicht hatte glauben können und wollen. Galen zog die Lehre ans Licht, „die behauptet, man dürfe sogenanntes ‚lebensunwertes Leben‘ vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nichts mehr wert. Eine furchtbare Lehre, die die Ermordung Unschuldiger rechtfertigen will, die die gewaltsame Tötung der nicht mehr arbeitsfähigen Invaliden, Krüppel, unheilbar Kranken, Altersschwachen grundsätzlich freigibt.“ Das Furchtbare hatte dazu noch für jeden Zuhörer und jeden Leser der über ganz Deutschland verbreiteten Predigt einen persönlichen Bezug: „Hast Du, habe ich nur solange das Recht zu leben, solange wir produktiv sind, solange wir von anderen als produktiv anerkannt werden? Wenn man den Grundsatz aufstellt und anwendet, daß man den ‚unproduktiven‘ Mitmenschen töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir alt und altersschwach werden! Wenn man die unproduktiven Menschen töten darf, dann wehe den Invaliden, die im Produktionsprozeß ihre Kraft, ihre gesunden Knochen eingesetzt, geopfert und eingeüßt haben... Wehe unseren braven Soldaten, die als Schwerkriegsverletzte, als Krüppel, als Invaliden in die Heimat zurückkehren. Wenn einmal zugegeben wird, daß Menschen das Recht haben, ‚unproduktive‘ Menschen zu töten... dann ist *grundsätzlich*... Mord an uns allen, wenn wir alt und altersschwach und damit unproduktiv werden, freigegeben... Dann ist keiner von uns seines Lebens mehr sicher.“

Unerhört war aber auch, was der Bischof selbst tat. Er erstattete Anzeige gemäß § 139 StGB, wonach, wer von einem Verbrechen wider das Leben Kenntnis erhält und es unterläßt, Anzeige zu erstatten, bestraft wird.

Diese Mordaktionen wurden noch im August 1941 eingestellt.

Der Artikel der vorhin zitierten englischen Zeitung befaßt sich im weiteren dann mit der Stellung des Bischofs von Galen zur Besatzungsmacht. Es hieß dort: „Während des Krieges machten unsere eigenen Propagandaleute (also die englischen) viel Aufhebens von seiner unentwegten Verurteilung der Nazityrannei.“ — Der Briefwechsel zwischen Galen und dem Chef der Reichskanzlei über den „Klostersturm“ war als englisches Flugblatt über Deutschland abgeworfen worden. — „Heute“, schrieb die Zeitung weiter, „sind sie darüber ärgerlich, daß dieser deutsche Bischof dieselbe geistige Unabhängigkeit der alliierten Militärregierung gegenüber in Anspruch nimmt, wie er sie gegenüber der Nazi-Herrschaft bewies.“

Nachdem Galen von den Briten zunächst in gewisser Weise hofiert worden war — ihm soll sogar das Amt des Oberpräsidenten angetragen worden sein —, kühlte sich das Verhältnis recht schnell ab. Das lag einmal daran, daß die Alliierten nach eigenen Aussagen als „Sieger“ kamen, wenn auch nicht als „Unterdrücker“ — so in der ersten Proklamation Eisenhower vom April 1945. Jedenfalls kamen sie auch nicht etwa als „Befreier“, vielmehr regierten sie eindeutig diktatorisch, so daß man in der deutschen Bevölkerung bald witzelte: „Herr, gib uns ein fünftes Reich, das vierte ist dem dritten gleich.“

Der wichtigste Zusammenstoß des Bischofs mit den englischen Militärbehörden folgte seiner sogenannten „Telgter Predigt“ vom 1. Juli 1945. Bereits mehrfach hatte von Galen gegen die Übergriffe der sogenannten DPs protestiert und gegen die Disziplinlosigkeit vor allem amerikanischer Soldaten. In Telgte, dem münsterländischen Marinewallfahrtsort, sprach Galen dann von Geschehnissen, die „nur aus Haß und Rachsucht unserer früheren Kriegsgegner zu erklären sind“, schilderte die Überfälle und Raubzüge und fuhr fort, heute vertrete er „dieselben Grundsätze und Forderungen gegenüber jenen, die jetzt in deutschen Landen die Macht in Händen haben und gegenüber den Auftraggebern und Völkern jenseits der deutschen Grenzen“. Der britische Kommandant für den Regierungsbezirk Münster lud den Bischof danach vor, und es kam zu einem sachlichen und deutlichen Gespräch, vor allem über drei Punkte, nämlich die Schuldfrage, die Plündereien und die zu befürchtende Hungerkatastrophe in Deutschland.

Galen widersprach der Kollektivschuldthese der Engländer und machte darauf aufmerksam, daß offener und aktiver Widerstand gegen die Nationalsozialisten mit dem Tod oder mit Konzentrationslager mit häufiger Todesfolge geahndet worden sei. Der Streit wurde dann durch einen Briefwechsel beigelegt. Galen kritisierte aber wenig später in einem Interview mit der Zürcher Zeitung die Behandlung der tatsächlichen oder vermeintlichen Nazis durch die Engländer und sagte u.a.: „Das Gift der nationalsozialistischen Irrlehre hat offenbar auch andere Völker angesteckt, selbst solche, die sich ihrer Demokratie zu rühmen pflegten“. Er sah die Gefahr der Radikalisierung und des Bolschewismus, wenn das materielle Elend zu groß werde, kritisierte scharf die Vertreibung der Bevölkerung aus dem Osten Deutschlands und bezeichnete dies als eine Neuerung, die die Nazis und nun die Alliierten in die Geschichte eingeführt hätten. Auf seine Legitimation zu solchen Stel-

lungnahmen angesprochen, erklärte er: „Ich bin nicht nur der Bischof, sondern auch ein deutscher Mensch, ein Christ, der Mitleid mit armen Menschen hat, und ein Seelsorger, der weiß, wie ungeheuer sein Werk erschwert wird, wenn die Menschen in unerträglichen materiellen Bedingungen leben und zur Verzweiflung am Himmel, an Gott und an der Religion getrieben werden.“

Als der Bischof zum Kardinal erhoben wurde (22. Februar 1946) gratulierten die Besatzungsoffiziere bei seiner Rückkehr nach Münster am 16.3.1946. Als er wenige Tage später starb (22.3.1946) und am 28. März 1946 zu Grabe getragen wurde, fand man die Besatzungsoffiziere wie selbstverständlich in seinem Trauerzug.

Wenn man heute auf dieses Leben zurückschaut, so mischen sich in die dem Bischof von Galen gezollte Bewunderung seit einigen Jahren recht merkwürdige Töne. So stellen die einen fest, „Widerstand“ habe er nicht geleistet, es sei eher Nonkonformismus gewesen, und es seien „letztlich lokale Ereignisse, bei denen zudem bereits die Bevölkerung Reaktionen gezeigt hatte, der unmittelbare Anlaß seiner Proteste gewesen, die ihn gegen seinen Willen in die Nähe des Widerstandes rückten“. Widerstand habe er schon deshalb nicht leisten können, „da es zu viele Übereinkünfte“ mit den „offiziellen staatspolitischen Vorstellungen des Nationalsozialismus“ gab. Man hört Carl Amery förmlich durch mit seinen sekundären Tugenden!

Andere wollen in ihm wohl ein Vorbild sehen, weil er „eine Persönlichkeit von Ehre und Gewissen, von Tapferkeit und tiefer Frömmigkeit“ gewesen sei, aber andererseits natürlich ein konservativ, national eingestellter Deutscher, „der gegen Versailles kämpfte wie ein Deutsch-Nationaler und der für Ritterlichkeit im Krieg, aber doch zugleich für Krieg gegen Polen wegen des Korridors eintrat“.

In solchen Beurteilungen zeigen die Autoren einige Defizite im Verständnis dessen, was man als „Widerstand“ bezeichnen kann, und auch in ihrem Politikverständnis. Widerstand unter der nationalsozialistischen Herrschaft wird mit völlig unangemessenen ahistorischen Kategorien gemessen. Das gilt auch für politische Beurteilungen, die an Meinungen zu aktuellen Tagesfragen festgemacht werden — das war etwa die Korridor-Frage — und wenn man mit unseren Maßstäben die Probleme von Krieg und Frieden vor 50 Jahren beurteilen will.

Ich meine, man muß zur Beurteilung einer Persönlichkeit wie der des Grafen von Galen an ganz anderer Stelle ansetzen, und mir scheint, daß das von Ihnen gewählte Thema einen Weg weisen kann. Der Bischof von Galen hatte sehr festgefügte Grundansichten, die er für wahr und richtig hielt und von denen er weder durch Furcht noch durch Tadel abließ — wie dies sein Wahlspruch als Bischof nahelegte. Diese Prinzipien hatte er auch nicht etwa erst während der nationalsozialistischen Zeit artikuliert, sondern bereits in einer 1932 in Münster erschienenen Schrift mit dem Titel: „Die ‚Pest des Laizismus‘ und ihre Erscheinungsformen. Erwägungen und Besorgnisse eines Seelsorgers über die religiös-sittliche Lage der deutschen Katholiken.“

Anknüpfend an den Aufruf Pius' XI. zur katholischen Aktion, wird in diesem Heft das Problem des fortschreitenden Laizismus, also der Verweltlichung, diskutiert, die dem damaligen Pfarrer von St. Lamberti in Münster auch im katholischen Volksteil um sich zu greifen schien. Die Fragen der Seelsorge können hier außer acht bleiben, für unseren Zusammenhang sind die in der Schrift sichtbar werdenden gesellschaftspolitischen Grundansichten des Autors von Bedeutung.

Als um sich greifendes Grundübel, als „Pest“, als Gedankenseuche identifiziert Galen den „Naturalismus“, also die Leugnung der Offenbarung und den daraus folgenden Verzicht auf Erlösung und Gnade. Er verweist auf den Grundirrtum von Liberalismus und Sozialismus, die von der Annahme ausgehen, die menschliche Natur sei „unverdorben und an sich gut“ und daß man daher „durch rein irdische Mittel . . . zu einer Überwindung der aus dem Streben nach Erdengütern entstehenden Unordnungen, Habsucht, Neid, Diebstahl, Betrug, Eifersucht und Streitigkeiten gelangen könne“. Galen beharrt darauf, daß die Menschen nicht einfach gleich seien, und er verteidigt das Privateigentum als „natürliches Recht“.

Der Laizismus wolle allein aus den natürlichen Kräften die menschliche Gesellschaft zur Harmonie und zum Frieden führen. Doch könne man eine Obrigkeit nicht entbehren, noch auf die Mehrheit vertrauen, denn die „Omnipotenz der Menge“ führe dahin, daß „der Mensch und sein Wille (ist) der Maßstab des sittlich Guten“ werde. Mit den Moden und Neigungen wechselt dann auch die Sittlichkeit und ihre Forderungen. Die „Subjektivierung der sittlichen Normen und des Rechts und die Loslösung derselben von der objektiven Sittlichkeit und Rechtsordnung“ führe zum „Staat von Menschen Gnaden“, wie Bischof Ketteler dies ausgedrückt hat. Es bleibt dann „durchaus kein Mittel der Verbindung als die Gewalt“. Daß der Bischof sich gegen die Zentralisierung wendet und es als Unrecht bezeichnet, das an die Allgemeinheit zu ziehen, was der Einzelne aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, sei nur am Rande vermerkt.

Die Gedanken Galens sind nicht besonders originell, er zitiert ausführlich die entsprechenden päpstlichen Rundschreiben, *Rerum Novarum* (Arbeiterfrage) von 1891, *Immortale Dei* (Christliche Staatsordnung) von 1885, *Diuturnum Illud* (Ursprung der Staatsgewalt) von 1881, *Quadragesimo Anno* (Gesellschaftliche Ordnung) von 1931, aber seine Gedanken zeugen von hoher Konsequenz, und unter der Perspektive dieser Anschauungen erklärt sich seine Haltung zum nationalsozialistischen Regime.

Für ihn stand das Recht der staatlichen Obrigkeit unverrückbar fest. Nach seinen Worten lehnen die Christen „grundsätzlich jede gesetzwidrige Revolution und jede gewaltsame Auflehnung gegen die Obrigkeit“ ab, doch der Bischof fuhr fort — es ging um die Gemeinschaftsschule —, „aber dieses pflichtgemäße einer nach unserer Überzeugung Verderben bringenden Maßnahme bedeutet nicht, daß wir derselben zustimmen und uns für die Zukunft damit abfinden“ (Hirtenbrief vom 16. 4. 1939).

Wenn er sich also den Anordnungen der Obrigkeit beugte, so war er keineswegs bereit, diese Obrigkeit und ihre Gesetze in jeder Form zu akzeptieren. Nach seiner Ansicht un-

terliegt jede staatliche Autorität „den Normen des natürlichen Rechts“ (Hirtenbrief vom 6. 1. 1940). Überall dort, wo er seine Herde und die Rechte der Kirche durch Nichtbeachtung dieser Normen gefährdet sah, protestierte er, schriftlich, durch persönliche Vorsprache, durch Predigten und Hirtenbriefe, und er war so unter dem deutschen Episkopat eine herausragende Figur, weil nur die wenigsten Mitbrüder ähnlich deutliche Worte gebrauchten.

So stehen seine Proteste auch dann vor diesem Hintergrund des Naturrechts, wenn es um konkrete Fragen ging.

In den Hirtenbriefen vom 14. September 1941 (verlesen am 28.9.) und 13. Dezember 1942 (verlesen am 20.12.) sind die Grundrechte ausdrücklich und ausführlich angesprochen, und zwar in einem aufschlußreichen Zusammenhang, denn der Hirtenbrief vom 14.9.1941 richtete sich eigentlich gegen den Kommunismus/Bolschewismus. Indem der Bischof die kommunistischen Lehren in der Nachfolge päpstlicher Hirtenschreiben und gemeinsamer Hirtenbriefe der deutschen Bischöfe — zuletzt 1936 — brandmarkte, traf er gleichzeitig nationalsozialistische Glaubenssätze: die Ablehnung der naturgegebenen Rechte der Einzelpersonlichkeit, die Ablehnung der Ehe als rechtlich-sittliche Verpflichtung, die Ablehnung des Elternrechts. Galen erklärte ausdrücklich, daß diese natürlichen und christlichen Grundwahrheiten „in der deutschen Öffentlichkeit bekämpft und in der Praxis beiseite gesetzt werden“, und er forderte sie öffentlich ein:

„Heute wird gar häufig deutschen Volksgenossen das Recht auf das Leben, auf die Unverletzlichkeit des Körpers und auf Freiheit, das Recht auf Zusammenschluß zu sittlich erlaubten Zwecken, das Recht auf Eigentum und auf den Gebrauch des Eigentums entzogen, ohne daß ihnen eine strafwürdige Tat in geordnetem Gerichtsverfahren nachgewiesen und diese Rechtsbeschränkung als Strafe gerechterweise auferlegt worden wäre. Wir erinnern an die Freiheitsentziehungen und Beschränkungen ohne Verteidigungsmöglichkeit und Gerichtsurteil, an die Beschlagnahme von Eigentum . . . Und das alles, ohne daß eine gerichtliche Nachprüfung und die Aufhebung ungerecht verhängter Strafen, die Rückgabe ungerecht entzogenen Eigentums durchzusetzen wäre. Wir erinnern an die grauenhafte Befolgung jener Lehre, die da behauptet, es sei erlaubt, ‚unproduktiven Menschen‘, armen, schuldlosen Geisteskranken, vorsätzlich das Leben zu nehmen; einer Lehre, die grundsätzlich der gewaltsamen Tötung aller als ‚unproduktiv‘ erklärten Menschen, der unheilbar Kranken, der Invaliden der Arbeit und des Krieges, der Altersschwachen Tür und Tor öffnet!“

Heutige Kritiker des Bischofs meinen, verpaßte Chancen darin sehen zu können, daß die Zustimmung, die er im Kirchenvolk fand, und die bei vielen Gelegenheiten auch öffentlich zum Ausdruck kam, politisch hätte genutzt werden müssen. So sei doch augenscheinlich bewiesen, daß es im kirchlichen Raum ungenutzte „Widerstandspotentiale“ gegeben habe, die nur deshalb nicht zum Tragen gekommen seien, weil die Kirche eben nicht gegen das Regime gewesen sei. So werden die Kirche und insbesondere der Bischof von Galen im nachhinein aufgefordert, sie hätten Politik machen sollen, sie hätten zu aktivem Widerstand aufrufen sollen.

Das Mißverständnis der Haltung des Bischofs liegt auf der Hand: Er wollte nichts weniger als Politik machen. Allerdings forderte er die Grundrechte dort ein, wo sie verletzt wurden, und artikuliert sich somit nur zu den Voraussetzungen und Grundlagen politischen Handelns, was natürlich wiederum nicht völlig unpolitisch war, vor allem nicht unter den Bedingungen einer totalitären Diktatur. Und der Bischof forderte die verbrieften Rechte der Kirche ein, und zwar schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Sein erster Protest gegen eine Maßnahme des Regimes stammt vom Juli 1933, als er noch als Pfarrer von St. Lamberti gegen den Versuch der Auflösung katholischer Verbände am 1.7.1933 protestierte. Sein erster Protest als Bischof erfolgte wenige Tage nach seiner Weihe gegen eine Aktion des Stadtschulrats von Münster. Der äußere Anschein des Einverständnisses mit dem Regime führt also durchaus in die Irre, wenn man daraus Folgerungen über die Sympathien des Bischofs von Galen zum Nationalsozialismus ableiten will. Seine Position hielt er dann konsequent durch, was im „Doppelstaat“, den das Dritte Reich nach einer bekannten Interpretation bildete, möglich blieb, weil das Recht formell nicht außer Kraft gesetzt wurde, so daß die rechtliche Legitimation von Protesten auch einen gewissen Schutz bot.

Als nach seinen bekannten Predigten von 1941 von der feindlichen Propaganda ein Flugblatt verbreitet wurde, in dem Galen zum aktiven Widerstand aufrief, erklärte der Bischof sofort, daß dies eine Fälschung sei.

Betrachtet man Galens Haltung gegenüber dem Regime allein vom Erfolg her, so hat er in zwei Fällen das Vorgehen der Nationalsozialisten aufhalten können, in den nicht weiteren geführten Klosterenteignungen und in der Frage der Euthanasie. Wahrscheinlich hat er durch seine Proteste und die Zustimmung des Kirchenvolkes dem Regime manchen weiteren Zugriff erschwert und dessen Machtausübung in gewisser Weise begrenzt, wenn dies auch nicht direkt feststellbar und überprüfbar ist. Der Bischof hat aber vor allem sehr sehr vielen Verzweifelten Mut gemacht, er hat die Menschen in ihrer Not und Hoffnungslosigkeit wieder aufgerichtet und dadurch ein Fundament gesichert, auf dem der Neuaufbau möglich wurde.

Gertrud von le Fort hat dafür 1946 folgende Worte gefunden:

„Denn es war Erz in Euren Mauern, das dem Feuer standhielt,
es war Glockenerz darinnen, das keine Glut zerstörte.

Wie ein heller Ruf die Schläfer weckt, so weckte sein Mund die Wahrheit,
Wie ein kühner Pfeil das Ziel trifft, so traf seine Stimme mitten ins Schweigen —
Sie war wie ein Quell laut in der Wüste, sie war wie ein Stromlaut im verdurstenden Lande.“

Nach dem langanhaltenden Beifall und einer Weile tiefer Nachdenklichkeit entwickelte sich dann eine sehr tiefgehende Diskussion. Sie zeigte aber auch, wie wenig heute von der Zeit damals gewußt wird. Es wird noch notwendig sein, auf diese Tatsachen später näher einzugehen.

In der Mittagspause folgte die Wahl der vier Mitglieder des Bundesvorstandes der GKS aus dem Einzugsbereich des KMBA.

Es wurden gewählt:

- *Walter Hütten, Oberfeldwebel*
- *Paul Schulz, Oberstleutnant i. G.*
- *Jürgen Bringmann, Oberstleutnant*
- *Helmut P. Jermer, Hauptmann*

Um 15.00 Uhr eröffnete dann der amtierende Bundesvorsitzende OTL Willy Trost die diesjährige Bundeskonferenz. Er führte aus:

Ich eröffne die diesjährige Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Nach dem sehr ausführlichen Vortrag und unserer Aussprache über das Thema heute vormittag gebe ich Ihnen nun den Bericht des Vorsitzenden, d. h., es wird Rechenschaft gegeben über das abgelaufene Jahr. Die Bereiche des Bundesgeschäftsführers und des Redakteurs „auftrag“ werde ich nur kurz ansprechen, weil beide Herren nach den Arbeitsgruppen heute nachmittag noch einmal ergänzend berichten werden.

Im vorigen Jahr habe ich die GKS aufgerufen, Mitglieder zu werben und neue Kreise zu gründen. Was ist daraus geworden? Unser Bundesgeschäftsführer hat ausgewertet: Die Zahl der Kreise ist unverändert geblieben, sie liegt bei 110. Die Bereiche II, V und See haben zwar je einen Kreis mehr als im Jahre 1986, dafür aber verloren I, VI und das Ausland je einen Kreis. Die Zahl der Mitglieder ist um fast 160 gestiegen, auch das ist nicht das erwartete Ergebnis.

Lassen Sie uns auch weiter alle an dem Ziel arbeiten, jeder Wehrbereich gründet einen zusätzlichen Kreis und jedes Mitglied versucht ein weiteres Mitglied zu werben.

Unser Organ „auftrag“ ist in der bewährten Regie unserer Freunde Fettweis, Lehmkämper und Jermer alle zwei Monate überwiegend als Doppelheft erschienen. Der „auftrag“ ist als Dokumentation unserer Arbeit hoch angesehen und berichtet zunehmend und mehr über die Aktivitäten der Basis der GKS und PGR.

Die GKS, ihr Bundesvorstand und die Ausschüsse des Vorstandes haben sich im abgelaufenen Jahr mit einem außerordentlich großen Arbeitsprogramm befaßt und es, wie ich glaube, auch gut bewältigt. Bundesvorstand und Exekutivausschuß haben sich stets mit einer Vielzahl von Problemen und Aufgaben zu befassen. Immer geht es dabei auch darum, die Arbeit der Sachausschüsse zu koordinieren, ihnen neue Aufgaben zuzuweisen oder ihr Vorlagen und Ergebnisse zur Kenntnis zu geben und darüber zu beschließen.

Es ist auch immer eine Vielzahl von Vertretungen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten durch den Bundesvorstand wahrzunehmen. Dabei ist hervorzuheben die stete Bereitschaft, Vertretungen für den Bundesvorsitzenden zu übernehmen. Dies gilt besonders für unseren Freund, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Oberfeldwebel Walter Hütten.

Auch stellvertretend für viele andere soll hier Oberstleutnant a. D. Emil Kladiwa genannt

werden. Er hat in vielen Fällen seinen Wehrbereich und die GKS insgesamt vertreten und unsere Anliegen durch seine Aktivitäten erfolgreich gefördert.

Es ist damit zu rechnen, daß in kurzer Zeit eine Veröffentlichung des Katholischen Militärbischofsamtes erscheint und verteilt werden kann. Darin beschreibt auch der uns bekannte Doktor Walle die Arbeit der GKS für den Frieden. Deshalb begrüßen wir diese Veröffentlichung, die für uns von besonderem Wert sein wird.

Während eines Treffens zum Jahreswechsel, zu dem der Militärgeneralvikar traditionellerweise die Mitglieder des Vorstandes der Zentralen Versammlung und des Exekutiv Ausschusses der GKS in das Bonner Haus des Katholischen Militärbischofs einlädt, brachte unser Generalvikar seinen Respekt und seine Dankbarkeit für die zum Ausdruck, die als Soldaten Zeugnis geben dort, wo sie leben und arbeiten. In den Räten und bei der GKS würden qualifizierte und beachtenswerte Beiträge dazu erarbeitet, was christliche Soldaten aus kirchlicher und biblischer Ethik zur militärischen Sicherung des Friedens zu sagen hätten, führte der Generalvikar in seiner Ansprache aus. Diese und seine weiteren Ausführungen wurden über die Katholische Nachrichtenagentur auch der Öffentlichkeit zugeleitet und über „Weltbild“ und „nimm“ auch Ihnen sicherlich bekannt.

Ihr Bundesvorsitzender hatte viele Gelegenheiten, die GKS zu vertreten. Beim 80. Geburtstag des Erzbischofs von Köln, Josef Kardinal Höffner, ebenso wie bei der Gesamtkonferenz der katholischen Militärggeistlichen in Reute. Auch unseren ehemaligen Militärbischof Dr. Franz Hengsbach, Bischof von Essen, habe ich zu seinem goldenen Priesterjubiläum gratuliert. Dabei habe ich dem Bischof über die treue Verbundenheit der mit ihm für viele Jahre verbundenen Soldaten berichtet. Insbesondere die Mitglieder der GKS, deren Entwicklung und Wachstum der Bischof aktiv begleitet hat, werden ihm stets ein bleibendes Andenken bewahren. Zur Erinnerung an diese Zeit wurde ihm ein Buch gewidmet und von der GKS überreicht.

Der Bundesvorsitzende der GKS hat die Gelegenheit erhalten und gerne wahrgenommen, an der Pfarrhelferkonferenz hier in Cloppenburg im März d.J. teilzunehmen. Dabei wurden in einem kurzen Referat die Aufgaben und Gliederungen der GKS dargestellt und insbesondere ihre Tätigkeit vor Ort in den Kreisen beschrieben und diskutiert. Angeregt wurde durch die Pfarrhelfer, als Möglichkeit der Darstellung und Vorstellung der GKS und ihrer Aufgaben ein neues Faltblatt, das dann beim Lebenskundlichen Unterricht verteilt werden könnte und über das die neuen Soldaten Informationen und Anschriften der GKS vor Ort erfahren. Diese Anregung wurde aufgegriffen und wird weiterbehandelt im neuen Sachausschuß „Information und Öffentlichkeitsarbeit“. Mit den Pfarrhelfern wurde auch über die Selbständigkeit des Verbandes, auch bezüglich seiner Arbeit vor Ort, diskutiert. Gerne sind die Pfarrhelfer bereit, der GKS vor Ort in den Kreisen zu helfen und ihr administrativ unter die Arme zu greifen. Formell gesehen aber ist und bleibt die GKS natürlich ein selbständiger Verband.

Bei einem Vortrag und bei einer langen Diskussion habe ich mit den katholischen Religionslehrern an den Berufsschulen in Nordrhein-Westfalen über die Ethik des soldatischen Dienstes gesprochen.

Der Bundesvorstand hat am 29. März 1987 eine Diskussion mit den Mitgliedern des Vorstandes des BDKJ zur Problematik der Friedensdienstes durchgeführt. Dabei geht es um einen neuen Entwurf des BDKJ zu den „Diensten für den Frieden“ für seine Bundesdelegiertenkonferenz in Altenberg im Mai d.J..

Unser Bundesgeschäftsführer, Oberstleutnant Jürgen Bringmann, hat sich mehrfach über die Medien in die Diskussion um „Unfriede bei Pax Christi“ eingeschaltet. Er hat dabei in sehr klarer Form und sehr ausführlich die Stellungnahme der GKS verdeutlichen können. Kopien der auf Cassetten aufgenommenen Rundfunkdiskussionen stehen bei den Vorsitzenden der Wehrbereiche zur Verfügung. Es kann Ihnen allen nur empfohlen werden, sich diese Argumente einmal anzuhören. (*Abdruck ist in Heft 161/162 auftrag erfolgt.*) Der neu geschaffene Sachausschuß „Information und Öffentlichkeitsarbeit“ hat den Auftrag und nun auch begonnen, sich Gedanken über unsere Informationen und mögliche Anregungen für die Arbeit an der Basis zu machen.

Wir werden nun mit unserer Arbeit in den Arbeitsgruppen zum Thema des heutigen Morgens „Grundwerte leben“ beginnen.

Anschließend begann die Arbeit in den Arbeitsgruppen:

- Gruppe 1: „Eintreten für die Grundwerte/Grundrechte im Truppenalltag und in der Menschenführung“, Moderator: OTL i. G. Paul Schulz
- Gruppe 2: „Verwirklichung der Grundwerte/Grundrechte in Ehe und Familie“, Moderator: O a. D. Georg Heymen, unser Ehrenvorsitzender, für den verbinderten OTL i. G. Michael Gadow
- Gruppe 3: „Grundwerte/Grundrechte in der Freizeit“, Moderator: Hptm Helmut P. Jermer

Nach der Gruppenarbeit gaben der Redakteur „auftrag“ und der Bundesgeschäftsführer ihre Berichte.

Helmut Fettweis führte aus:

Im vergangenen Jahr habe ich auf unserer Generalversammlung darlegen dürfen, welche Erfahrungen mit dem Glauben ich in einem langen dienstlichen Leben machen durfte.

Dann habe ich versucht zu schildern, wie ich aus diesem Glauben meine heutige Aufgabe als Redakteur von auftrag zu lösen mich bemühe.

Heute nun will ich Rechenschaft ablegen, wie ein solches Heft kombiniert und konzipiert wird. Dazu muß man jedoch einige Gegebenheiten kennen.

Seit über 25 Jahren arbeite ich verantwortlich für das Wort des Königsteiner Offizierkreises — an den Königsteiner Offizierbriefen und dann seit 1970 für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten — für Sie — am auftrag.

Ich betrachte mich mit Wilhelm Lehmkämer und Helmut Jermer als beauftragt, Sie ausreichend mit Informationen, Dokumentation und Kommunikation zu versorgen.

Dieser Dienst mit dem Wort muß aber immer ein Dienst an und in der Kirche sein. Sie ist das Heilszeichen des Glaubens für uns Menschen.

Daher zögere ich auch nicht, zu bekennen, daß jedes Heft vom Gebet begleitet ist.

Ich freue mich, hier und heute noch einmal sagen zu können, daß in dieser langen Zeit unser Heft noch nie von seiten unserer Bischöfe oder deren Kurie in irgendeiner Form zensiert wurde. Das ist meines Erachtens des Dankes wert.

Dankbar bin ich auch, daß wir seit 1966 — nach der 6. Woche der Besinnung die Erlaubnis erhielten, das Kreuz der Militärseelsorge — als Zeichen der inneren Verbundenheit — im Impressum bzw. auf der 3. Umschlagseite zu tragen.

Man muß eben wissen, daß wir als Verbandszeitschrift alles, was unsere Gremien beschließen oder was Einzelne als Beiträge ausdenken, veröffentlichen dürfen.

Wir dürfen jedoch nicht ohne Zustimmung des KMBA veröffentlichen, was die Zentrale Versammlung oder die Pfarrgemeinderäte beschließen. Das ist einleuchtend, wenn man bedenkt, wie es aussehen würde, wenn unser Bischof irgendeine Sache, die er als Hirte noch erwägen muß, zuerst in der Presse zu lesen bekäme.

Ebenso wäre es für die ZV unangenehm, wenn Teile eines Beschlusses schriftlich veröffentlicht sind, später aber z.B. aus kirchenrechtlichen Gegebenheiten eine Korrektur erfahren müßten.

Eine Ausnahme wurde der Redaktion zugestanden:

Die Berichte aus den „PGR“ darf sie in Selbstverantwortung prüfen und dann auch veröffentlichen. Diese Regelung hat sich bewährt.

Nun zu den technischen Details. Jede Seite in einem Heft bedarf etwa einer Stunde Arbeit.

Das schließt ein

- erstes Lesen und Sichtung nach 3 Kategorien: + abdruckfähig, 0 nochmal überlegen, – nicht geeignet.
- Diese Sichtung erfolgt unter dem Gesichtspunkt des Auftrages unseres Bundesvorstandes, der das Jahresthema festlegt.
- Die nächste Überlegung ist, in welche Kombination nehmen wir den einzelnen Artikel.
- Wo müssen noch Artikel „gezaubert“ werden, um das Bild abzurunden usw.?

Wenn Sie das Heft 163/164 aufschlagen, dann sehen Sie einzelne Rubriken, die etwas fett gedruckt sind. Vor Jahren haben wir in einer nächtlichen Sitzung mit unserem damaligen Generalvikar, Prälat Dr. Gritz, eine solche Einteilung als sinnvoll gefunden. Es hat sich gezeigt, daß wir die Einteilung: Kirche — Frieden — Freiheit — Gesellschaft — GKS —

PGR — und Presse sehr wohl füllen können und daß diese Problemgruppen nach einer Rundfrage auch den Leser am meisten ansprechen. Inzwischen kamen „Aus der nahen und weiten Welt“, „Informationen aus Kirche und Welt“ und „das aktuelle Buch“ hinzu. Warum, versuche ich später zu erläutern.

Daß unser Heft, das hier ausliegt, Ihnen einen Gruß sagen müßte, ist selbstverständlich. Daß er einen Hinweis auf das Haus gibt, das Thema global anklingen läßt, gehört zum Vorwort.

Dann folgen Hinweise des Bundesgeschäftsführers, des Bundesvorsitzenden und des Vorsitzenden des Ausschusses, der das Thema auffächerte. Dazu gehörte auch der Fragenkatalog. Dennoch mußte ich mir überlegen, ob diese Briefe, die ja eigentlich in Ihrer Hand sein müßten, noch einmal abgedruckt werden sollten. Ich entschied mich dafür, weil unser Heft ja auch der Dokumentation dient, und Dokumentationen müssen möglichst vollständig sein. Aber es gehört zur praktischen Erfahrung, daß der eine oder andere von Ihnen in letzter Minute zur Teilnahme delegiert wurde und man hat es unterlassen, ihm alle Informationen — eben auch diese Briefe — mitzugeben. Nun hat auch dieser Delegierte alles beisammen.

Es folgen dann die Beiträge. Sie sind ebenfalls nach einem System geordnet. Daß zunächst ein Papier des ZdK vorangestellt ist, liegt daran, daß hier bereits eine Abhandlung besteht, zu der viele Fachleute etwas beigetragen haben. Wenn dann die Ausführungen unseres Freundes Paul Schulz folgen, liegt das an der daraus ersichtlichen Fortführung des ZdK-Papiers auf unser spezielles Thema. Dabei werden allerdings neue Fragen gestellt.

Die geistige, die glaubensmäßige Dimension zeigt somit Wilhelm Lehmkämer auf. Er schließt wieder mit einem Ausblick, wie solche Fragen in der Welt beantwortet werden können. Und somit schließt sich logisch der Beitrag Becker an, der die Frage Grundwerte von der demokratischen Gesellschaft, also von unserem Umfeld aus angeht. Nun werden Sie fragen, warum der Beitrag von W. Trost am Ende dieser Gedankenkette steht. Sie haben recht. Ich habe auch lange gezögert. Ich wollte diese Abhandlung zuvorderst bringen. Dann aber hätte ich den Vorspann von den Seiten 6—9 nicht bringen können. Den Ausschlag gab aber unsere Arbeit hier in den Arbeitskreisen. Die Mitstreiter sollten erst eine Fülle von Aussagen vorgegeben bekommen, um sie dann noch einmal anhand der „Einführung“ sozusagen in den „Trichter“ einer Gliederung pressen zu müssen — zu können. Mit dieser Arbeit sollte eine Bestandsaufnahme erleichtert werden. Ich hoffe, Sie empfinden das bei der Arbeit dann auch so. Der Abschluß zu diesem Kapitel bringt etwas Entspannung.

Der nächste Absatz *Kirche* dürfte einfacher zu durchschauen sein. Kurz vor der Ankunft des Heiligen Vaters sollten unsere Leser wissen, was es mit Pater Rupertus Mayer auf sich hat. Als ehemaliger Militärseelsorger spricht sein Leben uns besonders an.

Aber der Beitrag zu Edith Stein ist konzipiert und wird im Zusammenhang mit dem Bericht über den Besuch des Papstes erscheinen.

Vom Soldaten zum Diakon — lesen Sie, Sie werden den Bezug finden — auch den Bezug zu dem, was Bischof Hengsbach uns zu sagen hat.

Einen Gedanken zum Nachtrag, zu „brennender Sorge“. Tatsächlich konnte mein Beitrag im Heft 161/162 zu einer Enge führen. Und es muß hier klar gesagt werden, beim Studium der Geschichte von Edith Stein und Pater Mayer ist mir das so besonders deutlich geworden: Sicherlich haben in der Neuzeit Bischöfe, Priester und Laien — viele Laien — versagt oder haben zu zaghaft gehandelt. Aber das Phänomen einer totalen Diktatur kannte man noch nicht. Der Umgang mit dem Faschismus italienischer oder auch spanischer Prägung konnte noch nicht erkennen lassen, wie furchtbar die Nazis hausen würden.

Und lassen Sie mich das mit aller Deutlichkeit hier sagen: Vielen Klugscheißern von heute möchte ich mal eine Woche von der NS-Zeit gönnen. Da, wo sie abgeschnitten von dem breiten Informationsstrom unter der Kontrolle von Blockwarten und Kreisleitern gestellt, mit nur einer ausgerichteten Tageszeitung gefüttert, eine Arbeit zum Wohle des Volkes zu verrichten hätten. Sie würden nach dieser „Quarantäne“ im wahrsten Sinne des Wortes „zu Fuß nach Kölle jon“. Und so mußte man redlich diesen Teil kirchlichen Widerstandes genauer spezifizieren.

Daß ein Admiral sich zu den Werten von *Frieden* und *Freiheit* bekennt, schriftlich bekennt, dafür kann man nur danken. Es ist wert, gewußt zu werden. Daß unser Minister eine positive Einstellung zur Freiheit der Militärseelsorge hat, muß man dokumentieren.

Dann kommt das Kapitel *Gesellschaft*. Wenn ein Papst mit leichter Hand eine sehr eindringliche Skizze eines Menschenwerts darstellt, sollte man für die Argumentationshilfe dankbar sein.

Daß wir in der Sache Aids mit allerhand vorder- und hintergründigen — leider auch vielen falschen Informationen zu tun haben, war Veranlassung, noch einmal zusammengefaßt einen Bezug auf die Rangordnung der Werte darzustellen.

Und dann *aus GKS und PGR*. Hierüber ist wenig — aber doch sehr viel zu sagen. Im vergangenen Jahr haben wir rd. 60 Berichte veröffentlicht. Und aus den Themen, aus der Behandlung der Themen, haben wir eine Menge Honig saugen können im Hinblick auf die Fragen, die die Basis beschäftigen. Es ist wichtig, daß wir hier — eine Bitte: in Zukunft noch mehr — informiert werden.

Aus der *weiten Welt* wurde durch die *Nähe* ergänzt. Das Schicksal unserer Kirche und vielleicht auch unser Schicksal als Europa wird in der Weite der Welt mit entschieden. Und es entscheidet sich an unserem und unserer Nachbarn Mittun. Ich verrate kein Geheimnis. Das Honorar für Chile, für Namibia, für Südafrika hilft den tapferen Männern und Frauen dort. Auch das ist eine Form des Apostolates. Und uns hilft es, ein paar gute Informationen mehr zu bekommen.

Wer hört zum Beispiel über Südafrika mehr als in der Tageszeitung steht? Wer bekommt die Deutsche Tagespost? Wer kennt die Artikel von Herrn Breyer?

Kurze Informationen müssen sein. Sie stehen unter dem Aspekt, Ihnen Aussagen zugänglich zu machen, die man sonst nicht erfährt.

Zum Schluß das *aktuelle Buch*. Einmal: Bücher sind wichtiges Hintergrundmaterial. Viel wichtiger aber ist, daß wir mit diesen Vorlagen Kontakt bekommen. Ich möchte nur soviel sagen, daß ich von fast allen Verlegern, die bei uns Bücher besprechen ließen, schon befragt wurde über dieses oder jenes Werkchen, das man zugesandt bekommen habe. Da muß man nicht abraten, da braucht man nur noch zu sagen — weil man einander eben gut kennt —, die Gegenposition steht da und da. Dann hat sich eine solche Sache meist erledigt.

Nun ist das Heft natürlich nicht fertig. Jeder Artikel ist viermal gelesen. Jeder Artikel muß anschließend bewertet werden, die Zahlungsanweisung muß stimmen, die Belegexemplare müssen versendet werden. Der Verteiler und damit die Auflagenhöhe ist festzusetzen.

Alle Arbeit, vom Schriftverkehr bis zu den Rückfragen, wäre sinnlos, wenn alles nicht dem höheren Sinn unterstehen würde, mitzuhelfen an der Arbeit im Weinberg des Herren.

Wir sind zwar keine zweite Kanzel, aber wir sind ein Wegweiser — lassen Sie mich es bescheidener sagen: Unser Team versucht Wegweiser zu sein, damit Sie die Kanzel finden; damit Sie erkennen, es lohnt sich, in dieser zerklüfteten und oft so pessimistischen Welt auf das Wort dessen zu hören, der von sich gesagt hat, daß *Er* der Weg sei zum ewigen Leben. Helfen Sie alle mit, daß wir erkennen, daß in dieser Gesellschaft Wegweiser nützliche Geräte sind. Wir bemühen uns.

Der Bericht des Bundesgeschäftsführers stützte sich auf die S. 6ff. abgedruckte Lagefeststellung. Zusammengefaßt führte Jürgen Bringmann u. a. aus:

- Lagefeststellung der GKS 1987 (siehe Handbuch 4.1).
- Informations- und Werbematerial der GKS (siehe Handbuch 7.3); insbesondere wird auf die Sonderausgabe des IAP-Dienstes Sicherheitspolitik „Der Weg zum Frieden“ hingewiesen, die einen guten Überblick über die Positionen der Kirchen gibt und von den Kreisen und Wehrbereichen als Informations- und Werbematerial angefordert werden kann.
- Veranstaltungen der GKS (siehe Handbuch 7.1 und 7.2). Grundsätzlich sollte versucht werden, Veranstaltungen in der Art durchzuführen, wie sie im Handbuch vorgesehen sind. Bei anderen Veranstaltungen ist es unbedingt erforderlich, rechtzeitig vorher Haushaltsmittel anzufordern. Dies gilt auch für Veranstaltungen zum Weltfriedenstag, die erfreulicherweise zunehmend in den Kreisen und (Wehr-)Bereichen durchgeführt werden; rechtzeitige Anträge sind bisher immer genehmigt worden.

- Vom 26. bis 30. 10. 1987 findet im Bonifatiushaus in Fulda die „Akademie Oberst Helmut Korn“ zum Thema „Grundwerte leben — Soldat im Spannungsfeld ethischer und sicherheitspolitischer Fragen“ statt. Hieran sollen (jüngere) Portepreeunteroffiziere und Offiziere, vor allem aus der Truppe, teilnehmen. Sie müssen nicht Mitglieder der GKS oder von Pfarrgemeinderäten ein. Umgehende Meldungen, spätestens bis 1.9.1987, sollten durch die Wehrbereiche oder in Abstimmung mit ihnen direkt an den Bundesgeschäftsführer erfolgen.
 - Die Kreise und (Wehr-)Bereiche sollten jede Aufforderung wahrnehmen, sich mit den Positionen von BDKJ und Pax Christi auch öffentlich auseinanderzusetzen. Es kommt darauf an, daß wir öffentlich „Flagge zeigen“ — dies wird von der großen Mehrheit unserer Bevölkerung und in unserer Kirche erwartet, die nach wie vor unsere und nicht die Position der anderen Seite unterstützt.
5. Der Vorsitzende des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“, Oberst i. G. Friedhelm Koch, stellte den Entwurf einer Stellungnahme der Bundeskonferenz der GKS zur „Feuersteiner Erklärung“ von Pax Christi zur Abstimmung. Die Stellungnahme wurde einstimmig angenommen und anschließend Pax Christi zugeleitet (siehe Handbuch 6.7).
6. Das Jahresthema 1988/89 im Rahmen des Gesamtthemas „Grundwerte“ wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung wie folgt formuliert: „Grundwerte erfordern Grundhaltungen — Unser Dienst im Alltag“. Die Kreise und (Wehr-)Bereiche sollten sich mit dieser Thematik bis zur 28. „Woche der Begegnung“ weiter beschäftigen.
7. Auf seiner Sitzung am Abend des 28.4.1987 wählte der Bundesvorstand der GKS Oberstleutnant i. G. Paul Schulz zum neuen Bundesvorsitzenden der GKS. Als Stellvertreter wurden Oberfeldwebel Walter Hütten und Oberstleutnant Willy Trost gewählt. Der Bundesgeschäftsführer, Oberstleutnant Jürgen Bringmann, und der Redakteur „auftrag“, Oberst a. D. Helmut Fettweis, wurden erneut berufen. Die Gesamtzusammensetzung des neuen Bundesvorstandes der GKS ist im Handbuch unter 9.1 abgedruckt.

Zu gleicher Zeit tagten die Delegierten der Räte und befaßten sich mit einer Grundorientierung für ein Laienapostolat in der Kirche unter Soldaten.

Um 19.30 Uhr versammelten sich dann alle Teilnehmer mit einer großen Zahl von Gästen aus der näheren Umgebung zu einem geistlichen Konzert.

Auch hier wäre es notwendig, daß dieses Konzert, musikalisch gestaltet vom Marinemusikkorps Nordsee unter Leitung von Korvettenkapitän Michael Wintering, ausführlich gewürdigt würde, doch leider gebietet der Zwang, die Hefte im Umfang weniger dick zu machen, eine Beschränkung.

Dennoch muß einmal die Zusammenstellung gewürdigt werden und dann die meisterliche Durchführung. Ein musikalischer „Zauberberg“ von Mozart, Rimsky-Korssakow, Rossini, Mendelssohn-Bartholdi, Tschaiakowsky bis zu Dvorák ließ empfinden, was es bedeutet, von gro-

ßer Gnade beschenkt zu sein. Gottes Schöpferkraft zeigt sich auch in den Werken der von ihm begnadeten Künstler.

So war dann der lange und spontane Schlußbeifall wie das Auftauchen aus einer anderen, einer größeren Welt. Der dankbare Beifall galt jedem der Musiker, besonders aber auch dem Solisten, Bootsmann Ulrich Hellkuhl, und dem einfühlsamen Dirigenten.

Dank dieser Orchestergemeinschaft, diesem Marinemusikkorps Nordsee für das großartige Geschenk ihres Spieles.

Eingebettet in das Konzert war dann eine besinnliche Betrachtung von Kapitän zur See a. D. Norbert Maria Schütz über das Thema

„Begegnung mit Clemens August Kardinal von Galen“

Wer den II. Weltkrieg in all seinen „Facetten“ erlebt und erlitten hat, der sucht im allgemeinen nicht die publicityträchtige Wiedergabe seiner Kriegserlebnisse.

Wenn ich dennoch der Bitte nachkomme, vor Ihnen über einen Abschnitt meiner Kriegserlebnisse zu berichten, dann deshalb, weil Sie, meine Kameraden der Nachkriegsgeneration, erfahren sollen, daß es zur damaligen Zeit einer unglaublich harten totalitären Herrschaft auch beeindruckende Beispiele des Mutes und der Tapferkeit um die Bewahrung sittlichen Verhaltens gab.

Im Mittelpunkt meines kurzen Berichtes steht Clemens August Graf von Galen, Bischof von Münster. Hierzu wurde ich von Persönlichkeiten aus Kirche, Wissenschaft und Publizistik ermuntert.

Im Sommer 1933 lernte ich als Elfjähriger den damaligen 55jährigen Pastor von St. Lamberti zu Münster auf dem Landsitz seines jüngeren Bruders Franz in Merfeld bei Dülmen kennen. Dort hatte mich Gräfin Huberta von Spee — Tochter des bei den Falklandinseln am 8. Dezember 1914 am gleichen Tag zusammen mit seinen beiden Söhnen gefallenen Vizeadmirals Graf von Spee, die mit dem Adelsgeschlecht der von Galen verwandt waren — eingeführt. Meine jugendliche Bekanntschaft mit Clemens August erweiterte sich zu einer engeren durch mein zunehmendes Engagement in der illegalen katholischen Jugendarbeit vom Jahr 1937 an.

Von den vier Begegnungen mit Clemens August — die letzte in Frankfurt im März 1946 bei seiner Rückkehr aus Rom anläßlich seiner Erhebung zum Kardinal — haben mich die Begegnungen während des Krieges im Innersten tief bewegt und meinen Lebensweg entscheidend geprägt. Meine Hochachtung vor der Ehrfurcht gebietenden Gestalt des großen Bischofs nahm mit jeder Begegnung zu. Clemens August wurde für mich zu einer von Gottes Geist erfüllten Persönlichkeit.

Gewiß verblassen nach über 40 Jahren die Erinnerungen an äußere Sachverhalte. Aber das Erinnerungsbild der Gesprächsinhalte ist von solch einer uneingeschränkten Authentizität geblieben, daß es mir erlaubt sei, um der stimmungsmäßigen Wiedergabe der Begegnungen wegen zuweilen dem Sinne nach den direkten Dialog nachzuvollziehen.

Mein erster Kommandeur war ein Korvettenkapitän d.R., der der evangelischen Bekenntnenden Kirche angehörte. Dessen Absicht war es, Menschen mit ausgesprochenem christlichen Sinn in Vorgesetztenstellen zu bringen, um der sich auch in der Kriegsmarine immer breiter machenden nationalsozialistischen Weltanschauung einen Damm entgegenzusetzen. Ich zögerte mit meiner Einwilligung. Ich bat um Urlaub, um bei Clemens August Rat einzuholen.

Dem aufmerksamen und rührigen Seelsorger Clemens August war der bei mir in der Tiefe meiner Seele sitzende Zwiespalt nicht entgangen: einerseits als Soldat zum Schutz der Heimat gegen den äußeren Feind kämpfen zu müssen, was andererseits bedeutete, dem Nazi-Regime indirekt zu neuen Untaten zu verhelfen.

Der Bischof begriff dieses Dilemma und zeigte sich selbst tief betroffen. Aber er ließ sich dadurch nicht verwirren und hob mit Festigkeit an: „Du hast deine Situation nicht selbst geschaffen. Somit trägst du dafür auch keine Verantwortung. Als Hitler an die Macht kam, warst du ein Junge von nicht einmal ganz elf Jahren. Jetzt mit deinen zwanzig handle mit zunehmender Weisheit und stelle dein tägliches Handeln unter Gottes Gebot. Alles andere, was du aus eigener Kraft nicht zu ändern vermagst, nimm in Demut vor Gott als Buße auf dich und betrachte es als eine Fügung Gottes.“

Kriege zur Durchsetzung politischer Ziele verurteilte Clemens August grundsätzlich. Dennoch stand für ihn Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit der militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion außer allem Zweifel. Denn er glaubte wie damals die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes (Anm. d. Red.) der von der NS-Propaganda und amtlicher Seite verbreiteten, von Clemens August nicht nachprüfbaren Nachricht eines geplanten sowjetischen Angriffs gegen Deutschland. Clemens August befürchtete eine bolschewistische Gewaltherrschaft in Deutschland und Europa. Die wollte er verhindert wissen. In der Abwehr dieser Gefahren sah er das primäre Wehrmotiv des deutschen Soldaten. Deshalb forderte er mich auf, mit meiner ganzen Kraft und in der von meinem militärischen Vorgesetzten befohlenen Position wenn nötig Opfer zu bringen. Er ermahnte zur Pflichterfüllung für das deutsche Volk und deutsche Vaterland.

Des Bischofs sehnlichster Wunsch war die Erreichung eines für Deutschland und sein Volk ehrenhaften baldigen Friedensschlusses unter Ausschluß Hitlers. Er vermochte zwischen dem ihm verhaßten Naziregime — das er ursprünglich mit der Kanzlerschaft Hitlers in einer nationalen Koalitionsregierung für zeitlich begrenzt glaubte — und Regime der Bolschewiken keine nennenswerten Unterschiede zu erkennen. Aber seine angeborene und anerzogene Staatsräson, vor allem seine ritterliche Gesinnung den an der Front kämpfenden Soldaten gegenüber, machten es Clemens August unmöglich, während der Kriegshandlungen „zur Unzeit“ (wie er sagte) gegen den inneren Feind in der Weise vorzugehen, daß dabei noch größerer Schaden für das Ganze angerichtet wurde. Erst danach würde man nach Mitteln und Wegen suchen müssen, um der eigenen staatlichen Obrigkeit den weiteren Mißbrauch obrigkeitlicher Gewalt zu verwehren. Mit grimmiger Stimme und ei-

nem Fausthieb auf den Tisch preßte er aus sich heraus: „Diese Obrigkeit steht nicht mehr im Einklang mit Gottes Willen; sie ist nicht mehr die Dienerin Gottes!“

Daß es überhaupt zu einem Krieg mit dem Westen kam, lastete Clemens August in erster Linie der dilettantischen und verantwortungslosen Politik Hitlers an.

Aber man stelle sich vor, wie wohl der „Löwe von Münster“ bei Kenntnis der „Führerbesprechung“ vom 14. Juni 1941 reagiert haben würde? In dieser Besprechung befahl Hitler, beim Feldzug gegen Rußland Kriegsmethoden anzuwenden, die nicht in Übereinstimmung mit dem geltenden internationalen Kriegsvölkerrecht standen.

Die von Clemens August erhoffte Befreiung des russischen Volkes von der Pest des Bolschewismus wurde eigentlich auch durch diese Methoden vereitelt.

Wer ein gerechtes Urteil über Clemens August fällen will, darf ihm wie auch uns Älteren nicht das heutige historische Wissen unterstellen. Anmerkung für junge Leser: Den Bischof, wie die ihm ans Herz gewachsenen Soldaten, verfügten über keine fundierten, erarbeiteten ethischen Bewertungsmaßstäbe analog den heutigen Bestimmungen aus dem II. Vatikanischen Konzil, über kein Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden, über Stimmen aus „Justitia et Pax“ oder aus einem „Institut für Theologie und Frieden“.

Begegnung im Frühjahr 1944

Die militärische Lage hatte sich dramatisch zugespitzt. Großadmirals Raeder düstere Voraussage gegenüber Hitler unmittelbar vor Kriegsausbruch, die Marine könne nicht viel mehr tun, als kämpfend und in Ehren unterzugehen, wurde immer mehr zur gespenstischen Wirklichkeit. Unter Inkaufnahme außergewöhnlicher Verhältnisse eines Seekrieges waren wir nur von dem einen Gedanken beseelt: Durch mit möglichst heilen Knochen.

Aber die bohrenden Fragen nach Sinn und Zweck des Krieges wurden immer lauter. Um so mehr stach der Versuch des im Dienstgrad höher als ich gestellten und mit besonderen Vollmachten ausgestatteten nationalsozialistischen Führungsoffiziers (NSFO) hervor, mit demagogischen und ideologisch durchsetzten Durchhalteparolen auf meine Männer einzuwirken. Dies führte zwischen mir und dem NSFO auch vor der Front zu harten und offenen Auseinandersetzungen. Das freie Glaubensbekenntnis der Soldaten wurde der Lächerlichkeit preisgegeben und sollte zugunsten einer pseudoreligiösen Veranstaltung weitgehend eingeschränkt werden. Gegen dieses Ansinnen und andere Widerwärtigkeiten konnte ich mich *gemeinsam* mit meinen mir anvertrauten Kameraden mit Erfolg wehren. Infolgedessen wurde ich des offenen Verrats am nationalsozialistischen Gedankengut bezichtigt. Wegen dieses verantwortungslosen Verhaltens könne ich nicht länger als Einheitsführer geduldet werden. In dieser Not und auch aus Angst suchte ich während meines Heimaturlaubes Rat und Stütze bei Clemens August.

Der Bischof besaß sehr realistische Vorstellungen, welche Folgen die vorgebrachten Anschuldigungen für den Beschuldigten nach sich ziehen konnten. Erregt, mit scharfer und lauter Stimme gab er seinen Unwillen kund: „Nicht du! Sie sind es, die Verrat am deut-

schen Vaterland üben! Gegen diese Schwafelei mußt du als deutscher Offizier mannhaft antreten, wenn du nicht deine Offiziersehre verlieren willst! Eine Scheidung zwischen gottesfürchtigem Glauben und der Liebe zum Vaterland ist widersinnig! Laß es nicht zu, daß das Gewissen und die Seele Deiner tapferen Männer durch Unverstand und Gewissenlosigkeit dieser des Führers Ehrgeizlinge versklavt werden! Überwinde deine Angst! Weder Menschenlob noch Menschenfurcht sollen dich bestimmen!“

Nach diesen wuchtigen Sätzen, die auf mich wie Befehle niedergeprasselt waren, herrschte für eine kurze Weile tiefes Schweigen.

Dann erhob sich der hünenhafte Bischof und ging schweren, langsamen Schrittes auf mich zu. Clemens August legte seine mächtige Hand auf meine Schulter und sprach mit kaum hörbarer Stimme: „Wozu predige ich dir das? Mit Gottes Hilfe und durch ihn gestärkt, wirst du es schon in Ordnung bringen. — Laß uns jetzt niederknien und zusammen beten: Vater unser. . . . Gegrüßet seist du Maria. . . .“ „Habt Ihr Seeleute euch nicht die Mutter Gottes zur Königin der Meere erkoren?“ fragte mich verhalten Clemens August und begann abermals zu beten: „Meerstern, ich dich grüße, o Maria hilf! . . . Maria hilf uns allen aus unserer tiefen Not!“

Nach einer Weile innerer Sammlung war für mich der Augenblick gekommen, dem Bischof einige Bitten vorzutragen: Ob er sich in die Reihe derer, wie die Mutter und Schwester zu Hause, der Vater an der Ostfront und auf dem Meere, einreihen wolle, allabendlich den Rosenkranz in der Zeit zu beten, wenn dieser vom Vatikansender ausgestrahlt wird? Dem wolle er sich gerne anschließen, versicherte er mir mit aufkommenden Tränen.

Dann segnete er zwei Motivbildchen, die ich immer bei mir trug. Das eine von der Hl. Jeanne d'Arc als Sinnbild eines für das Vaterland kämpfenden und in Gottergebenen Soldaten (das mußte ich Clemens August näher erklären). Das andere, das ein gegen die tobbende See ankämpfendes Segelschiff darstellt, wie es dennoch geborgen bleibt, weil es geleitet wird vom gleißenden Strahl des am Himmel stehenden hellerleuchteten Kreuzes. Darauf stand der Anruf: Verlaß mich nicht! Herr, eile mir zu Hilfe!

Danach empfing ich kniend den Segen des Bischofs. Dreimal zeichnete Clemens August ein kleines Kreuzzeichen über mein Haupt und sprach mit gedämpfter Stimme: „Verlaß ihn nicht! Herr, eile ihm zu Hilfe!“

Darauf ergriff Clemens August meine Hand, die in der seinigen völlig versank, und führte mich hinaus.

Der Bischof und ich überlebten den Krieg. Doch kaum ein Jahr nach dem Schweigen der Waffen, zog eine vieltausenköpfige Schar stiller Menschen in tiefer Trauer am Sarg des adeligen und ritterlichen Kardinals vorüber.

Am 22. März 1946, dem Todestag von Clemens August, hieß es im Evangelium:

„Sie suchten ihn zu ergreifen, fürchteten aber das Volk, weil es ihn für einen Propheten hielt.“

Es bleibt nicht aus, daß man sich bei einem solchen Vortrag an den eigenen Weg in der damaligen Zeit erinnert. Und es wird sicherlich keine befriedigende Antwort geben auf die Fragen, die man sich selbst stellt — stellen muß.

Unser Freund Schütz hat in seiner schlichten Darstellung die natürlichen Emotionen zu unterdrücken versucht und dennoch gezeigt, welches Leid eine Diktatur über ein Volk bringen kann. Und nicht jeder hatte einen so klugen, so tapferen Ratgeber, wie es Kardinal v. Galen war. Aber man muß auch bekennen, daß man — so ging es mir — zu jeder Zeit zu einem Priester gehen konnte.

Man war sicher, daß das Wort, aus Not gesprochen, unter dem Siegel des Beichtgeheimnisses niemals bekannt wurde. Die junge Generation muß wissen, es muß ihr gesagt werden, daß die Kirche — unsere Kirche, aber auch viele Pfarrer der evangelischen Kirche — das einzige Bollwerk war, in dem man mit jeglicher Not geistigen Schutz finden konnte.

Es ist oftmals sicherlich leichter, in befreiender Tat etwas gegen eine Diktatur zu unternehmen, auch wenn es das Leben kosten kann.

Aber einmal ist es nur selten möglich, sinnvollen Widerstand mit Gewalt zu leisten, denn solche Herrschaftssysteme sind erheblich gesichert gegen Gewaltakte. Zum anderen leiden oftmals gerade die, die befreit werden sollen. Und nicht zuletzt wissen Diktatoren immer, sich eine Menge von Begünstigten zu schaffen, die jede Regung einer „Andersartigkeit“ melden.

Dank auch Norbert Schütz für diese Erinnerung an eine grausame Vergangenheit.

So wäre eigentlich dieser Abend der Besinnung Anlaß gewesen, eine Denkpause einzulegen.

Und die meisten Teilnehmer waren in ernstem Gespräch vertieft.

Der Bundesvorstand GKS mußte sich aber noch zur konstituierenden Sitzung zusammenfinden.

Es kam jedoch ganz anders. Im Ringen um die beste Führungsmannschaft mußte eine lange, faire und sachbezogene Personaldebatte geführt werden.

In 14 ähnlichen Versammlungen hat der Berichterstatter ein solches Ringen noch nicht erlebt. Männer, Programme, Wegentscheidungen standen zur Diskussion. Es soll nicht gewertet werden. Dennoch muß hervorgehoben werden, in welcher einfühlsamer Weise unser Ehrenvorsitzender O. a. D. Georg Heymen die Hauptwahl geleitet hat. Dafür sei ihm auch an dieser Stelle gedankt. Dank aber auch dem Wahlausschuß, OTL a. D. Emil Kladiwa, Oberstabsfeldwebel Otto Murgas und Hauptmann Karl-Heinz Kieserling für die vorhergehenden Wahlen.

Paul Schulz, Bundesvorsitzender

Und noch eine kleine Begebenheit darf der Chronist nicht verschweigen, zumal sie die Situation erhellt. Als er gegen 1.30 Uhr zu einer kurzen Pause in das Foyer kam, saßen dort noch viele Delegierte. Alle wollten spontan wissen, wie ist die Wahl gelaufen? Und als berichtet werden konnte, daß OTL i. G. Paul Schulz neuer Bundesvorsitzender geworden sei, kam spontaner Beifall auf. Und es wurde auch versprochen, ihm, dessen dienstliche Situation man kannte,

alle Hilfe zu geben, die er brauchen würde. Damit wurde deutlich, eine neue Generation wird die GKS leiten.

Möge Gottes Segen das Werk begleiten.

An dieser Stelle muß jedoch auch vermerkt werden, daß man sich nicht genierte einzugestehen, daß das größte Opfer nun die Ehefrau und die Kinder unseres Bundesvorsitzenden bringen mußten. Wollen hoffen, daß die Gemeinschaft in manch schwerer Stunde auch hier nicht nur unseren Freund, sondern auch seine Familie mittragen kann. So zeugt das Grußwort von Paul Schulz denn auch davon, daß er sich der Schwere der Entscheidung voll bewußt war und ist. Danke dem Freund.

Nach seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der GKS am 28. April 1987 erklärte OTL i. G. Paul Schulz:

Mit Dank für das durch die Wahl bekundete Vertrauen will ich versuchen, auf der Grundlage der Erklärung der GKS von 1986 in Freising „Ziele und Wege“ die dort festgelegten Ziele in vertrauensvoller Zusammenarbeit zu erreichen.

Den Weg möchte ich mit meinen Stellvertretern und den weiteren Vorstandsmitgliedern sowie allen helfenden Gremien bestreiten.

Der Bundesvorstand soll als kollegiales Führungsgremium der Basis bei der Bewältigung der Arbeit hilfreich zur Seite stehen.

Als derzeit wichtigste Ziele sehe ich

- die Verwirklichung der Seelsorge unter Soldaten und
- die Vertretung der Position katholischer Soldaten in Kirche und Öffentlichkeit.

Neben der bewährten Kameradschaft unter den Mitgliedern der GKS ist eine reibungslose und fruchtbare Zusammenarbeit mit der ZV und dem KMBA sowie den internationalen Gremien (AMI) eine gute Ausgangsbasis für die Bewältigung meiner Aufgabe.

Mittwoch, 29. April 1987

Dieser Tag war der Tag der Zentralen Versammlung. Der H.H. Militärgeneralvikar Prälat Dr. Ernst Niemann eröffnete diese Sitzung:

Im Namen des Herrn Militärbischofs eröffne ich die diesjährige Zentrale Versammlung. Es gibt eine Zentrale Versammlung im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, weil es eine Mitverantwortung aller Getauften und Gefirmten für die Sendung der Kirche gibt; weil es die Verschiedenheit der Ämter und Dienste, der Funktionen und Kompetenzen gibt. Es ist gut, daß es diese Zusammenkunft, diese „Woche der Begegnung“ gibt, um unterschiedliche Sichtweisen, Verschiedenheiten von Meinungen und Optionen zusammenzuführen in der Suche nach Übereinstimmung in den Grundfragen der Zeit und des christlichen Lebens.

Das Thema dieser Woche der Begegnung „Grundwerte leben. Unser Einsatz für die Grundwerte, gelegen oder ungelegen“ haben Sie, liebe Delegierte, selbst bestimmt. Schon die Formulierung des Themas weist darauf hin, daß der Einsatz für Grundwerte nicht im-

mer mit ungeteilter Zustimmung rechnen kann. Der Ort, in dem wir Grundwerte leben wollen, in dem wir uns für Grundwerte einsetzen müssen, ist das, was wir pluralistische Gesellschaft nennen — mit ihrer Buntheit und Vielfalt, mit der Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit von Meinungen, Vorstellungen und Wertverständnissen.

In unserem Verständnis ist der Staat nicht Letztes und Vollkommenes, sondern eine endliche Größe in dieser Welt. Er entscheidet folglich nicht über Heil und Unheil, Wahrheit und Unwarheit im menschlichen Leben. Die Absage an totalitäre Verständnisse des Staates gehört zu den Grundlagen einer pluralistischen Gesellschaft; sie folgt aber auch aus dem Menschenverständnis des Christentums.

Daß es also unterschiedliche Meinungen und Vorstellungen, gegensätzliche Auffassungen und Optionen gibt, ist nicht von vorneherein schlecht. Daß es diesen Pluralismus gibt, ist Folge unseres Staats- und Menschenverständnisses. Doch bleibt der Christ nicht beim Aufzeichnen eines Befundes stehen. Er sieht vielmehr in dieser pluralistischen Gesellschaft Anforderungen und Aufgaben!

Die pluralistische Gesellschaft lebt davon, daß jeder einzelne von seiner Freiheit Gebrauch macht — von der Freiheit zur eigenen Meinung, zum eigenen Profil, zur eigenen Identität.

Christen müssen die Grundlagen und Grundvoraussetzungen dieser pluralistischen Gesellschaft in ihre Obhut nehmen: Die Würde der menschlichen Person, die Freiheit, die Solidarität, die das Zusammenleben freier und eigenverantwortlicher Menschen erst ermöglicht.

Christen müssen in dieser pluralistischen Gesellschaft mit anderen zusammen Freiheit fördern! Sie müssen jedoch zugleich ein Augenmaß dafür haben, wieviel Übereinstimmung, wieviel Konsens notwendig ist, um das Überleben in dieser Gesellschaft zu sichern.

Ihnen, liebe Delegierte, wünsche ich, daß Ihnen diese Tage Orientierung und Hilfe geben für die großen Aufgaben, die sich dem Laienapostolat in den Kasernen und jedem einzelnen von Ihnen in Beruf und Familie stellen!

Anschließend begrüßte der Vorsitzende der ZV, OTL Heinrich Havermann, die Gäste und die Teilnehmer und führte in die Tagesordnung ein.

Die Leitung der Tagung übernahm in bewährter Weise Oberfeldarzt Dr. Wiegbert Werner, assistiert von Frau Hiltrud Thye, Hauptmann Wieland Oden und OTL Jürgen Bringmann.

Es folgte dann der Vortrag von Prälat Paul Bocklet, Leiter des Kommissariates der Deutschen Bischöfe.

Das Thema:

„Unser Einsatz für die Grundwerte — gelegen oder ungelegen“.

Paul Bocklet

I. Sinnkrise

1. Woher kommt die Sinnkrise?

Jean-Paul Sartre, der im Alter von 74 Jahren gestorben ist, war ein großer Philosoph des 20. Jahrhunderts, der die totale Freiheit in die totale Verantwortung des freien Menschen in einer Welt ohne Gott, ohne Gnade und ohne Reue verkündet hat. Er war in der Nachkriegszeit einer der großen Existentialphilosophen. Sein Werk war ein Schrei der Verzweiflung des Menschen vor der ungeheuren Leere des Nichts und damit vielleicht auch unbewußt ein Schrei nach Gott.

Eines seiner letzten Worte war: Mein Werk ist gescheitert, aber ich sterbe in der Hoffnung.

In der Hoffnung auf was? Sartre war stark in die Abhängigkeit des Marxismus geraten, obwohl er die marxistische Realität in den Ostblockstaaten mit tiefer Enttäuschung erlebt hatte. In seinen Romanen und Dramen spiegelt sich etwas von seiner Ansicht von einer gottlosen Welt und der absurden Existenz des Menschen. Die Fragen dieses großen Philosophen sind die Fragen vieler Menschen unserer Tage: Was ist der Sinn des Lebens?

Wie kam es zu dieser Sinnkrise? Nur ein paar Punkte seien genannt.

a) Die Freisetzung des Menschen in seine persönliche Entscheidungsfreiheit.

Was göltig und wahr ist, was Sinn hat und wofür man sich engagieren sollte und was wir hoffen dürfen, all das wird nicht mehr durch verbindliche Tradition, durch allgemein anerkannten Glauben, durch eine allgemein anerkannte Moral entschieden, sondern in der persönlichen Auseinandersetzung dem einzelnen Menschen überlassen. Viele werden mit der Vielfalt der Meinungen und Standpunkte nicht mehr fertig, und für viele ist es auch schwer, fast unmöglich, die Wahrheit zu finden.

b) Ein weiterer Grund ist der Trend zu einer Leistungs- und Konsum-Gesellschaft.

Die vielfältigen Bedürfnisse des Menschen, die zum Teil erst durch die Produktion bestimmter Waren geweckt werden, müssen schnell, ohne Anstrengungen und Hemmungen für den Menschen verfügbar sein. Wie der Knopfdruck ein anderes Fernsehprogramm einstellt, so werden die verschiedensten Gegenstände und Möglichkeiten für den Menschen, soweit er Geld hat, bereitgehalten. Reisen in entlegene Gegenden, die man früher nur vom Namen her kannte, sind heute selbstverständlich. Modische Artikel, technische Gegenstände werden uns täglich neu angeboten.

Dieselbe Gesellschaft, die den Menschen ständig auffordert, im Konsumieren sein Glück zu machen und dort den Sinn seiner Existenz zu finden, wird häufig auch als Leistungsgesellschaft angesprochen. Diese Leistungsgesellschaft fordert von den Menschen allerdings auch ihren Preis: Der Mensch muß Intelligenz, Pünktlichkeit, Arbeitsfreude, Einordnung und Anpassung lernen. Was in der auf dem Leistungsprinzip beruhenden Produktivität

hergestellt wurde, muß dann möglichst schnell verbraucht werden. So wird der Konsum selber zur Leistung. In dieser Spannung lebt der Mensch zwischen Leistung und Konsum; das erzeugt eine merkwürdige Spannungslosigkeit. Es entsteht so etwas wie das Gefühl der Leere. Vor allem die jungen Menschen haben das sehr bald gemerkt, nach der Phase des Aufbaus nach dem Krieg.

Ein weiterer Punkt:

c) Es wird alles nur nach dem Zweck beurteilt.

Die Vernunft betrachtet die ganze Wirklichkeit unter dem Blickfeld, Mittel für etwas zu sein. Die Zwecke, zu welchem die Mittel zu einem Sinn geordnet sein müssen, bleiben nicht nur unbekannt, sondern auch ungefragt. Auch der Mensch selbst ist in Gefahr, nur als Mittel angesehen zu werden. Dieses reine Zweckdenken, läßt den Menschen nicht mehr zu einer Selbstfindung kommen, und daraus entsteht oft eine große Leere.

d) Tatsachenmensch

Lange Zeit hat das nur gegolten, was die Wissenschaft exakt naturwissenschaftlich beweisen kann, was feststellbar uns vorliegt. Dazu gehören Zahlen, Statistiken, Untersuchungen, Umfragen. Nur das, was sichtbar, erfahrbar, greifbar ist, das gilt. Es entsteht hier eine Welt der Oberfläche, und die tieferen Fragen des Lebens werden zurückgedrängt. Es ist der sogenannte eindimensionale Mensch, wie Marcuse gesagt hat. Alle Erfahrungen, Fragen, die über die bloßen Tatsachen hinausgehen, werden von vornherein als sinnlos ausgeklammert.

Solche Punkte, wie sie hier nur kurz angedeutet worden sind und schließlich in der These von der Selbstverwirklichung heute verkündet werden, haben so etwas wie eine Sinnkrise heraufbeschworen. Die jungen Menschen sind ausgestiegen, es hat sich eine alternative Bewegung zu diesem Leistungsdenken ereignet, was sich jetzt auch in einer Partei politisch artikuliert hat. Andere sind ausgestiegen in die Drogenszene, in Jugendsekten, oder sie haben sich angepaßt in einer Gleichgültigkeitshaltung.

2. Grenzerfahrungen

Wir haben neben den großen leistungssteigernden Momenten des Wirtschaftswachstums aber in letzter Zeit auch Grenzen erfahren, gerade in den Wachstumsgrenzen. Wir sind an Grenzen gestoßen, die durch die Schocks ausgelöst wurden. Es war der Öl-Schock, der die Menschen aufhorchen ließ, es war der Terrorismus, der überall erkennbar wurde und viel Leid und Elend gebracht hat. Es waren die Energiequellen, die auf einmal nicht mehr so reichlich flossen, und die ökologische und Umweltschutzfrage ist aufgebrochen und hat den Menschen bewußt gemacht, daß der Mensch nicht alles machen darf.

Aber es gab auch neben den Fragen nach den Grenzen des Lebens geistige Erneuerungskräfte, die den Ruf nach einem neuen Lebensstil brachten.

Auch der Staat selbst erlebt seine Grenzen als freiheitlicher sozialer Rechtsstaat. Die Außenwände sind dünner geworden. Wir spüren, wie unsere Freiheit nicht selbstverständ-

lich ist, wie diese Freiheit als kostbares Gut auch einen Schutz braucht und auch eine Verteidigung. Der soziale Rechtsstaat darf nicht zu einem reinen Wohlfahrtsstaat, zu einer Empfängermentalität führen, in dem die Menschen nur ihre Bedürfnisse befriedigen, sondern es muß wieder Eigenverantwortung der Gesellschaft und der Menschen geweckt werden. Was wir als Subsidiaritätsprinzip in der katholischen Soziallehre kennen, die Selbstverantwortung des Menschen, muß gestärkt werden.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik als Basis der Demokratie und unseres Staates ist heute in Gefahr, zwischen Interessenkämpfen und Parteipolarisierung auszuarten. Der Grundkonsens ist immer schwieriger zwischen den Parteien zu finden und zu bewahren.

Aber auch die Unvollkommenheit des Menschen wird in so vielen Dingen sichtbar. Die Aggressionen in der Welt nehmen zu. Krieg zwischen Irak und Iran, die Verfolgung der Kirche in Burundi, die Situation in manchen mittellateinamerikanischen Ländern, die schwierige Frage Südafrika. Das zeigt uns immer wieder, daß die Zustände der Welt nicht geändert werden, wenn die Gesinnung, die Grundhaltung des Menschen nicht geändert wird. Die drei Triebkräfte des Menschen: Geltung, Geschlecht und Geld, werden immer wieder erkennbar. Triebverzicht aber ist der Beginn aller Kultur. Wenn die Triebe nicht in Grenzen gehalten werden, wenn nicht Zucht und Maß geübt wird, dann können sie maßlos werden und arten aus zu einer Macht- und Ellenbogentaktik. Das haben wir in vielen Bereichen erlebt. Deshalb ist es so wichtig, daß wir hier wieder erkennen, wie notwendig es ist, vor allen Dingen in der Phase des jungen Lebens zwischen 14 und 25 Jahren, in der Persönlichkeitsfindung, diese Triebkräfte zu beherrschen.

Aus allen diesen genannten Punkten gibt es so etwas wie eine Orientierungssuche. Eine Sehnsucht nach dem anderen, nach Sinnwerden, nach Wertorientierung, nach sittlichen Normen, die unserem Leben Ziel, Richtung und Hoffnung geben, ist vielfältig zu erkennen. Noch ist kein Umschwung sichtbar, aber es gibt doch schon viele Kreise und Gruppen und Strömungen, in denen diese Suche nach Orientierungshilfe erkennbar wird.

II. Grundwerte

Wir fragen uns alle: Wo finden wir Halt? Wer zeigt uns die Orientierungspunkte für unser Handeln?

Was trägt eigentlich letztlich mein Leben?

So stellt sich auch die Frage nach den Werten unseres Lebens, die wir in unserem Leben brauchen, oder auch nach den Grundwerten, wie unser heutiges Thema lautet. Die Grundwerte-Diskussion ist in den siebziger Jahren aufgebrochen durch die Diskussion in den Parteien, Godesberger Programm der SPD — Grundwertekommission (Eppler); Grundwerte-Aussagen im CDU-Programm, CSU-Programm; Aussagen der Bischofskonferenz zu den Grundwerten unseres Staates. Die Bischöfe haben damals die Frage gestellt, ob die Grundwerte unseres Staates, wie sie in der Verfassung festgelegt sind, als Grundrechte noch allgemein anerkannt sind, und sie haben Risse entdeckt und Sorge bekundet,

daß dieses Fundament nicht mehr gemeinsam trägt. Eine Gesellschaft, in der eine Vielfalt von Überzeugungen wirksam ist, braucht dringend den Grundkonsens. Ein Wissenschaftler hat damals festgestellt, daß in der Diskussion um die Werte man 178 verschiedene Möglichkeiten von Grundwerten nennen könnte. Deshalb wollen wir versuchen, ein paar Hilfen für diese Diskussion zu finden.

1. Grund

Wir sprechen von Grundwerten, von Grundrechten, von Grundgütern, von Grundinstitutionen, von Grundwert-Ordnungen. Wenn wir von Grundwerten sprechen, meinen wir zunächst einmal die Grundwerte unserer Verfassung, des staatlichen Gemeinwesens, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind. Selbstverständlich meinen wir auch die religiösen Werte, die ja eine Schicht tiefer anzusetzen sind. Es geht um den Grund, um das Fundament, um den Boden, auf dem unser Leben und auch unser Staatswesen ruht. Das deutsche Wort „Grund“ finden wir besonders in der Mystik. Walter von der Vogelweide hat uns den schönen Text geschenkt: „Aus meines Herzens Grunde...“

Wir kennen den Begriff „Grund und Boden“. Der Grund ist fruchtbar, der Grund bringt etwas hervor und trägt es gleichzeitig. Die Mystik sprach vom Gottesgrund, vom Grund der Seele. Dabei ist das Verhältnis des Grundes zu dem, was daraus hervorgeht, in Spannung zu sehen, ähnlich wie bei einer Quelle oder einem Brunnen. Das Wasser kommt aus der Quelle hervor, aber es ist nicht nur kräftig und sinnvoll, sondern es muß immer wieder neu aus dieser Quelle gespeist werden. So, meint die Mystik, ist auch unser Leben, unser Menschsein.

Es geht also um die innere Mitte, um das Zentrum, um die Einheit des Menschen mit sich selbst, um den Kern, um die Personmitte, im Letzten um das Geheimnis Mensch. Wer ist der Mensch? Das ist die uralte Frage. Wer bin ich? ist die Frage, die uns auch selbst immer wieder bewegt.

Wenn wir nun nach den Grundwerten unserer Verfassung fragen, dann müssen wir zunächst sagen: Das Wort Grundwert kommt in der ganzen Verfassung nicht vor. Aber wir können einen Grundwert als die entscheidende Aussage nennen, das ist die menschliche Persönlichkeit. Im Artikel 1 der Verfassung heißt es: Menschenwürde, Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt: 1. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. — 2. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Dann werden die folgenden Grundrechte als bindende Gesetzgebung aufgeführt. Hier geht es also um Grundrechte, die in unserer Verfassung damals festgelegt wurden. Das Bundesverfassungsgericht braucht jedoch in seinen Entscheidungen und in seinen Begründungen immer wieder den Begriff von den Grundwerten, Freiheit und Gleichheit als dauernde Grundwerte der staatlichen Einheit. Wir können sagen, daß die Würde und die Freiheit der menschlichen Person, das Recht der Freiheit, vor allem aber auch die Liebe, Wahrheit, Frieden und Gerechtigkeit solche Grundwerte sind. Dazu kommen elementare

Prinzipien der Gestaltung der Gesellschaft wie das Gemeinwohl und die Subsidiarität. Neben elementaren Rechtsgütern, ethischen Grundüberzeugungen werden auch fundamentale menschliche Institutionen dazu gezählt, wie Ehe und Familie, die Rechtsordnung, der Staat und auch die Demokratie. Alle diese Grundwerte können konsequent auf den zentralen Grundwert Personwürde zurückgeführt werden.

Die Parteien haben in der Auseinandersetzung über die Grundwerte versucht, auch in ihren Programmen das festzuhalten, und sowohl die SPD als die CDU haben die Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit als die großen Grundwerte in ihre Programme aufgenommen, wenn auch die beiden Parteien das eine Wort umgestellt haben.

Unsere Verfassung hat vielleicht zu wenig den Gemeinschaftsgedanken unseres Staates herausgestellt. Ursache ist, daß man nach dem Zusammenbruch und der schrecklichen, menschenverachtenden Zeit des Nationalsozialismus die Menschenwürde so klar und deutlich herausstellen wollte, daß man den Bezug zur Gemeinschaft nicht so gut ausgeformt hat. Aber wir sind uns alle klar, daß die menschliche Person nur in der Spannung mit der Gemeinschaft ihren Auftrag erfüllen kann.

2. Werte

Kommen wir noch einmal auf den Begriff des Wertes überhaupt zurück, dann müssen wir sagen, dieser Begriff ist heute fragwürdig geworden. Das hat tiefere Gründe. Drei sollen angedeutet werden.

1) In dem enormen Leistungsaufschwung im Bereich der Daseinsvorsorge der modernen Ökonomie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts und vor allem seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist die Vorstellung von Werten immer mehr unter die Vorherrschaft des Ökonomischen und der schlechthin ausgebildeten Tätigkeitsweise des Arbeitens gekommen. Zwar werden die Werte jetzt konkret auf den Menschen bezogen, aber Quelle und Maßstab von dem, was nun vor allem Wert genannt wird, ist der Mensch als homo laborans, also der arbeitende Mensch.

2) Seit Nietzsches Satz von der Umwertung der Werte gilt der Werterelativismus für viele nicht nur als ausgemacht, sondern als Ausdruck der Dynamik menschlichen Lebens. Damit aber scheint gerade das Moment zerstört zu sein, daß die meisten herausstellen wollen, wenn sie von Grundwerten sprechen, nämlich der Charakter des immer Bleibenden. Nietzsche wollte sicher den Nihilismus überwinden, aber die Auswirkungen seiner Ideen gehen in Richtung eines heillosen Subjektivismus.

Dagegen hat dann die Phänomenologie eines Husserls (Edith Stein) und eines Max Schellers versucht, die objektiven Werte wieder stärker zu entdecken und als vorgegebene Maßstäbe zu formulieren. Die Wertphilosophie des 19. Jahrhunderts wollten die Philosophen des Subjektivismus überwinden. Nikolai Hartmann, Max Scheler und der schon genannte Edmund Husserl. Das geschah dadurch, daß in dieser Wertphilosophie den Werten eine ontologische Eigenständigkeit in der Wirklichkeit des Menschen zugesprochen wurde.

Die weitere Entwicklung, das heißt die Diskussion über die Werte, verlor ihren eigentlichen Sitz im Leben.

Halten wir also fest: Mit dem Wort Grundwerte sind verschiedene Begriffe zu verstehen. Aber wir können, ausgehend vom christlichen Menschenbild, *den* Grundwert, die Würde des Menschen, festhalten.

III. Wertewandel

1. Neue Werte

Man spricht heute viel vom Wertewandel und auch vom Werteverlust. Da ist sicherlich vieles zu nennen, aber als erstes müssen wir noch einmal zurückschauen auf die Frankfurter Schule, die die geistigen Voraussetzungen der Studentenrevolte damals bewirkt hat. Vier Namen tauchen dabei auf. Adorno, Habermas, Horkheimer und Marcuse. Sie haben eine kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft heraufbeschworen, vor allem mit der kapitalistischen Wirtschaftstheorie. Sie hatte einen ungeheuren Einfluß auf die Studentenschaft der sechziger Jahre und wollte ganz neue Werte herausstellen. Ein paar von den damaligen Aussagen seien noch einmal in Erinnerung gerufen.

I) Wir brauchen eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

Es geht um die totale Veränderung des Ganzen der Welt. Es soll eine Gesellschaft des Genusses sein, der Markt soll abgeschafft werden. Das setzt einen neuen Menschen voraus. Einen der frühesten Aufsätze von damals enthält eine Kritik des Egoismus, Egoismus sei eine Erscheinung des Kapitalismus. Marcuse geht davon aus, daß die Utopie nur einen radikalen Bruch mit der ganzen bestehenden Welt möglich macht. Es muß die Qualität des menschlichen Daseins verändert werden. Die kapitalistische Produktion muß abgeschafft werden. Es muß eine Gesellschaft der Muße, der kollektiven Kontrolle sein, eine Gesellschaft des Stillstandes, des Friedens als Dauerzustand. In dieser Gesellschaft wird der stärkste Antrieb der Zweck der Bedürfnisbefriedigung, die Freigabe des Genusses sein. Triebbefreiung, Steigerung des Eros, Verschwinden des Inzestverbotes, Abschaffung des Leidens, das die Menschen zur Arbeit zwingt.

Wir merken hier schon die großen Utopien der marxistischen Gesellschaftstheorie, die hier ihren Ausdruck fanden.

2) Wir brauchen eine neue Sinnlichkeit.

Marcuse behauptet, daß die bisherige Kultur die Mühsal, die Herrschaft und den Triebverzicht gepredigt habe, um die Menschen damit in den Griff zu bekommen. Er fordert eine neue Ordnung der Erfüllung, die der freie Eros schafft. Sie ist die Erlösung der Lust, der Stillstand der Zeit, das Ende des Todes, Stille, Schlaf, das Nachtparadies. Die lustvolle Verwandlung des eigenen Körpers könnte zum Ausgangspunkt eines neuen Verhältnisses zur Welt werden. Es wird die Homosexualität bejaht, die sogenannte Rückkehr zu den Formen der kindlichen Sexualität gefordert. Das Ziel ist die Zerstörung des Leistungsprinzips durch die Freisetzung der frühkindlichen Sexualität, Freigabe der Perversion. Die Perver-

sionen sind Urbilder völliger Freiheit und Erfüllung, sagte Marcuse. Die Verkündung der Lust ist das höchste Prinzip.

Wenn wir das hören, brauchen wir uns nicht zu wundern über den ganzen Sexrummel der letzten Jahre, die Abschaffung aller Tabus, die Befreiung des Menschen von seinen Zwängen, die Lust als wichtigstes Instrument des Lebens wird herausgestellt.

3) Als dritter Wert wurde genannt eine anarchische Freiheit.

Es wird eine Freiheit gefordert, die ohne Rechenschaftsabgabe möglich ist. Hier ist der schreckliche Satz von Adorno gefallen: Die Herrschaft des Nationalsozialismus und die Herrschaft der Bundesrepublik machten eigentlich keinen Unterschied. Beide wollen ausbeuten und den Menschen beherrschen. Später hat er diesen Satz wieder relativiert.

4) Die unbeschränkte Diskussion.

Habermas formuliert den Gedanken, daß immer wieder neu alles in Selbstreflexion diskutiert werden müßte. Als Modell der diskutierenden Gruppen kam damals die gruppendynamische Bewegung auf, das Sensitivity-Training, wo man die Lebensgeschichte des einzelnen in der Gruppe diskutiert und mit dem Trainer lernt, daß man herrschaftsfrei wird. Man hat aber gar nicht gemerkt, daß man in neue Abhängigkeit geraten ist in diesen Gruppen. Man wollte die Barrieren, die Schranken, die Normen, die Hemmungen abbauen und unbeschränkte Diskussion einführen.

Andere Themen waren noch die kollektive Identität oder die Erziehungsdiktatur des Vernünftigen. Das wollen wir jetzt nicht weiter ausführen. Jedenfalls ist zu fragen: Wie kam es zu diesen Gedanken? Adorno hat darüber nachgedacht:

Wieso konnte das deutsche Volk einen Hitler wählen, wieso konnte die SS die schrecklichen Verbrechen der Judenvergasung ausführen?

Wieso konnte die deutsche Armee fünf Jahre in den Krieg ziehen und Großes leisten für eine Wahnsinnsidee? Und er stellte die Theorie auf, daß das Gehorsams-Denken der Deutschen Ursache war, daß die Unterdrückungsmechanismen, die den Menschen zum Gehorsam erziehen, in der Ehe, in der Familie, in der Kirche, im Staat, in der Schule abgebaut werden müssen. Darum müsse der Mensch aus all diesen Zwängen befreit werden und zu einer Selbstverwirklichung kommen, die ihn tatsächlich befreit.

Wir brauchen uns nicht zu wundern, daß diese Theorie, die viele junge Menschen damals von den Lehrstühlen gehört haben, heute viele junge Familien, Erzieher, Sozialberater, Psychologen, Psychotherapeuten erfüllen.

Daher auch der Konflikt, einmal zum Beispiel in der Frage des Schutzes des ungeborenen Lebens zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau und zum Schutz des ungeborenen Kindes. Daher der Konflikt zwischen Freiheit und Bindung und Ordnung.

Ein überzogener Freiheitsbegriff, der meint, daß Freiheit bedeutet, daß jeder sich entfalten kann bis hin zur Gefahr einer Beliebigkeit auszuüben. Dort, wo diese Freiheit dann zum Fanatismus, zum Rigorismus, zur Schwärmerei neigt, wo man Ordnung und Bin-

dung ablehnt, dort geraten wir schnell in ein Chaos. Viele junge Menschen, die im Terrorismus untergetaucht sind und schreckliche Taten des Hasses und des Mordes begangen haben, kann man nur erklären, daß sie aus einer großen Enttäuschung heraus resigniert haben und dann zu Mitteln der Gewalt und der Verzweiflung gegriffen haben.

2) Stellung der Frau:

Eine zweite wirkliche Wandlung der Werte müssen wir anerkennen im Verhältnis der Frau in der Gesellschaft. Die überzogene Frauenemanzipation, wie sie sich manchmal darstellt, ist sicherlich nur die überzogene Forderung. Im Prinzip hat aber schon Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika *Mater et Magistra* gesagt: Die Frauenfrage ist eine der Kernfragen des kommenden Jahrhunderts, nämlich die Fragen, daß der Mensch als Mann und als Frau von Gott geschaffen ist, unterschiedlich, aber doch gleichwertig. Daß diese Gleichwertigkeit eben in der Ehe, in der Gesellschaft, auch in der Kirche jahrhundertlang nicht vorhanden war und daß heute der Mensch in seinem Drang nach Freiheit gerade in dieser Hinsicht sein Recht fordert. Tatsächlich ist eine der großen Aufgaben: Wie gelingt es uns, diese Gleichberechtigung, diese Partnerschaft zwischen Mann und Frau in allen Bereichen zu erreichen (Schrift der Bischofskonferenz)?

3) Ein drittes Feld ist Beruf und Freizeit.

Wir können sagen, daß heute die Freizeit eine ganz neue Bedeutung im Arbeitsleben bekommen hat. Durch die Arbeitszeitverkürzung hat der Mensch mehr Freizeit (Freizeit ist die Summe von Zeit und Geld, hat einer formuliert). Die Frage ist nun, ob der Beruf nun so zurückgeht, wie manche es prophezeit haben, daß er nur noch ein Job ist oder nur noch Geldverdienst, oder ob der Beruf auch noch ein Stück Aufgabe ist, die den Menschen erfüllt. Neueste Umfragen zeigen, daß nicht die Menschen die glücklichsten und zufriedensten sind, die den Beruf nur als einen Job sehen und die Freizeit und ihre Selbstverwirklichung als die Erfüllung des Lebens sehen, sondern die, die ihre Arbeit, ihren Beruf innerlich mit Freude tun, aber auch Zeit finden, Mensch zu bleiben in dem Gefordertsein des Berufes. Es ist also nicht richtig, wie viele prophezeit haben, daß der Beruf abgeschafft wird, daß es nur noch ein Job-Denken gibt, sondern es zeigt sich stärker wieder, wie wichtig es ist, daß der Mensch seine Fähigkeiten, seine Kräfte in der Arbeit, im Beruf erfüllt, ohne in eine falsche Arbeitswut zurückzufallen, wie wir es in den kommunistischen Staaten haben, wie es die Nationalsozialisten verkündet haben. Aber der Mensch braucht zur Entfaltung seines Lebens die Fähigkeit, die ihm Gott gegeben hat, die er in seinem Beruf entfalten kann. Auch der Herzinfarkt wird von Fachleuten so gewertet, daß sie sagen, diejenigen, die im Streß stehen, deren Streß aber positiv ist, die Freude an der Arbeit haben, bekommen keinen Herzinfarkt. Die Meistgefährdeten sind die, die die Arbeit nur als Last empfinden, die sich windreiben bzw. die enttäuscht sind, resignieren und dann die Arbeit nur als drückende Last empfinden: die sind die Gefährdeten.

IV. Aufgaben

Es hilft uns nichts, nüchtern und sachlich nur den Wandel der Werte, vielleicht auch den Verlust der Werte zu erkennen, sondern wir müssen die Aufgaben für unser eigenes Le-

ben, für unser persönliches Leben, für die Gemeinschaft, in der wir stehen, für die Gesellschaft und für die Welt von morgen überlegen. Dazu ein paar Hinweise.

1. Persönlichkeitsbildung

Bei der Bildung unserer Persönlichkeit kommt es darauf an, daß wir das rechte Verhältnis zu Gott, zum Mitmenschen, zur Umwelt, zur Schöpfung lernen. Ein großes Lebensthema, das heute die junge Generation beherrscht, ist das Thema Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Immer wieder wird das als das große Leitthema unserer Zeit herausgestellt. Aber diese Selbstverwirklichung braucht dringend eine Ergänzung durch die Selbstverantwortung. Wer sich selbst erkennt, erkennt auch, wie entscheidend es ist, daß er in seinem Leben Zucht und Maß anerkennt und seine Grenzen bejaht. Selbstverwirklichung nur im Sinne einer Bedürfnisbefriedigung des Menschen kann zum Egoismus ausarten. Selbstverwirklichung muß als freie Selbstbestimmung auch zu einem sinnvollen Tun geformt werden. Wenn wir die Auswüchse einer falschen Selbstverwirklichung kurz in Erinnerung rufen: einmal viele, die aussteigen aus der Gesellschaft und in einem progressiven Pazifismus ihr Leben gestalten; Frage: Was wird daraus? Bei vielen Langeweile. Viele sind auch von der Arbeitslosigkeit bitter betroffen. Daraus entsteht Vereinsamung, mangelnde Kommunikation mit der Umwelt.

Daraus kann Enttäuschung, Resignation und auch Umsteigen zur Gewalt kommen. Der Terrorismus hat hier in vielen seine Wurzeln. Auch eine Dauerkonsumierung des Medienangebots bringt eine falsche Lebenshaltung, gar nicht zu sprechen vom Alkoholismus und von der Drogenszene.

Es ist so wichtig, daß wir zunächst einmal an uns selbst denken, denn das Hauptgebot der Liebe: Du sollst Gott lieben, deinen Nächsten lieben, heißt ja auch: dich selbst. Dich selbst lieben heißt heute in erster Linie Mensch bleiben in jeder Hinsicht, auch in der Bedrohung der Gesundheit, daß wir mehr achten auf unser Gesundsein. Die schrecklichen Krankheiten, Krebs, Herzinfarkt und jetzt AIDS, auch Rheuma-Leiden, sind Alarmzeichen.

Zu diesem Gesundbleiben gehört auch die richtige Gestaltung der Freizeit, nicht nur im Sinne eines Sich-Erholens, sondern auch Freisein von Zweckdenken und von Zwängen, die uns Tag für Tag bedrängen. Der Sonntag, das Wochenende kann uns hier große Hilfe leisten. Besonders aber gilt es in der Erziehung unseres Lebens die drei Triebkräfte in Zucht zu bringen, es sind die drei Gs: Geltung, Geschlecht und Geld. Immer wieder erleben wir, daß diese Kräfte das Leben prägen. Wer aber diese Triebkräfte ausufern läßt, wird bald merken, wie zerstörerisch sie sich auswirken.

Aber auch die geistige Dimension unseres Lebens darf nicht verkümmern. Daß wir begreifen, daß wir Grenzen haben, daß wir älter werden, daß die Krankheit uns überfallen kann und daß eines Tages auch der Tod anklopft. Aus der Botschaft der Auferstehung, vom neuen Leben, das uns Christus geschenkt hat, kann uns aber Gelassenheit, Zuversicht, Vertrauen und Hoffnung zukommen. Das alles in allem ist für die Persönlichkeitsbildung so entscheidend, daß wir unser Leben ausrichten auf Grundfragen und auf die Grundmitte, von der wir sprachen.

2. Individuum und Gemeinschaft

Unser Leben kann man nur richtig verstehen, wenn man es in der Spannung sieht zwischen Einzelmensch und Gemeinschaft. Der Mensch braucht das Du, nicht nur das Du in der liebenden Begegnung mit dem anderen Partner, sondern auch in der Begegnung mit der Gemeinschaft. Da ist natürlich zunächst einmal die engste Bindung in der Liebe, in der Ehe. Aber auch zwischen Ehe und Familie, daß die Ehe fruchtbar wird und das Kind bejaht wird. Wir wissen, wie schwierig dieses Thema heute ist. Die Grundgemeinschaft von Mann und Frau in der Ehe ist die Zelle der Erneuerung für die Gesellschaft und auch für die Kirche. Trotz Ehescheidung, trotz öffentlicher Meinung gegen die eheliche Treue gibt es keine bessere Kraft, um in der Grundwertehaltung den Menschen wieder zu formen und zu bewegen, mit dem Leben fertig zu werden. Die Ehe und die Familie sind die besten Schulen der Rücksichtnahme, der Menschlichkeit und der Menschwerdung. Darum ist es so wichtig, daß wir hier in unserem eigenen Leben die rechte Entscheidung treffen.

Neben Ehe und Familie gilt aber auch die Gemeinschaft jeder Gruppe, in der wir ein Stück unseres Lebens formen. Das kann im Beruf sein, in der Arbeitswelt, das kann im Sport sein, das kann bei der Bundeswehr sein, das kann im Jugendverband sein oder in einer anderen Freizeitgruppe, in der wir uns daheim fühlen. Wichtig ist, daß der Mensch in der Gemeinschaft ein Glied wird, in der er den anderen annimmt, den anderen bejaht, auf den anderen Rücksicht nimmt.

3. Staat und Gesellschaft

Die Verantwortung für den Staat und für die Gesellschaft ist heute umstritten. Viele lehnen den Staat ab und sehen in ihm nur eine Einrichtung, die, wie Böll es einmal gesagt hat, vielleicht um die Müllabfuhr sich sorgt oder für die Straßenreinigung; aber der Staat, der verantwortlich ist für die Sicherheit des Bürgers, für den Schutz der Freiheit nach außen und nach innen, der braucht Mitverantwortung und unseren Einsatz.

Die Bundeswehr ist ein Teil dieses Staates und ein wichtiges Instrument für die Erhaltung unserer Freiheit. Die Frage der Sicherheit und die Frage der Friedensordnung und Friedensförderung hat die Menschen in unserem Land aufgewühlt in der sogenannten Friedensbewegung. Wir sind alle davon betroffen, daß wir nie mehr Krieg wollen, daß die Waffen nie zum Angriff gebraucht werden dürfen, daß sie aber doch in 40 Jahren als Abschreckung tatsächlich den Frieden in Europa erhalten haben. Deshalb müssen wir leidenschaftlich über diese Frage diskutieren, aber auch innerlich uns eine Haltung bilden, daß die Freiheit ein kostbares Gut ist, das seinen Preis fordert.

Andere Felder in der Gesellschaft sind die Spannung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die Tarifautonomie, die ein kostbares Gut der sozialen Einrichtung unseres Staates ist, darf nicht zerbrechen. Schließlich: Der Grundkonsens zwischen den politischen Parteien unserer Gesellschaft ist bedroht. Wenn man das Programm der Parteien anschaut, sind sie in vielen Bereichen gleich. Eigentlich hat jede Partei nur ihren besonderen Schwerpunkt. Freilich, durch die Grüne Partei ist ein neues Element in unsere Politik

gekommen, und es ist noch nicht abzusehen, wie die Gesellschaft sich in dieser Form weiterentwickelt. Wir leben in einer Stimmungsdemokratie, die feste Bindung der Menschen an bestimmte politische Parteien nimmt ab, und darum ist gar nicht berechenbar von seiten der Politiker, wie die Stimmung oft durch die öffentlichen Medien kurzfristig umschlägt bei den Wahlen. Aber die politischen Parteien brauchen auch unsere Mitverantwortung, daß wir uns selber erziehen, daß wir den politischen Gegner nicht als Feind abstempeln, daß wir nicht wieder ein Klima bekommen, wie es in der Weimarer Zeit war. Der Grundkonsens durch alle Parteien muß erhalten bleiben.

Große Themen sind neben dem Friedensthema heute auch noch die Umweltproblematik, die Ökologiediskussion und der Lebensschutz überhaupt. Der Schutz des Lebens im Straßenverkehr, in der Gesundheit, in der Bioethik, in der Frage der aktiven Sterbehilfe, und schließlich im Schutz des ungeborenen Lebens muß uns alle auf der Seite des Lebens finden.

Der wichtigste Grundwert, haben wir gesagt, ist die Person, ist das Leben, ist der Mensch, und darum sind diese bedrohten Felder heute besonders von uns mitverantwortlich zu gestalten.

4. Weltverantwortung

Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland, unsere Nation ist gespalten in zwei Staaten. Wir wissen um die Ursache dieser schrecklichen Mauer und des Stacheldrahtes. Wir wissen, daß unsere beiden Staaten eingebunden sind in die beiden Blöcke Ost und West. Wir haben uns für den Westen, für die Freiheit entschieden, aber wir dürfen nicht aufgeben, daß das ganze deutsche Vaterland, die ganze deutsche Nation eine Einheit ist.

Die deutsche Frage ist offen, wie es bei den Politikern heißt. Nur eine Gesamtfriedensordnung in Europa kann diese Aufgabe lösen. Darum schauen wir nach Europa, nicht bloß die Europäische Gemeinschaft, die Wirtschaftsgemeinschaft, sondern die Gemeinschaft der europäischen Völker in einem vereinten Europa, nicht nur die westlichen europäischen Länder, auch die östlichen Völker gehören dazu. Europa vom Atlantik bis zum Ural. Eine Utopie, ein müdes Europa zur Zeit, aber die Hoffnung geben wir nicht auf, daß eine politische Einigung dieses Europas kommen kann, in dem die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik eine Einheit bildet bei aller Vielfalt der kulturellen Unterschiede der Völker.

Aber auch die Weltverantwortung für den Nord-Süd-Dialog, Dritte Welt, Hunger in der Welt: Asien, Afrika, Lateinamerika. Die jungen Völker, die sich selbständig gemacht haben, ringen um ihren Weg in die Zukunft. Die Verschuldensproblematik, der Hunger in der Welt, die Krisensituation in vielen Ländern dieser Erdteile zeigen uns, wie wichtig es ist, daß wir unsere Verantwortung für diese Völker der Dritten Welt nicht aufgeben; im Gegenteil, daß wir Lösungen finden, daß die Völker dieser Bereiche sich entfalten und in Frieden leben können.

Der sachlich, nüchtern, aber mit spürbarer innerer Anteilnahme gehaltene Vortrag fand begeisterten Widerhall. Dieser Vortrag stellte in seiner umfassenden Darstellung zugleich eine Herausforderung an die Delegierten dar, das Gehörte mit dem Erarbeiteten in Beziehung zu setzen. Eine engagierte Diskussion folgte.

Inzwischen war auch der H.H. Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, mit dem Hubschrauber eingetroffen. Gutes Wetter hatte den Flug beschleunigt.

Zwei Dinge sind eigentlich zum Besuch des Bischofs zu bemerken. Die Freude, wenn der Bischof kommt, ist immer wieder groß bei den Soldaten. Sie wissen, daß jemand zu ihnen kommt, der einen apostolischen Auftrag hat. Bei diesen Besuchen wird das Geheimnis der Kirche ständig deutlich. Es kommt nicht ein gewählter Vertreter, sondern es kommt jener, der Hirte ist durch Berufung. Man muß sich diesen Zusammenhang eigentlich gar nicht verdeutlichen, er wird einfach offenbar.

Und ein zweites: Auch der Bischof erfährt in konzentrierter Form, was die Soldaten als gläubige Christen bedrückt.

So haben diese Stunden immer wieder einen spannungsgeladenen geistigen, geistlichen Grund. Hier findet, ob nun exakt und wohlüberwogen oder spontan gesagt, ein Austausch statt, der das besondere Vertrauensverhältnis zwischen dem Träger der Weihe (und der Bürde) und den Gläubigen ausmacht.

Es gibt Kritiker, die, vor allem im Vorfeld des Papstbesuches, sich zu Wort gemeldet haben. Sie versündigen sich gegen die Gemeinschaft der Kirche, gegen das Volk der Glaubenden, wenn sie Papst und Bischöfe mit Vorsitzenden gewählter — sicherlich honorierter — Vereinigungen der weltlichen Gesellschaft gleichstellen wollen.

Und die Priester, die in der Vergangenheit — und ab und an sicher auch noch heute — sich zu sehr dem persönlichen Kontakt widmen und dabei vergessen, daß sie Berufene sind, tun letztlich den Menschen auf die Dauer nicht den Dienst, zu dem sie berufen sind.

In der Tagesordnung folgte nun der Bericht des Vorsitzenden der ZV, OTL Heinrich Havermann.

Bericht des Vorsitzenden

der ZENTRALEN VERSAMMLUNG der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs

1. Auf der Wanderung durch Zeit und Raum hat es das beratende Laiengremium des Katholischen Militärbischofs im Jahre 1987 fast in die äußerste Nordwestecke unseres Vaterlandes verschlagen. Die Anreise war für die meisten langwierig und umständlich.

Daß trotzdem die Delegierten der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN und die der Räte aus den (Wehr-)Bereichen hier so zahlreich vertreten sind, daß trotzdem manch ein Mitglied der für die GKS und den Vorstand der ZENTRALEN VERSAMM-

LUNG arbeitenden Sachausschüsse der Berufung des Herrn Militärgeneralvikars zur 27. „Woche der Begegnung“ gefolgt ist, deute ich als aufmerksames Interesse für die Entwicklung der Kirche unter den Soldaten und als ungebrochene Bereitschaft, sich für das Laienapostolat zu engagieren.

Von Südost nach Nordwest, fast diagonal durch die Bundesrepublik, ist unser Militärbischof von Bamberg her angereist. Wir danken Ihnen, Exzellenz, daß Sie die große Entfernung von mehr als 500 Kilometern nicht davon abgeschreckt hat, der Tagung des Laiengremiums beizuwohnen, das Sie nach dem Konzilsdekret über das Apostolat der Laien „im Bereich der Evangelisierung und Heiligung, im caritativen und sozialen Bereich“⁽¹⁾ beraten und unterstützen soll. Wir freuen uns, daß Sie zusammen mit den Delegierten der Laien Ihres Jurisdiktionsbereiches einen Tag gemeinsam verbringen im ernsthaften Gedankenaustausch, im hoffentlich frohen Feiern und im Gottesdienst.

Daher wiederhole ich hier und heute, was ich anläßlich Ihres 65. Geburtstages am 21.2.1987 in Bamberg vor einer kleinen Schar auserwählter Gäste sagen durfte:

Die Angehörigen der katholischen Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr sind Ihnen zu besonderer Dankbarkeit dafür verpflichtet, daß Sie die Vielfalt der Forderungen und die Last der Aufgaben eines Militärbischofs noch zusätzlich zur Last der Leitung der Erzdiözese Bamberg auf sich genommen haben. Wir wünschen Ihnen für Ihre Arbeit und Ihr persönliches Wohl Gottes Segen und auch Freude an Ihrem Amt.

2. Da die ZENTRALE VERSAMMLUNG der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs erfahrungsgemäß nur einmal im Jahr für etwa einen Tag zusammentritt und da erfreulicherweise in jedem Jahr neue Delegierte in diese ZENTRALE VERSAMMLUNG kommen, ist es angebracht, kurz auf ihre Bedeutung hinzuweisen. Daß dieser ZENTRALEN VERSAMMLUNG eine gewisse Bedeutung beizumessen ist,

- beweist die Anwesenheit unseres Militärbischofs,
- unterstreichen die wegweisenden Eröffnungsworte des Militärgeneralvikars,
- läßt auch ihre Einmaligkeit im Jahresablauf vermuten.

Die ergänzte und im vergangenen Jahr durch unseren Militärbischof neu erlassene Ordnung für die ZENTRALE VERSAMMLUNG definiert diese als den „Zusammenschluß von Vertretern des Laienapostolates im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs. Sie wird zur Förderung der apostolischen Tätigkeit in diesem Jurisdiktionsbereich und zur Koordination der Kräfte des Laienapostolates errichtet. Sie ist das vom Militärbischof anerkannte Organ im Sinne des Konzilsdekrets über das Apostolat der Laien (Nr. 26)...“⁽²⁾ Kurz und bündig kann aus der Ordnung der Schluß gezogen werden, daß die ZENTRALE VERSAMMLUNG ein Beratungsorgan ist mit dem Auftrag,

- zu Fragen des öffentlichen und kirchlichen Lebens Stellung zu nehmen und
- dazu den Militärbischof und seine Gremien zu beraten.

Bischof Dr. Cordes vom Päpstlichen Rat für die Laien bringt Aufgabe und Stellung der nach dem II. VATICANUM entstandenen Räte auf die Kurzformel:

„... Die Räte sind als Beratungsorgane an das kirchliche Amt gebunden und erklären diesem gemäß ihrem Wissen und ihrer Stellung, was dem Wohl der Kirche dient...“⁽³⁾

Das Wohl der Kirche müssen und wollen wir im Auge haben, wenn wir als Mitglieder der ZENTRALEN VERSAMMLUNG hier zusammengekommen sind, miteinander reden und zu der einen oder anderen Frage gemeinsam eine Meinung bilden.

Deshalb ist jedes Mitglied der ZENTRALEN VERSAMMLUNG herausgefordert,

- sein Mandat als Delegierter als Dienst an der Kirche unter Soldaten zu begreifen,
- angesichts der knappen Zeit engagiert und konzentriert mitzuarbeiten,
- das Amt in dieser Kirche unter Soldaten mit der Wirklichkeit in Familie, Beruf und Seelsorgebezirk zu konfrontieren, offene Fragen freimütig zu stellen und gemeinsam Antworten zu suchen, die dem Geist Christi entsprechen.

3. Die Ordnung für die ZENTRALE VERSAMMLUNG enthält keine Aussage über die Aufgaben des Vorsitzenden. Es ist aber — so meine ich — eine gute, schon von meinen Vorgängern eingeführte Gewohnheit, daß der Vorsitzende der ZENTRALEN VERSAMMLUNG nicht bloß präsidiert und einen reibungslosen Ablauf der Sitzung gewährleistet, sondern daß er ihr zu Beginn vorsteht mit einem Bericht, in den er einige grundlegende Gedanken für die Laienarbeit der Militärseelsorge verpackt.

Den Gedanken, die ich Ihnen heute zur Anregung und zur Gliederung für eine gemeinsame Arbeit vortragen werde, liegen Denkanstöße zugrunde, die mich bei der Lektüre der folgenden Schriften trafen:

(1) Am 22.9.1986 hielt Kardinal Höffner bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda sein Eröffnungsreferat zum Thema „Der Staat — Diener der Ordnung“. Für uns Soldaten, die wir stets in einem besonders engen Verhältnis zum Staat stehen, sind die Aussagen des Kardinals über den Sinn und die Gewalt des Staates sowie über das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern und der Kirche sehr aufschlußreich. Für uns katholische Soldaten ist die folgende Aussage von richtungsweisender Bedeutung: „... Die Gläubigen haben Rechte und Pflichten, insofern sie zur Kirche gehören“, und andere Rechte und Pflichten „als Glieder der menschlichen Gesellschaft“. Sie werden beide „harmonisch zu verbinden suchen“. Dabei werden sie sich an den christlichen Grundwerten ausrichten, im übrigen jedoch in eigener Verantwortung handeln...“⁽⁴⁾

— *Welche Bedeutung haben christliche Grundwerte für Soldaten?*

(2) Am 9.11.1986 beschloß die Delegiertenversammlung der deutschen Sektion der „Internationalen Katholischen Friedensbewegung Pax Christi“ auf Burg Feuerstein bei Bamberg eine Erklärung unter der Überschrift: „Gewaltfrei widerstehen — Kriegsdienste verweigern — Abschreckung überwinden“.

Diese sogenannte „Feuerstein-Erklärung“ führt zu dem Schluß: „...Aufgrund unseres Glaubens und aufgrund unserer Analyse der gegenwärtigen Situation sehen wir Kriegsdienstverweigerung als eine heute ethisch gebotene Handlungsweise an und treten deswegen mit Nachdruck für die Kriegsdienstverweigerung ein...“⁽⁵⁾

— *Welche Rolle müssen katholische Soldaten in der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung übernehmen?*

(3) Bei der Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken referierte 1986 Bischof Dr. Cordes vom Päpstlichen Rat für die Laien „Zur Vorbereitung der Bischofssynode 1987“, die sich ja — wie bekannt sein dürfte — mit der Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt befassen wird. Bischof Dr. Cordes meinte, daß es sich als schwierig erweise, „das reale Gleichgewicht zwischen Autonomie und Eigenverantwortung der Laien einerseits und ihrer Abhängigkeit vom kirchlichen Lehramt andererseits zu finden.“⁽⁶⁾ Er stellte fest: „... Unbestritten ist in den Antworten der Bischofskonferenz auf die ‚Lineamenta‘, daß die Aufforderung des II. Vatikanums an alle Glieder der Kirche, ihre Sendung mitzutragen, innerhalb der Kirche zu mancherlei Spannungen geführt hat...“⁽⁷⁾

— *Welche Feststellungen müssen wir zur Laienarbeit im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs treffen?*

(4) Am 5.5.1986 wurde in Rom die Apostolische Konstitution des Papstes Johannes Paul II. „SPIRITUALI MILITUM CURAE“ veröffentlicht, die gleichsam als Rahmengesetz einige allgemeine Bestimmungen festlegt, die für die Militärseelsorge Gültigkeit haben.

In der Konstitution heißt es: „...Die Soldaten stellen nämlich eine eigene Gesellschaftsklasse dar und bedürfen ‚wegen ihrer besonderen Lebensbedingungen‘... einer konkreten und besonderen Form der Seelsorge...“⁽⁸⁾

— *Ist die Form unserer Militärseelsorge nach 30 Jahren noch so konkret, daß sie den Menschen in der Bundeswehr und in ihrem Umfeld trifft?*

4. Zur Form der Militärseelsorge

In diesem Jahr ist die ZENTRALE VERSAMMLUNG zum ersten Mal Gast im Wehrbereich II. In der Hansestadt Bremen und im Land Niedersachsen, die dieser Wehrbereich umfaßt, beträgt der Prozentsatz der Katholiken ungefähr 15 bzw. 23 Prozent.⁽⁹⁾ Das heißt: Hier in Nordwestdeutschland sind Katholiken seit Jahrhunderten schon eine zerstreute Minderheit.

Die Landschaft, in der unsere Tagungsstätte liegt, wird das Oldenburger Münsterland genannt. Sie ist eine der wenigen überwiegend katholischen Landstriche dieses Raumes. Das ist verwunderlich; denn schon 1544 wurde hier auf Veranlassung des Landesherrn, des Münsterschen Bischofs Franz von Waldeck, der zufälligerweise als Bischof von Osnä-

brück auch der zuständige Diözesanbischof war, die Kirchenordnung der Reformation eingeführt. Wittelsbacher Kurfürsten, die zugleich die Bischofsstühle von Köln und Münster besetzten, ordneten zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Gegenreformation an. Im Herbst 1613 wurden in den Kirchspielen der Umgebung, die damals alle noch der Jurisdiktion der Diözese Osnabrück unterstanden, vom münsterschen Generalvikar Dr. Hartmann unter ebenso amüsanten wie abenteuerlichen Umständen die lutherischen Prediger abgesetzt und katholische Geistliche bzw. sogar katholische Laien zur Seelsorge verpflichtet.¹⁰⁾ Die religiösen Zustände des 16. und 17. Jahrhunderts in dieser Landschaft waren gewiß nicht die Voraussetzung für das, was Professor Kuropka mal „eine Sternstunde in der Geschichte der Stadt Cloppenburg“ nannte¹¹⁾, nämlich den offen, wütend und erfolgreich ausgetragenen Widerstand der Südoldenburger Katholiken gegen eine die religiösen Empfindungen verletzende Verfügung der Nazi-Regierung des Freistaates Oldenburg aus dem Jahre 1936. Wenige Tage vor der Protestversammlung am 25.11.1936 in Cloppenburg, auf der der Gauleiter gezwungen wurde, den berüchtigten „Kreuzerlaß“ zurückzunehmen, hatte der Prediger einer Kriegergedächtniswallfahrt im benachbarten Bethen einer unzählbaren Menge Männer zugerufen: „Jawohl, das sind wir, kohlrabenschwarz bis ins tiefste Herz hinein. Und wir... werden mit Gottes Hilfe bis zum Letzten dafür kämpfen, daß dieser unser Ehrentitel mit gleicher Frische und Kraft weitervererbt wird auf Kinder und Kindeskinde...“¹²⁾

Kämpfen wir heute für die Weitergabe unseres Glaubens? Beseelt uns eine solche missionarische Triebkraft, daß wir wie die Südoldenburger Bauern des Jahres 1936 bereit sind zu Bekenntnis und auch zu Opfer?

Gewiß — die heutige Lage ist mit der von 1936 und mit der des Jahres 1613 schon gar nicht zu vergleichen. Gläubige Christen werden heute nicht verfolgt in unserer Gesellschaft, sie haben auch keine offenen Gegner. Unsere Alltagserfahrung ist allerdings, daß wir heute alle in der Diaspora leben, das heißt: Wir sind als gläubige Christen eine zerstreute Minderheit in einer säkularisierten Gesellschaft.

„...Die ‚Luft‘, die wir alle in unserer modernen westlichen Welt einatmen, ist, was den Glauben angeht, sehr dünn. Nur wenige Menschen in unserem Land leugnen ausdrücklich die Wirklichkeit Gottes; aber sehr viele leben so, als ob es Gott nicht gäbe. Gott kommt in ihrem Alltag nicht vor. Und man kann scheinbar glaubenslos leben, ohne Schaden zu nehmen. So umfängt uns alle eine Atmosphäre der Gleichgültigkeit hinsichtlich des Glaubens, und das Christentum scheint bei uns fast unmerklich am Verdunsten zu sein...“¹³⁾

Im Rahmen der Militärseelsorge hat die Kirche die Chance, dem Menschen an seinem Arbeitsplatz in der Kaserne bzw. auf Truppenübungsplätzen zu begegnen und Glauben im Alltag zu bekennen. Doch offensichtlich wird diese Chance nicht wahrgenommen. Bedenkenswert für Priester und Laien ist die Schlußfolgerung eines Artikels, mit dem der Beauftragte des BDKJ für Soldatenfragen das Abtauchen aktiver Verbandsmitglieder während ihrer Wehrdienstzeit beklagt; um aktive Christen zum Auftauchen zu bewegen, fordert

er: „...nicht das Engagement der verbandlich organisierten Wehrpflichtigen in den örtlichen Militärpfarrgemeinderäten kann dabei im Vordergrund stehen, weil dieser nur in den seltensten Fällen als solcher auch erlebt wird, sondern das unvoreingenommene Zugehen auf junge Menschen, die in ungewohnten Lebenssituationen Seelsorge nicht reduziert auf lebenskundliche Unterweisung erwarten. Dies macht neue Schritte in der Militärseelsorge erforderlich.“¹⁴⁾

Die jetzt gültigen Grundsätze für die Militärseelsorge spiegelt eine Presseveröffentlichung unter der Überschrift „Seelsorge bei der Bundeswehr“ wider. Darin heißt es: „...Der Soldat gehört zunächst einmal zu der Pfarrgemeinde, von der er herkommt. Bei der Bundeswehr ist er auch Angehöriger der Pfarrgemeinde in der Kaserne. Er hat zwei Pfarrer und zwei Bischöfe, erhält aber Grunddienste wie Erstkommunion und Firmungsvorbereitung für die Kinder vom Heimatpfarrer...“¹⁵⁾

Die besonderen Lebensbedingungen vieler Soldaten und ihrer Familien sind die Ursache dafür, daß sie keinen Heimatpfarrer haben und aus keiner bestimmten Ortsgemeinde mehr herkommen. Für viele ist auch eine Distanz zur Kirche entstanden, die sie daran hindert, z. B. das Sakrament der Firmung zu empfangen. Wächst nun bei diesen Soldaten bzw. ihren Angehörigen aufgrund der konkreten und besonderen Form der Militärseelsorge die Offenheit für ein auch religiöses Leben und die Bereitschaft, am sakramentalen Leben der Kirche (z. B. Empfang der Firmung) teilzunehmen, ist die in der o. a. Presseveröffentlichung zum Ausdruck kommende Nichtzuständigkeitserklärung der Militärseelsorge für die „Grunddienste“ eine bittere Enttäuschung für die Betroffenen, für alle Angehörigen des Jurisdiktionsbereiches aber mit Sicherheit unverständlich. Angesichts der Tatsache, daß in der Bundeswehr bekannterweise viele tausend ungefirmte Soldaten Dienst tun, müßte die katholische Militärseelsorge eine konkrete und besondere Form der Firmpastoral entwickeln und auch der Militärbischof seinen Soldaten als Spender dieses Sakramentes begegnen. Die Aussage von Angehörigen des KMBA „Der Militärbischof firmt in Deutschland grundsätzlich nicht!“, der Verweis auf die Ortsgemeinden bzw. -diözesen und der Aufbau von Zuständigkeitsregelungen unter dem Aushängeschild „Verbundseelsorge“ sind zwar eindeutige Regelungen für die Seelsorge an Soldaten, doch nicht Ausdruck einer missionarischen Kirche, die den Menschen dort umsorgt und ihm dort das Heil anbietet, wo sie ihn trifft.

Umfragen und eigene Erfahrungen relativieren nämlich den Wert der „Verbundseelsorge“. Es muß einfach festgehalten werden, daß die zivile Ortsgemeinde nur in seltenen Fällen auf die Soldaten und ihre Angehörigen zugeht. Soldaten und ihre Angehörigen haben auch deshalb häufig Integrationsschwierigkeiten an neuen Standorten.

Angesichts unserer Diasporasituation dürfen Zuständigkeitsregelungen kein Hindernis für eine umfassende Seelsorge an den Soldaten und ihren Angehörigen sein. Dort, wo die Ortsgemeinde fruchtbare Seelsorgearbeit entwickelt, soll man sie ihr dankbar überlassen. Dort, wo steiniges Missionsland ist, sind die besten gefordert — unsere Militärpfarrer.

Eine Eingrenzung der Seelsorge an den Soldaten und ihren Angehörigen — wie sie in der

zierten Presseveröffentlichung zum Ausdruck kommt — dürfte sicherlich der Absicht der Apostolischen Konstitution zuwiderlaufen. Deshalb habe ich im Auftrag des Vorstandes der ZENTRALEN VERSAMMLUNG unserem Militärbischof einen Brief geschrieben und ihn gebeten, für eine Fortschreibung der die Militärseelsorge regelnden Statuten einzutreten.

Bei der Betonung des Besonderen der Militärseelsorge geht es nicht darum, sie von den übrigen Diözesen der katholischen Kirche in Deutschland abzusondern. Es geht vielmehr darum, daß die Seelsorge in rechter Weise den Zugang zum Menschen gewinnt, von dem die „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“ sagt, daß er im Mittelpunkt stehe, „... der eine und ganze Mensch, mit Leib und Seele, Herz und Gewissen, Vernunft und Willen...“¹⁶⁾ In der Kirche unter Soldaten leben eben viele unter besonderen Lebensbedingungen und sind zudem noch oft extremen Anforderungen ausgesetzt. Sie sollten die Chance erhalten, den Glauben in ihren sie tragenden Gemeinschaften und auf die ihnen gemäße Art zu leben. Wenn Glaube von der Glaubensgemeinschaft lebt, dann muß sie gepflegt und ihr auch ein Eigenleben zugestanden werden. Das Problem der Pfarrgemeinden Deutschlands ist offensichtlich, daß sie nicht mehr ausreichend bergende Gemeinschaft sind.

Die Bedeutung der Gemeinschaft für die Seelsorge und die Glaubensweitergabe unterstreicht der Bischof von Hildesheim in einem Brief an seine Priester und Pfarrgemeinderäte. Es heißt darin: „... Die vorrangige Aufgabe für die kommende Zeit... sehe ich in der Umwandlung der einzelnen Pfarreien zu einer Gemeinschaft von Gemeinschaften: eine große Gemeinschaft, die sich aus vielen kleinen Gemeinschaften zusammensetzt. Für eine solche kleine Gemeinschaft genügen schon einige wenige. Im regelmäßigen Zusammenkommen kann sich ein Vertrauen untereinander aufbauen. Getragen werden diese überschaubaren Gruppen weithin vom Engagement der Laien. Der Seelsorger ist dabei der Begleiter, der sich regelmäßig mit den Verantwortlichen trifft und gelegentlich die einzelnen Gruppen besucht. Die Gruppen ihrerseits suchen den Kontakt mit den anderen Gruppen. Vor allem kommen sie wenigstens jede Woche einmal zum Gottesdienst der ganzen Gemeinde zusammen...“¹⁷⁾

Ist dieses Modell eines „Lebens in Glaubensgemeinschaften“ nicht wert, aus der norddeutschen Diaspora in die Diasporasituation der Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr übertragen zu werden?

Sollten Priester und Laien die Apostolische Konstitution über die Militärseelsorge nicht zum Anlaß nehmen, gemeinsam solche konkreten und besonderen Formen der Seelsorge zu finden und dann anzuwenden, die in unserem Missionsland die Menschen in und im Umfeld der Bundeswehr treffen?

5. Zur Laienarbeit im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs

Der Erzbischof von Freiburg, Dr. Oskar Seier, sagte am 1.3.1987 in einem Vortrag zum Thema „Die Kirche auf dem Weg in die Zukunft“ im II. Hörfunkprogramm des Südwest-

funks: „... Für die Zukunft der Kirche wird viel davon abhängen, ob wir Priester und engagierte Laien haben. Entscheidend wird sein, ob und wie sie zusammenwirken...“¹⁸⁾

Engagierte Laien haben es oft schwer in ihrer Kirche. Um das deutlich zu machen, „... ist es hilfreich, sich jener zu erinnern, die ‚fahnenflüchtig‘ geworden sind. Heinrich Böll zum Beispiel ist seinerzeit aus der Kirche ausgetreten, nicht weil er Schwierigkeiten beim Beten des apostolischen Glaubensbekenntnisses hatte. Er sah die Kirche nur noch als Institution, nicht als Glaubensgemeinschaft...“¹⁹⁾

Institutionen sind wie das Skelett des menschlichen Körpers die Stützen des gesellschaftlichen Lebens der Menschen; sie bewahren so wichtige Erscheinungen dieses Lebens wie Ehe und Familie, Recht und Ordnung wie auch den Staat selbst vor einem Zusammenbruch in Krisensituationen. Ein Skelett ist allerdings nicht geeignet, Liebe auf den ersten Blick zu wecken. Darum dürfen Institutionen nicht abstoßend knochig durch ihren Zweck hervorscheinen.

Zweck der Kirche als Institution dürfte es sicherlich sein, die Glaubensgemeinschaft zu tragen und zu bewahren. Viele erfahren heute Kirche vorrangig als Institution. Der Schritt, den Begriff „Kirche“ von der Glaubensgemeinschaft zu trennen, ist dann rasch getan. Das passierte sogar einem profilierten, kirchlich eingestellten Journalisten bei dem Versuch, sein Verständnis vom „Laien“ auszudrücken; er schrieb zum Bischofskonzil und zur Rolle des Laien: „... Natürlich begehrt auch... der Laie... oft gegen kirchliche Bevormundung auf, aber er rebelliert nicht. Er fragt, aber er läßt sich überzeugen. Laie ist, wer zusammen mit den Geweihten in der Kirche katholisch bleiben will. Der Laie ist immer bereit, mit anderen zusammenzuwirken. Er akzeptiert die Hierarchie, er sucht den Dialog mit ihr...“²⁰⁾

„... kirchliche Bevormundung...“ Hört sich das nicht so an, als ob die Begriffe „Kirche“ und „Amt“ sinnverwandt sind? Professor Leder wies am 27.3.1987 bei der Zusammenkunft der Vorsitzenden und Geschäftsführer der Diözesanräte in Hildesheim in seinen Ausführungen zur Vorbereitung der Bischofssynode 1987 auf das Beziehungsgeflecht zwischen Klerus und Laien hin. Er meinte, daß Rede- und Denkweisen wie die von „der Kirche, die die Gläubigen“ ermahnt, die Frage zulassen, ob denn womöglich die Gläubigen eigentlich nicht so ganz gläubig sei. Das Protokoll der Zusammenkunft der Vertreter der Diözesanräte hält dazu fest: „... Einig war man sich darin, daß Laien und Amt eine gemeinsame Verantwortung, eine gemeinsame Sendung hätten, die aber auch der Spielregeln bedürfe, um zu Kompetenzen zu kommen. Dabei müsse der Laie seine Erfahrungen einbringen und nicht zum Handlanger und Befehlsempfänger des Amtes werden.“²¹⁾

Dürfen wir Laien uns im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs als Mitglieder einer Glaubensgemeinschaft fühlen, oder sind wir bloß Objekte der Militärseelsorge?

Sollten Priester und Laien nicht gemeinsam überlegen, was das Wachstum einer sichtbaren Glaubensgemeinschaft hindert und was es befördert?

„Die urchristlichen Gemeinden kannten . . . keinen Dualismus von Priester und Volk. Die Kirche verstand sich im Widerspruch zur Welt, aus der sie ausgewählt und berufen war, als Volk Gottes das Zeugnis vom wiederkehrenden Herrn abzulegen. Das Bewußtsein der Gemeinsamkeit und der Zugehörigkeit zum Volk (laos) Gottes war vor aller Differenzierung der Kirchenordnungen und der Dienste vorherrschend.“²²⁾

Erkennen wir unsere Lage nicht wieder in dieser frühchristlichen Situationsbeschreibung? Erkennen wir nicht die Notwendigkeit, das Gemeinsame herauszustreichen und Gemeinschaft vorzuleben?

So wie die verschiedenen Glieder eines gesunden Körpers in Harmonie miteinander unterschiedliche und doch, aufs Ganze gesehen, sinnvolle Funktionen ausüben, so gibt es auch in der Kirche unterschiedliche Dienste. „ . . . Als Glieder des Gottesvolkes . . . bringen die Laien die Vielfalt ihrer Würde in ihrem Leben in der Welt zum Ausdruck und üben sie dort aus. Was für die Angehörigen des Priestertums des Dienstes eine zusätzliche oder außergewöhnliche Aufgabe sein kann, ist für die Laien kennzeichnender Sendungsauftrag. Die ihnen eigene Berufung ist es, in der Verwaltung und gottgemäßen Regelung der zeitlichen Dinge das Reich Gottes zu suchen . . . “²³⁾

Diese Weltzugewandtheit war nach Ansicht des Münsteraner Philosophen Josef Pieper ein charakteristischer Grundzug abendländischer Glaubens- und Frömmigkeitshaltung. Diese, zurückgehend auf das „ora et labora“ der Ordensregel des Hl. Benedikt, habe das christliche Abendland in früheren Jahrhunderten geprägt. Der Gefahr, die Weltzugewandtheit könnte in Verweltlichung umschlagen, begegnete die Regel mit einer verbindlichen Rangordnung: erst Gott, dann die Welt; erst Gottesdienst, dann Weltdienst; erst „ora“, dann „labora“ — aber eben beides!²⁴⁾

Was trägt uns, was bewegt uns, was regt uns an, in unserer heutigen Welt zu leben und deutliche Spuren in ihr zu hinterlassen?

Welche Aufgaben sollten Laien in militärischer Umgebung vorrangig anpacken?

Diese Fragen sollten wir mit unseren Militärgeistlichen regelmäßig diskutieren und dabei den Aufgabenkatalog bedenken, den Papst Johannes Paul II. am 21.6.1986 vor den Vertretern des Apostolat Militaire International in Rom entwickelt hat. Diese Ansprache ist nachzulesen in Heft 158/159 des „auftrag“.

6. Zur Rolle des katholischen Soldaten in der Friedensdiskussion

Zum Apostolat von Soldaten gehört es nach Ansicht von Papst Johannes Paul II. u. a., „ . . . das Gewissen im Hinblick auf die großen Probleme des Dienstes am Frieden und für die Sicherheit mit Klarheit und Mut zu bilden, um die guten Entscheidungen, die von ihnen abhängen, zu treffen und dazu beizutragen, in diesem Punkt die Überzeugungen der jungen Menschen und der öffentlichen Meinung zu klären . . . “²⁵⁾

Das ist eine große Aufgabe,

- die aktuellen Probleme von Sicherheit und Frieden gewissenhaft zu durchdringen,
- um sich dann in der Öffentlichkeit für Sicherheit und Frieden zu engagieren und zur Klärung der öffentlichen Meinung beizutragen.

Um dazu fähig zu sein, müssen wir über einen Maßstab verfügen, an dem wir unsere Gewissensentscheidungen messen. „Für uns katholische Soldaten sind die Aussagen der Heiligen Schrift sowie die Überlieferung und Lehre der Kirche von grundlegender Bedeutung für das Selbstverständnis unseres soldatischen Dienstes für den Frieden. Orientierung finden wir besonders in der Friedenslehre der Päpste und des II. Vatikanischen Konzils, der römischen Bischofssynode und der deutschen Bischöfe.“⁽²⁶⁾

Unserem recht geschulten Gewissen obliegt dann die Aufgabe, die Entscheidungen zu fällen, die die Lösung der Probleme unserer Tage erfordert. Dazu ist aber noch mehr erforderlich: Sachverstand.

Die „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“ des II. Vatikanischen Konzils fordert ihn geradezu den Laien ab, wenn sie die Wahrnehmung weltlicher Aufgaben anspricht: „... Wenn sie (die Laien) also... als Bürger dieser Welt aktiv werden, so sollen sie nicht nur die jedem einzelnen Bereiche eigenen Gesetze beobachten, sondern sich um gutes fachliches Wissen und Können in den einzelnen Sachgebieten bemühen...“⁽²⁷⁾

Die Bedeutung einer sachlich richtigen und fachlich gekonnten Lagebeurteilung unterstreicht die Sachverständigengruppe „Sicherheitspolitik“ der Deutschen Kommission *Iustitia et Pax* in ihrer Stellungnahme zur „Feuerstein“-Erklärung von Pax Christi. Dort heißt es: „... Das sittliche Urteil in Fragen der Friedensethik ist die Anwendung und Übersetzung sittlicher Prinzipien in eine konkrete Situation. Die verantwortliche und umfassende Analyse der Situation ist darum erforderlich und besitzt insofern sittlichen Rang, als eine irrige Situationsanalyse im Regelfall zu einem sittlichen Fehlurteil führt...“⁽²⁸⁾

Die Stellungnahme der Sachverständigengruppe bewertet mit sittlichen Kategorien die Lagebeurteilung, die nach übereinstimmender Meinung aller Taktiklehrer stets alle bekannten, relevanten Tatsachen einschließen, jedes Wunschdenken aber ausschließen muß.

Ausbildung und Erziehung befähigen uns also, an der politischen und ethischen Meinungs- und Urteilsbildung zu Problemen von Sicherheit und Frieden teilzunehmen. Wir sollten daher der Aufforderung des Papstes und dem Wunsch der deutschen Bischöfe, den sie schon 1983 in „Gerechtigkeit schafft Frieden“⁽²⁹⁾ zum Ausdruck brachten, mit großer Bereitwilligkeit — wie schon bisher — folgen.

Dabei ist es unsere Aufgabe, mit fachlicher Kompetenz und Mut auf Tatsachen und ihre Bedeutung hinzuweisen sowie Wunschdenken und Ideologien zu entlarven.

Die Verbohrtheit ideologischer Vorstellungen ist erstaunlich, oft grenzen ideologische Aussagen gar ans Lächerliche, konfrontiert man sie mit der Wirklichkeit. Nehmen Sie als

Beispiel die Beschreibung von Wallfahrten und des Auftrags der Militärseelsorge in einer NVA-Zeitschrift:

„... Der Auftrag der evangelischen und katholischen Militärseelsorge besteht darin, mit religiösen Mitteln und Methoden die Bundeswehrangehörigen so zu beeinflussen, daß sie bereit sind, ihren Auftrag als Soldaten im Interesse des Imperialismus unter allen Bedingungen zu erfüllen...“

„... Wallfahrten: Sie sind militärisch-religiöse Aktionen, die jährlich durch Einheiten und Verbände der Bundeswehr als auch gemeinsam mit Soldaten und Offizieren der anderen in der BRD stationierten NATO-Streitkräfte durchgeführt werden...“⁽³⁰⁾

Ihnen ist unsere Militärseelsorge mit ihrem Angebot an Wallfahrten aus eigenem Erleben bekannt. Wie sehr die NVA-amtliche Meinung den Tatsachen entspricht, wie sehr Tatsachen durch die parteiliche Sicht einer Ideologie verstellt werden, können Sie an dem vorgetragenen Beispiel sehr gut abschätzen.

Wenn im Rahmen der Friedensbewegung in aggressiver Weise die Abschreckungspolitik bekämpft, eine erhöhte Kriegsgefahr beschworen, eine fortschreitende Militarisierung unserer Gesellschaft behauptet, unsere Bedrohung durch totalitäre, expansive Systeme aber stets ausgeblendet und die kriegsverhütende Wirkung unserer Sicherheitspolitik nie zur Kenntnis genommen wird, liegt der Verdacht nahe, daß weite Teile dieser Bewegung nicht nur einem sehr verständlichen Wunschenken aufgesessen sind, sondern sich einer Ideologie verschrieben haben. Stellt man dann fest, daß die Organisatoren vieler Veranstaltungen der Friedensbewegung Angehörige kommunistischer Parteien bzw. ihrer Frontorganisationen sind, wird die zunehmende Ideologisierung dieser Bewegung verständlich. Den „Kampf um den Frieden“ erklärten nämlich orthodoxe Kommunisten unverhohlen zum „Hauptbestandteil des proletarischen Klassenkampfes, des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht und um die Durchführung der sozialistischen Revolution“.⁽³¹⁾

Wer sich mit dem orthodoxen Kommunismus Moskauer Prägung, mit der Sowjetunion und ihrem Einflußbereich sorgfältig beschäftigt, muß lernen, Streitkräfte, Wirtschaft, Kultur und Politik in einer Gesamtschau zu sehen und zu beurteilen; denn die Staatspartei leitet und kontrolliert alle Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens.⁽³²⁾ Von der Militärdoktrin zu den Abrüstungsgesprächen, von der Außen- zur Penetrationspolitik⁽³³⁾, vom Klassenkampf zum Friedenskampf unterliegt alles dem zentralen Plan der Partei.

So gibt es schon seit der „Karlsbader Erklärung“ der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas aus dem Jahre 1967 das strategische Ziel des orthodoxen Kommunismus, eine Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialisten und Gäubigen für Frieden, Fortschritt und Demokratie zu schaffen.⁽³⁴⁾ Jahre später bezeichnet der für die Außenbeziehungen zuständige Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Boris Ponomarjow, den Kampf um Frieden und Entspannung als „Erweiterung und Vertiefung der Front des ideologischen Kampfes“.⁽³⁵⁾

Während 1975 die „DEUTSCHE AUSSENPOLITIK“, eine DDR-Zeitschrift, feststellte,

daß der Entspannungsprozeß sich immer mehr mit der Entfaltung des Klassenkampfes verbinde³⁶⁾, erklärte der am 2.12.1985 verstorbene Armeegeneral und Verteidigungsminister der DDR, Heinz Hoffmann: „...Die gesellschaftliche Grundlage für den ‚ewigen Frieden‘ wird erst in der sozialistischen Revolution geschaffen...“³⁷⁾

Die Friedensbewegung ist also für den orthodoxen Kommunismus eindeutig ein Mittel seiner Penetrationspolitik, mit der er ohne Anwendung militärischer bzw. unmittelbarer Gewalt durch beharrliches, möglichst wenig spektakuläres Vordringen seinen Einfluß erweitert, wo immer sich Möglichkeiten bieten.³³⁾

Als katholische Soldaten verteidigen wir mit Überzeugung die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Staates und damit auch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Wir haben Respekt vor der Überzeugung von Pazifisten. Wir haben aber überhaupt kein Verständnis dafür, daß demokratische Gruppen und Glaubensbrüder die Aktionseinheit mit Kräften suchen, die unsere Freiheit bedrohen, die elementaren Menschenrechte außer acht lassen und betonen, daß andere Gesellschaftssysteme als ihres aufgrund historischer Gesetzmäßigkeit revolutionär zu überwinden seien.

Wir halten es für bedenklich und gefährlich für den inneren Frieden unseres Landes, wenn auch katholische Verbände sich dazu hergeben, zu rechtswidrigen Formen des Widerstandes gegen eine von demokratisch-parlamentarischen Mehrheiten getragene Sicherheitspolitik aufzurufen.³⁸⁾

Wir bitten alle, die sich für den Frieden engagieren, die Form Ihres Engagements zu überdenken, damit der Friede tatsächlich über die unterschiedlichen Meinungen hinweg gemehrt und kein Anlaß mehr für die Ausbreitung von Unfriede gegeben wird.

Wir fordern alle demokratischen Gruppen, vor allem aber die Christen dieses Landes auf, sich politisch und geistig für unsere freiheitlich-demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung aktiv einzusetzen und sich deutlich zum friedensfördernden Charakter von Recht und Verfassung zu bekennen.

7. Zur Bedeutung christlicher Grundwerte für den Soldaten

Während der 27. „Woche der Begegnung“ haben die Delegierten der Laiengremien aus dem Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs ihre Aufmerksamkeit auf die Grundwerte konzentriert.

Als Bürger und Christen wollen wir unser Leben nach Grundwerten ausrichten, die Maßstäbe für ein menschenwürdiges Leben in Gemeinschaft sind. Als Soldaten verpflichtet uns das Gesetz (§ 8 SG) zum Einsatz für die Werte, die die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne unseres Grundgesetzes ausmachen. Es ist uns nicht erlaubt, einer unaufhörlich herbeidemonstrierten Legitimitätskrise unseres Staates und einer Gefährdung seiner Grundordnung schweigend zuzusehen. Wir sind gerade auch als Soldaten aufgerufen, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung im Frieden zu verteidigen und uns zu ihren Werten zu bekennen.

Grundwerte sind für jeden einsehbar. Sie gründen in der Natur des Menschen und dürfen ihm deshalb nicht genommen werden.³⁹⁾ Im Person-Sein haben alle Grundwerte ihren Ursprung und ihre Einheit. „... Jeder Mensch ist Mensch kraft seines Geistes, der ihn abhebt von der unpersönlichen Natur und ihn aus eigener Entscheidung dazu befähigt, seiner selbst bewußt zu werden, sich selbst zu bestimmen und sich und die Umwelt zu gestalten...“⁴⁰⁾ Durch unsere Glaubensüberzeugung, daß der Mensch Gottes Geschöpf und Ebenbild ist, der Sünde verfallen, aber im Besitz der Zusage seiner Erlösung durch Gottes Gnaden ist, hat das Bild vom Menschen eine ganz neue Dimension und Würde erhalten.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, sagt der unabänderlich festgeschriebene Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Die Menschenwürde ist getroffen, wenn der konkrete Mensch zum Objekt, zu einem bloßen Mittel, zur Rechengröße herabgewürdigt wird. Diese Grundaussage muß bei Anwendung der Goldenen Regel (Was du nicht willst, daß man dir tu — das füg auch keinem andern zu!) Konsequenzen haben für unser Leben in Ehe und Familie, Beruf und Freizeit, Wirtschaft und Politik, Staat und Kirche.

Um ein menschenwürdiges Leben in Gemeinschaft zu ermöglichen, gewinnen Freiheit und Gerechtigkeit, Friede und Solidarität, Wahrheit und Treue deshalb den Charakter von Grundwerten. Wird aus dieser Grundwerteordnung etwas ausgeklammert, kann menschenwürdiges Leben nicht mehr gelingen. Jeder ist darum verpflichtet, sein Leben an den Grundwerten auszurichten und damit einen wichtigen Beitrag dafür zu leisten, daß der Konsens in unserem Lande über die Grundwerte nicht schwindet.

Alle, die in unserem Land an herausragender Stelle eine Leitungsaufgabe wahrnehmen, tragen eine besondere Verantwortung für den „Grundwertekonsens“. Unser Militärbischof hat 1986 in seiner Silvesteransprache uns gemahnt: „... Auch in einer freiheitlichen Demokratie ist Wachsamkeit vonnöten... Man kann auch auf legalem Weg die Grundordnung unseres Staates verändern, wenn sich nur die Bürger durch großtönende Worte in die Irre führen oder in falscher Vertrauensseligkeit einschlafen lassen...“ Als grobe Verstöße gegen die Ordnung der Grundwerte bezeichnete er die fortdauernde Hinnahme der Tötung ungeborener Kinder und Bestrebungen, die Sonntagsarbeit auszuweiten.⁴¹⁾

„Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“, diese Losung des NATO-Bündnisses gilt auch gegenüber den Gefahren für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung, die von innen heraus kommen. Sie sind zur Zeit bedrohlicher als die so oft an die Wand gemalte Kriegsgefahr. Indem wir selbst „Grundwerte leben“ und Verstöße gegen den Grundwertekonsens unverzüglich mutig anprangern, erfüllen wir auch eine Verteidigungsaufgabe.

8. *Schlußwort*

In einer Zeit, die aus heutiger Sicht gekennzeichnet war durch die legale Machtergreifung einer totalitären, unmenschlichen Ideologie⁴²⁾, ermahnte zu Ostern 1934 der Bischof von Münster, Clemens-August Graf von Galen, in einem Hirtenbrief seine Diözesanen:

„... Der beste Schutz gegen den Unglauben ist das Leben aus dem Glauben. . . Durch das Gebet bekennt ihr euch zu Gott. . . Durch den eifrigen Empfang der Sakramente bekennt ihr euch zu Christus. . . Versammelt euch um eure Altäre. . . Nehmet teil am Leben der Gemeinde, bewahrt die Sitten der christlichen Vergangenheit, übt vor allem die Liebe, denn an der Liebe soll man die Jünger des Herrn erkennen! Dann aber habt Vertrauen! . . .“⁴³⁾

Wir leben in einer anderen Zeit. Doch haben wir genug Gründe, die Mahnung aus dunkler Zeit zu bedenken.

Anmerkungen

- 1) Vgl. „DECRETUM DE APOSTOLATU LAICORUM“, Art. 26 in Franz Hengsbach, „Das Konzilsdekret über das Laienapostolat“, Paderborn 1962, 2. Auflage, S. 128
- 2) „Ordnung für die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr“, in VERORDNUNGSBLATT des Katholischen Militärbischofs, 22. Jahrgang, Nr. 4/86 vom 17. 4. 1986
- 3) Bischof Dr. Paul Josef Cordes, „Zur Vorbereitung der Bischofssynode 1987“ — Ansprache vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 21./22. 11. 1986 in BERICHT und DOKUMENTE Nr. 64, Bonn 1987, S. 58
- 4) Joseph Kardinal Höffner, „Der Staat — Diener der Ordnung“, Heft 13 der Druckschriften des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1986, S. 37
- 5) „Beschluss der Delegiertenversammlung 1986 — GEWALTfrei WIDERSTEHEN — KRIEGSDIENSTE VERWEIGERN — ABSCHRECKUNG ÜBERWINDEN“, hrsg. von Pax Christi — Deutsches Sekretariat, Frankfurt 1986, S. 5
- 6) Bischof Dr. Paul Josef Cordes, a.a.O., S. 51
- 7) Bischof Dr. Paul Josef Cordes, a.a.O., S. 55
- 8) „Spirituale Militum Curae. Apostolische Konstitution von Papst Johannes Paul II. über die Militärseelsorge“, in Beilage XV. zu L'OSSERVATORE ROMANO — Deutsche Wochenausgabe vom 20. 6. 1986
- 9) Vgl. dtv Lexikon Bd. 2, München 1966, S. 272 bzw. Bd. 13, München 1968, S. 128
- 10) Vgl. Dr. C.L. Niemann, „Geschichte der alten Grafschaft und des nachherigen Münster'schen Amtes Kloppenburg“, 2. Auflage, Cloppenburg 1976, S. 90 ff.
- 11) Joachim Kuropka, „550 Jahre Cloppenburg“, in „Beiträge zur Geschichte der Stadt Cloppenburg“, Bd. 1, Cloppenburg 1985, S. 27
- 12) Joachim Kuropka, a.a.O., S. 26 f.
- 13) „Brief des Bischofs von Hildesheim“, Dr. Josef Homeyer, an die Priester, hauptamtlichen Mitarbeiter und Angehörigen der Pfarrgemeinderäte im Bistum, Hildesheim 20. 11. 1986, S. 2
- 14) Josef König, „Auf Tauchstation während des Wehrdienstes?“, in JUGEND UND BUNDESWEHR, Nr. 1, Düsseldorf 1987, S. 3
- 15) A.V. Thiemel, „Ihr alle aber seid Brüder“ — Seelsorge bei der Bundeswehr, in Kirchenzeitung für die Diözese Augsburg vom 22. 2. 1987
- 16) „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“, Nr. 3, in „Zweites Vatikanisches Konzil — 4. Sitzungsperiode“, Osnabrück 1966, S. 264
- 17) „Brief des Bischofs von Hildesheim“, Dr. Josef Homeyer, a.a.O., S. 5
- 18) Dr. Oskar Saier, Erzbischof von Freiburg, „Die Kirche auf dem Weg in die Zukunft“, Vortrag im II. Hörfunkprogramm des Südwestfunks am 1. 3. 1987, hrsg. vom Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg 1987, S. 11
- 19) Eugen Georg Schwarz, „Weniger Apparat — mehr Evangelium“, in WELTBILD Nr. 6/87, S. 5
- 20) Alois Rummel, „Der Papst fordert soziale Solidarität“, in MERKUR EXTRA, S. 32, Beilage zu RHEINISCHER MERKUR/CHRIST UND WELT Nr. 53 vom 24. 12. 1986
- 21) Vgl. Protokoll über die Zusammenkunft der Vorsitzenden und Geschäftsführer der Diözesanräte am 27./28. März in Hildesheim, verteilt mit Schreiben Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Generalsekretariat vom 6. 4. 1987
- 22) Leo Karrer in: Handwörterbuch religiöser Gegenwartsfragen, Herder Verlag, Freiburg, Seite 237 — zitiert bei Alois Rummel, a.a.O.
- 23) Papst Johannes Paul II., „Die Laien leisten einen unersetzlichen Dienst“, Ansprache zum Angelus am Sonntag, dem 15. 3. 1987, in L'OSSERVATORE ROMANO, Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 12 vom 20. 3. 1987, S. 1, Sp. 1 und 2

- 24) Vgl. Hans Hüneborn „Ora et labora — Grundregel für die Erneuerung“, in L'OSSERVATORE ROMANO, Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 15 vom 10. 4. 1987, S. 9
- 25) Papst Johannes Paul II., „Glaubenszeugnis in militärischer Umgebung“ — Ansprache an den Vorstand des Internationalen Militärpostolats, in L'OSSERVATORE ROMANO — Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 33/34 vom 15. 8. 1986, S. 11, Sp. 3
- 26) „Frieden in unseren Tagen — Frieden in der Zukunft“, Standortbestimmung 1982 der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Bonn 12. 6. 1982, S. 3
- 27) „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“, in „Zweites Vatikanisches Konzil — 4. Sitzungsperiode“, Osnabrück 1966, S. 319
- 28) Stellungnahme zum Beschluß von Pax Christi „Gewaltfrei widerstehen — Kriegsdienste verweigern — Abschreckung überwinden“ („Feuersteiner Erklärung“) 1986, vorgelegt von der Sachverständigengruppe „Sicherheitspolitik“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bonn, Februar 1987, S. 1
- 29) Vgl. „Gerechtigkeit schafft Frieden“ — Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden, Bonn 1983, S. 69f.
- 30) Oberstleutnant Dipl.-Hist. W. Auls, „Zur Militärseelsorge in der Bundeswehr“, in MILITÄRWESEN — Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie (DDR), Heft 10/86, S. 50 und 53
- 31) Vgl. „Philosophie im Friedenskampf“, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, 1984, S. 13, zitiert in „Moskaus getarnte Helfer“, hrsg. BMI, Bonn, Auflage Dezember 1986, S. 18
- 32) Vgl. Roger Garaudy „Die große Wende des Sozialismus“, Wien/Zürich/München 1970, S. 89f.
- 33) Vgl. Prof. Buchheim, Hans, „Gegenwärtige Situation der Ost-West-Beziehungen“, in „Der Soldat zwischen Verteidigungs- und Friedensauftrag“, hrsg. von Franz Henrich, Regensburg 1971, S. 21ff.: „... Penetrationspolitik... ist keine Politik militärischer oder sonst gewaltsamer Aggression, wohl aber des beharrlichen, möglichst wenig spektakulären Vordringens, des Einflußgewinns, wo immer sich Möglichkeiten bieten...“
- 34) Vgl. „Erklärung der auf der Konferenz in Karlsbad vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ vom 24. 4. 1967, in EUROPA-ARCHIV, Folge 11/1967, S.D 259ff.
- 35) Boris Ponomarew, „Internationale Situation und revolutionärer Prozeß“, in PROBLEME DES FORTSCHRITTS UND DES SOZIALISMUS, hrsg. K. Zaradov, Nr. 6/74, S. 732
- 36) Vgl. Gerhard Powik, „Revolutionärer Weltprozeß und Entspannung“, in DEUTSCHE AUSSENPOLITIK, 20 (1975) 1, Januar 1975, S. 9
- 37) Heinz Hoffmann, „Streitkräfte in unserer Zeit“, in EINHEIT, Nr. 3/76, S. 362f.
- 38) „Beschluß der Delegiertenversammlung 1986 — GEWALTFREI WIDERSTEHEN — KRIEGSDIENSTE VERWEIGERN — ABSCHRECKUNG ÜBERWINDEN“, hrsg. von Pax Christi — Deutsches Sekretariat, Frankfurt, 1986, S. 4—6
- 39) Vgl. Joseph Kardinal Höffner, „Gesellschaftliche Grundwerte und menschliches Glück“, in „Der Streit um die Grundwerte“, hrsg. von Felix Raabe, Heft Nr. 37 der Reihe „Kirche und Gesellschaft“, Köln 1977, S. 29
- 40) Günter Dürig über den „Grundrechtssatz von der Menschenwürde“, zitiert bei Generalvikar Dr. R. Schlund, „Der manipulierte Tod, das Sterben und die Sterbehilfe“, in „Erzbistum Freiburg Informationen“ Nr. 10—12/1986, S. 221
- 41) Silvesteransprache 1986 von Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel, in NIMM Nr. 2 vom 15. 1. 1987, hrsg. KMBA, Bonn
- 42) Vgl. FK Dr. H. Walle, „Ein Rundgang durch die Ausstellung“, in „Aufstand des Gewissens“, hrsg. MGFA, Herford 1984, S. 37ff.
- 43) Heinrich Portmann, „Der Bischof von Münster“, Münster 1946, S. 13f.

Es folgte das Wort des neuen Bundesvorsitzenden der GKS, OTL i. G. Paul Schulz

Exzellenz,
Hochwürdigster Herr Generalvikar,
meine Herren Dekane, verehrte Gäste,
meine Damen und Herren!

Nicht ich „wollte“, die Bundeskonferenz der GKS wollte durch ihre gestrigen Voten einen Bundesvorsitzenden Paul Schulz.

An diesen Umstand werde ich Sie, falls nötig, erinnern.

Zunächst bedanke ich mich bei Ihnen allen für ihr Vertrauen. Die Bereitschaft aller Mitglieder des Bundesvorstandes, mich tatkräftig zu unterstützen, gibt mir Mut, die Aufgabe anzupacken. Auch diese Zusage werde ich zu gegebener Zeit reklamieren, denn nach unserer Ordnung leitet der Bundesvorstand die GKS und vertritt sie nach außen.

Ein deutliches Zeichen dieser kameradschaftlichen Zusammenarbeit hat OTL Trost bereits dadurch gegeben, daß er vorbehaltlos bereit war, neben Of Hütten die Aufgaben des stellvertretenden Bundesvorsitzenden zu übernehmen, den Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden hier vor der Zentralversammlung abzulegen und mir mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen. Herzlichen Dank dafür und für die Leistungen im letzten Jahr. Der gleich Dank gilt dem wiedergewählten Bundesgeschäftsführer OTL Bringmann und dem Chefredakteur auftrag O. a.D. Fettweis. Das Militärbischofsamt und den Vorstand der ZV bitte ich um vertrauensvolle Zusammenarbeit und Hilfe beim Erreichen der gemeinsamen Ziele.

Unsere Jahresthemen, „Grundwerte leben — gelegen oder ungelegen“, hat meine Entscheidung und Zustimmung in der letzten Nacht wesentlich beeinflusst.

Meine Damen, meine Herren, wenn wir die Möglichkeit ^{zum} Apostolat der Laien in unserer Kirche als eine der von Prälat Bocklet genannten 178 Grundwerte ^{ernst nehmen}, dann müssen wir uns dem Auftrag, dem Anruf, der Berufung stellen — ob gelegen oder ungelegen. Ein Kneifen oder Abwarten, bis günstigere Bedingungen eintreten, entspricht nicht meiner Grundhaltung.

Ich liebe unsere Kirche und ich liebe die Bundesrepublik Deutschland, deshalb bin ich in freier Entscheidung und Verantwortung bereit, neben meinem Beruf als Soldat das Mandat in unserer Gemeinschaft pflichtgemäß zu tragen.

Ich liebe aber auch meine Familie. BW, GKS und Familie sind drei sich schneidende Kreise. Dort, wo sie sich überschneiden, kann es zu Konflikten kommen. Im Konfliktfall werde ich mich für den milit. Dienst entscheiden, denn man kann als kath. Soldat nur überzeugen, wenn man in Haltung und Pflichterfüllung beispielhaft zu sein versucht. Im Konfliktfall werde ich mich für die Familie entscheiden, denn ein übermäßiger Einsatz für den Verband würde gegen die Grundwerte und Grundrechte der Familie verstoßen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort zu meinem Programm sagen. Mein Programm ist das *Ihre*. Sie haben es im letzten Jahr in Freising verabschiedet. Es sind „die Ziele und Wege der GKS in die 90er Jahre“.

Ich danke Ihnen!

Dann gab er die Berichterstattung an den bisherigen Bundesvorsitzenden Willy Trost:

Bericht der GKS

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat ein erfolgreiches Jahr hinter sich und, davon bin ich überzeugt, ein arbeitsreiches Jahr vor sich. Das Jahr 1986 wurde gekennzeichnet für die GKS durch ihre Teilnahme, insbesondere auch die sehr gründliche Vorbereitung auf den 89. Deutschen Katholikentag in Aachen. In einem persönlichen Schreiben an den Bundesvorsitzenden der GKS hat sich der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken für die Teilnahme der GKS am Katholikentag und für die dabei dem Katholikentag geleistete Hilfe bedankt.

Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hat beschlossen, im Jahr 1988 keinen Katholikentag durchzuführen. Der nächste Katholikentag findet daher erst 1990 und dann in Berlin statt. Für uns, die GKS, bedeutet dies, der nächste Katholikentag mit Beteiligung der Militärseelsorge findet erst 1992 statt.

Wir wollen uns deshalb in den kommenden Jahren auf lokaler Ebene und bei den Ortsdiözesen beteiligen an den Großveranstaltungen, die dort geplant und durchgeführt werden. Wir werden auch bei den Veranstaltungen beim Besuch des Heiligen Vaters teilnehmen. Der Bundesvorstand der GKS und der Vorstand der Zentralen Versammlung werden neben Teilnehmern aus dem Wehrbereich VI an der Seligsprechungsfeier für Pater Rupert Mayer am kommenden Wochenende teilnehmen.

Beim Marianischen Weltkongress und dem internationalen Soldatentreffen dabei am 17. September wird sich insbesondere der Wehrbereich III beteiligen.

Bei der Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Verbände Deutschland in Aachen haben wir uns als Mitgliedsverband beteiligt. Die Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Verbände und damit auch selbstverständlich die GKS werden sich in diesem und im nächsten Jahr mit dem Themenbereich „Hilfe zur Selbsthilfe, der Beitrag der katholischen Verbände zur Entwicklungspolitik“ befassen. Es geht dabei darum, eine neue, ergänzende Form der partnerschaftlichen Entwicklungshilfe zu finden, deren Träger in erster Linie die katholischen Verbände sein sollen.

Lassen Sie mich nun in kurzer Form von der Arbeit der Sachausschüsse des Bundesvorstandes berichten.

Der Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“ hat ein sehr großes Arbeitspensum bewältigt. Er hat zur Vorbereitung am Katholikentag in Aachen ein Seminar in Hamburg durchgeführt und darin und in weiteren Publikationen Stellung genommen zu der Erklärung auch der deutschen Sektion von Pax Christi zu den „Diensten für den Frieden“. Zur Vorbereitung der nächsten Delegiertenkonferenz in Altenburg wurden Gespräche mit dem BDJK geführt, um zu versuchen, die Einordnung des soldatischen Dienstes als Friedensdienst gleichwertig zur Friedensförderung zu erhalten, wie es die Bischöfe und unsere Kirche stets getan haben.

Auch das geplante Studienseminar „Zur Legitimation der Abschreckung“ wurde im März d.J. gemeinsam mit der Thomas-Morus-Akademie in St. Augustin durchgeführt. Es war in

der Zusammensetzung hochrangig, in den Diskussionen sehr deutlich, die Problematik vertiefend und insgesamt ein großer Erfolg.

Der „Interne Sachausschuß“ hat sich nach der AMI-Konferenz in Rom vorrangig mit der Vorbereitung der AMI-Familienfreizeit vom 10. bis 15.8.1987 in St. Meinolf befaßt. Die Vorbereitungen sind abgeschlossen, und die bisherigen Anmeldungen lassen eine Veranstaltung mit AMI-Freunden aus vielen Ländern erwarten.

Die GKS sieht eine ihrer vordringlichen Aufgaben weiterhin darin, AMI zu fördern und zu unterstützen. Die AMI-Konferenz dieses Jahres findet in Portugal, in Fatima, statt.

Der Sachausschuß „Konzeption“ hat als Vorschlag für das Thema dieser Woche der Begegnung auch das Zweijahresthema der GKS behandelt und erarbeitet. Unsere Arbeit in den Jahren 1987 und 1988 steht ja unter dem Leitwort: „Grundwerte leben, die Chance ihrer Verwirklichung im Alltag des Soldaten“. Dazu wurde ein Fragebogen an alle GKS-Kreise und die Wehrbereichskonferenzen geschickt und ein offener Brief verteilt sowie im „Kompaß“ und „auftrag“ veröffentlicht. Zu diesem Themenkreis wurden und werden weitere Informationen und Anregungen erarbeitet und verteilt.

Die Vorbereitung für die Akademieveranstaltung Oberst Helmut Korn vom 26. bis 30. Oktober 1987 in Fulda sind abgeschlossen. Wir erhoffen uns eine rege Teilnahme des angesprochenen Personenkreises und einen guten Erfolg dieser unter der Schirmherrschaft von Generalleutnant Dieter Clauß stehenden Veranstaltung.

Seinen Antrittsbesuch beim Bundesminister der Verteidigung machte der Bundesvorsitzende am 4.9.1986 und beim Generalinspekteur am 22.4.1987. In ausführlichen Gesprächen wurde informiert über die Arbeit der GKS im Bereich der Bundeswehr, der Militärseelsorge, der Laienarbeit und der internationalen Zusammenarbeit.

Bundesminister Wörner würdigte besonders die Stellungnahmen der GKS, mit denen sie wiederholt in der Öffentlichkeit und in der katholischen Kirche dafür eingetreten ist, daß der Dienst des Soldaten für Freiheit und Sicherheit seine verdiente Anerkennung als Beitrag zum Frieden findet.

Admiral Wellershoff dankte allen Soldaten, die in und außer Dienst ihren Glauben leben und aktiv für die christlichen Grundwerte eintreten und ihre Verantwortung wahrnehmen und in der GKS mitarbeiten, und erwartet von den Vorgesetzten, daß diese Arbeit unterstützt und gefördert wird.

Im Auftrag des Katholischen Militärbischofs überreichte der Geistliche Beirat der GKS die päpstliche Auszeichnung „Pro ecclesie et pontifice“ an Oberstleutnant a.D. Wilhelm Lehmkämpfer und den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Oberfeldwebel Walter Hütten. Diese Auszeichnungen, die wegen der Verdienste in der Militärseelsorge und in der Laienarbeit erfolgten, wurden von uns allen mit großer Freude aufgenommen.

Unter anderem auch wegen ihrer Arbeit in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und bei den Pfarrgemeinderäten wurden im Wehrbereich II Oberstleutnant Paul Schulz mit

dem Bundesverdienstkreuz am Bande und Hauptmann Karl-Heinz Kieserling durch die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet. Auch ihnen hier noch einmal unseren herzlichen Glückwunsch zu diesen wohlverdienten Auszeichnungen, mit denen auch sichtbar die großen Verdienste unserer Kameraden gewürdigt wurden.

Auch aus den Bereichen ist manch Bemerkenswertes zu berichten:

Nun auch im Ausland, mit seinen vier GKS-Kreisen, finden Friedensgottesdienste mit internationaler Beteiligung statt.

Im Bereich See erschweren die vielen Vakanzen die Arbeit und ermöglichen nur wenige Veranstaltungen, dann überwiegend in Verbindung mit den Pfarrgemeinderäten. Wichtig bleibt die Aufrechterhaltung der Kontakte, auch zu den internationalen Gemeinschaften, zu unseren NATO-Kameraden.

Neben einer „Diaspora“-Sternfahrt der GKS hat der Wehrbereich I am „Nordischen Katholikentag“ teilgenommen und an einem eigenen Stand in Lübeck viele gute Gespräche führen können. Beim Christkönigstreffen trafen sich Mitglieder und Gäste der GKS im Kloster Nütschau.

Der Wehrbereich II pflegt sehr intensive Kontakte im katholischen Bereich und nimmt teil an vielen Veranstaltungen, insbesondere in der Diözese Hildesheim. Auch die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, wie z.B. der Jahreskonferenz der Männerseelsorger der Diözese in Osnabrück, wird dann maßgeblich von der GKS mitgetragen.

Der Wehrbereich III ist sehr intensiv beteiligt an den internationalen Gottesdiensten in Münster, Soest und Köln. Die Veranstaltung in Bonn aus Anlaß des Weltfriedenstages in diesem Jahr war gekennzeichnet durch die Ansprachen durch den ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Karl Carstens und des Apostolischen Nuntius Erzbischof Uhac. Nicht zu vergessen sind die Vorbereitungen des Katholikentages in Aachen durch den Wehrbereich III der dabei allein 400 Dauerteilnehmer stellte und für den Donnerstag 4½ tausend Tagungsteilnehmer mit Bussen nach Aachen brachte.

Auch der Wehrbereich IV hat Berichtenswertes durchgeführt. Der GKS-Kreis Koblenz-Pfaffendorf war beim Katholikentag beteiligt mit dem Thema „Was tun Soldaten in Europa als Partner für Sicherheit und Frieden?“ Die Katholische Militärseelsorge, gemeinsam mit der GKS, stellte sich im November vorigen Jahres in Mainz im Rahmen der ökumenischen Friedenswoche dem Dialog mit Passanten in der Innenstadt. Auch die Teilnahme an der Veranstaltung der Gesellschaft für Wehrkunde zum Thema „Kann ein Christ noch Soldat sein?“ war für die GKS ein großer Erfolg und fand ein breites Echo in der Presse.

Im Wehrbereich V konnte bereits, auf Anregung des Wehrbereichsvorsitzenden, bei einer Akademieveranstaltung des Katholischen Wehrbereichsdekanats das Jahresthema „Grundwerte leben“ mit dem Leitgedanken „Werte auf der Waage, Ethik im Wandel der Zeit“ einbezogen werden.

Auch bei der Frühjahrskonferenz waren die Grundwerte bei einem Referat und in Arbeitskreisen das zentrale Thema.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat sich einer Reihe von Problemen angenommen und wird sich ihnen stellen. Wir werden für unsere Überzeugungen Zeugnis geben und nicht nachlassen in unseren Bemühungen, andere zu überzeugen.

Die Tötung ungeborener Kinder beschäftigt neben der katholischen Kirche nun auch die Öffentlichkeit in zunehmendem Maße. Auch wir fühlen uns betroffen und werden nicht nachlassen, dafür Sorge zu tragen, daß in der Bundesrepublik Deutschland das Leben auch der ungeborenen Kinder besser geschützt wird.

Was uns alle in zunehmendem Maße bewegen wird, ist AIDS. Nach Ansicht aller Fachleute ist eine wirksame Behandlung von AIDS in der nächsten Zeit leider nicht möglich. Es scheint auch unrealistisch, in absehbarer Zeit mit einem wirksamen Heilmittel gegen AIDS zu rechnen. Selbst ein Impfstoff zur Massenapplication wird nach Meinung von Experten im günstigsten Fall in sieben Jahren verfügbar sein. Bei Annahme der günstigsten Möglichkeit sind die zu erwartenden AIDS-Erkrankungszahlen erschreckend. Nach gängiger Hochrechnung, ausgehend von etwa 1000 AIDS-Kranken in der Bundesrepublik am Ende des Jahres 1986, ist zu erwarten, daß zur Zeit mindestens 100000 Infizierte, aber noch nicht Erkrankte in der Bundesrepublik leben. Nach den amerikanischen Erwartungen muß davon ausgegangen werden, daß in nur 5 Jahren mit rund 25000 AIDS-Kranken zu rechnen ist, von denen allerdings schon fast die Hälfte gestorben sein wird. Diese Zahlen aber bedeuten dann auch, daß 1991 mit fast 2 Millionen Infizierten gerechnet werden muß. Was dies, wenn die Berechnungen von Experten zutreffen, für unser Volk und unseren Staat bedeutet, ist kaum zu ermessen. Auch wir als katholische Soldaten müssen uns rechtzeitig auf die Möglichkeiten und Notwendigkeiten menschlichen Verhaltens in christlicher Verantwortung in einer solchen Lage vorbereiten.

Die Gen-Technologie wird uns in zunehmendem Maß beschäftigen. Was der Mensch tun kann, tut er meist auch. Die Fachleute aus Medizin und Theologie, die Kirche und unser Papst haben sich in eindeutiger Weise zu den Fragen der künstlichen Befruchtung und der Gentechnologie geäußert. Dennoch muß man die Entwicklungen sehr sorgfältig verfolgen, denn es steht zu befürchten, daß die Gentechnologie weiter entwickelt wird und es dabei möglicherweise zu unkontrollierbaren Auswüchsen kommt. Vor allem gilt es allen Versuchen der Embryonen-Manipulation und -Selektion sowie der Klonierung scharf entgegenzutreten.

Übersehen wir es nicht, der Islam wird immer fundamentalistischer, er breitet sich sehr rasch aus. Im Iran werden Menschen auf öffentlichen Plätzen gesteinigt, die Ehebruch begangen haben. Aber nicht nur dieses, Männer und Frauen werden auch getötet für den Gebrauch von Rauschgift und bei Prostitution. Ihr Todeskampf dauert manchmal bis zu einer Stunde. Diese Steinigungen gelten als Absage an die Verwestlichung, als Zeichen der Wiedereinrichtung der ungeteilt islamischen Kultur mit der Charia, deren Vernichtungs-

strafrecht eingeschlossen. Auch in Ländern wie Ägypten und Pakistan sowie anderen islamischen Staaten breitet sich der Fundamentalismus stetig aus.

In der Medienlandschaft gerät vieles in Bewegung. Die meisten von Ihnen leben in Bundesländern, in denen neue Rundfunkgesetze privaten Rundfunk erlauben. Auch die katholische Kirche stellt sich dieser Herausforderung. Am 3. April 1987 wurde in Bonn ein Verein „Katholischer Rundfunk“ gegründet. Neben dem Redakteur „auftrag“, der Schatzmeister wurde, ist eines der Gründungsmitglieder und Vorstandsmitglied auch der Bundesvorsitzende der GKS. Die Absicht des Vereines ist es, den Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen, einen Rundfunk nach ihren Vorstellungen zu gestalten und über einen der neuen Satelliten mit einer eigenen digitalen Frequenz bundesweit auszustrahlen.

Die Auseinandersetzungen mit Pax Christi und dem BDKJ werden uns auch weiterhin beschäftigen. Wie bisher werden wir uns bemühen, im Gespräch zu bleiben und in jedem Fall uns und unsere Arbeit und unseren Dienst für den Frieden sachlich darzustellen. Ob es gelingt, andere zu überzeugen, ist nicht vorrangig. Wir müssen unseren Standpunkt stets erläutern und bereit sein, für ihn auch in den Diskussionen einzustehen. Wie bisher werden wir nicht nachlassen, zu versuchen, andere von unserer Auffassung zu den Diensten für den Frieden zu überzeugen.

Viele Aufgaben und Herausforderungen liegen vor uns. Wir wollen uns ihnen frohen Mutes und in christlicher Verantwortung stellen. Dabei gilt es nicht nur zu reagieren, uns und unseren Standpunkt zu verteidigen, sondern auch durch Überzeugen und durch unser Leben erkennbar unseren Standpunkt anderen Menschen zu vermitteln.

Wir, die Angehörigen der GKS, leben die Grundwerte. Wir werden treu und redlich unsere Pflicht erfüllen als Soldaten und Katholiken. Auch Rückschläge und eigene Schwächen sollen uns nicht hindern, ausdauernd und zuverlässig Verteidiger des Glaubens zu sein und für die Grundwerte einzustehen.

Den Berichten folgte die Ansprache des Moderators des Priesterrates, Militärpfarrer Ferdi Vater:

Grüsse des Priesterrates

Im Namen und auf ausdrückliche Bitte überbringe ich Ihnen zur 27. Woche der Begegnung die herzlichsten Grüße des Priesterrates des Kathol. Militärbischofs. Ich persönlich danke für die Einladung und sage gleich am Anfang: Ich freue mich, daß ich hier sein darf, und das aus zwei Gründen: 1. weil ich innerhalb der Kirche unter den Soldaten neue Leute kennenlernen darf und 2. weil ich von Natur aus neugierig bin. Ich denke, eine gesunde Neugier muß den Militärggeistlichen zu eigen sein, nämlich zu schauen, wie der Geist Gottes in anderen Menschen wirkt, welche Kräfte und gute Taten er bei Ihnen auslöst.

Wären wir nicht neugierig, wär das für die Kirche fast eine Katastrophe. Es hieße, daß wir Pfarrer alleine alles wüßten und könnten. Oft hat es ja so den Anschein. Also, es kann gar nicht anders sein, die Kirche des Herrn muß von der Partnerschaft der Vielen leben. Gewiß: Alle Funktionsträger haben ihre eigenen Konferenzen und Ideen. Aber von da aus müssen die einzelnen Ergebnisse zusammentreffen, dann erst wird Kirche sichtbar. Ich meine, anders geht das nicht! Also, schauen wir aufeinander, überlegen zusammen und packen das Werk gemeinsam an. In der Mitte ist der Herr, und dem müssen wir auch noch was zum Tun überlassen.

„Grundwerte leben“. Darüber machen wir uns (haben wir uns gemacht) in diesen Tagen ernste Gedanken. Dieses Thema ist höchstaktuell, ist höchstnotwendig. Wir erleben den immer noch fortschreitenden Auszug aus unserer Kirche. Nach einer von mir noch nicht gelesenen, aber im Radio gehörten Information einer Umfrage einer Zeitschrift über den Lebenssinn der Menschen soll es da heißen, daß 70% der Katholiken in ihrer Kirche keine Antwort auf die Lebensfragen erhalten. Wenn das stimmt, muß das sehr erschrecken. Bei neu hinzukommenden Rekruten ist große Kirchenferne, fast totale Glaubenslosigkeit spürbar, nicht selten auch Belustigung hörbar über eine Kirche, die völlig an der Zeit und den Menschen vorbeilebe.

Aber auch anderes hören wir neuerdings: Einzelne Soldaten, junge Soldaten, bekennen sich mutig zu ihrem Glauben und ihrer Kirche, und siehe — sie werden von den anderen neugierig beäugt, vorsichtig befragt und als informative Gesprächspartner gehört. Ich denke, aus diesen Zeichen müssen wir lernen — zu verkünden, sei es gelegen oder ungelegen. Dabei meint Verkündigung keine Vorlesungen, sondern den gelebten Glauben, an uns erfahrbar.

Zu *unserer* Glaubwürdigkeit gibt es allerdings eine ganz wichtige Voraussetzung: Wir, die wir uns Gedanken machen, sei es im Priesterrat, in der Zentralen Versammlung, in den GKS-Kreisen, in den Pfarrgemeinderäten oder anderen Versammlungen, wir müssen die ersten sein, an denen Grundwerte, und dazu zähle ich mit Sicherheit den Glauben, abgelesen werden können. Für mich ist die Notwendigkeit Grundlage aller verschiedenen Bemühungen aller Laien- und Priesterarbeit. Wir haben in dieser Woche Gelegenheit, das zu beweisen, im Umgang untereinander.

Nicht nur der Priester, jeder Getaufte ist Bote, Zeuge, Missionar, Gesandter Gottes. Die Welt sucht und schreit nach Antworten. Sind die nicht eigentlich schon naheliegend, vor allem in unserer stetigen Bereitschaft zu Metanoia, der Bereitschaft zur Umkehr von liebgegewonnenen Gewohnheiten, etablierten Meinungen, institutionellen Versuchungen — hin zu Demut, die ich für den wichtigsten aller christlichen Grundwerte halte.

Das *alles* ist an *alle* in der Kirche adressiert und kann nur von *allen* bewerkstelligt werden. Räte und Versammlungen sind wichtig, aber nicht alles. Die Bewährung und Verlebendigung kommt erst dann, wenn ich mich alleine auf den Weg zur den Werten mache — und da bin ich oft einsam. Räte und Versammlungen sind nur Hilfsmittel, Vehikel, zur eigentlichen, d.h. persönlichen Arbeit im Weinberg des Herrn.

Ich bin eingeladen worden, evtl. ein paar Gedanken zur Mitwirkung der Laien zu sagen. Ich denke, ich habe das getan. Darum wünsche ich dieser Versammlung Freude, Frohsinn, Erfolg. Sie dürfen sicher sein, daß ich den Priesterrat gerne und mit hoffentlich ganz vielen Neuigkeiten informieren werde, und zwar in der Weise, so möchte ich konsequent bleiben — daß unser Tun immer mehr gemeinsam wird.

Der Höhepunkt des Tages war dann das Pontifikalamt in der Pfarrkirche Hl. Kreuz in der Heimvolkshochschule Kardinal von Galen.

Der Gottesdienst, der auch von zahlreichen Gästen und auch von Gläubigen aus der Umgebung besucht wurde, erhielt einen besonderen Rahmen durch die musikalische Gestaltung durch das Luftwaffenmusikkorps 3, Münster.

In solchen Stunden klingt das Gotteslob noch festlicher. Und man kann sich vorstellen, daß ein solches Lob, verbunden mit innigem Mitbeten und frohem Mitsingen, umrahmt von der Kunst der hohen Musik, zu einem vertieften Glaubenserlebnis führen kann.

Unser Bischof, in Anwesenheit des Offizials von Vechta, Weihbischof Dr. Max Georg Freiherr von Twickel, fand dann auch in Begrüßung und Predigt eindringliche Worte.

Begrüßung

beim Gottesdienst während der Woche der Begegnung, Mittwoch, den 29. April 1987

Sehr verehrte Gäste,
Schwestern und Brüder in Christus!

Wir feiern heute das Fest der heiligen Katharina von Siena. Sie lebte im 14. Jahrhundert. In der Gemeinschaft der Gläubigen bleibt sie in der Erinnerung als eine außerordentliche Gestalt, die mit scharfem Verstand, mit großem persönlichen Mut und mit unerschütterlichem Glauben Anteil nahm am öffentlichen Leben, Stellung nahm in den kirchlichen und politischen Angelegenheiten ihrer Zeit. Sie wurde nicht müde, bis an die Wurzeln der Mißstände zu gehen, die sie anklagte. Und diese Wurzeln fand sie im Verhalten der Personen, in den Einstellungen und Haltungen der Menschen. Sie wurde nicht müde, jeden von ihnen zur Änderung seiner Gesinnung und seines Verhaltens aufzurufen!

Es ist ein guter Zufall, daß wir heute ihr Fest feiern, wenn Sie, liebe Delegierte aus den Pfarrgemeinderäten und örtlichen Kreisen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten sich mit Ihrem Militärbischof zum Gottesdienst versammeln. Auch uns macht Katharina von Siena aufmerksam auf die Bedeutung, die persönliches Verhalten, persönliche Umkehr und Bekehrung bis hin in das politische und soziale Leben haben. Hören wir also heute ihren Ruf, daß auch wir uns zum Herrn bekehren!

Predigt

beim Gottesdienst während der Woche der Begegnung — Fest der heiligen Katharina von Siena

Verehrte Gäste,
liebe Schwestern und Brüder im Herrn!

Sie sind auch in diesem Jahr zur „Woche der Begegnung“ zusammengekommen. Dabei wollen Sie auch darüber beraten, wie Sie, wie katholische Soldaten, wie Christen als Bürger unseres Staates Grundwerte leben und für Grundwerte eintreten können. Ich glaube, daß ich Ihre Themenstellung richtig verstehe, wenn ich dabei die Frage nach der spezifischen politischen und sozialen Verantwortung der Christen in einer pluralistischen Gesellschaft und in einer Demokratie erkenne.

Ich möchte Sie bitten, bei diesem Gottesdienst der Frage nach dieser Verantwortung nachzugehen. Am Vorabend des Papstbesuches in unserem Land möchte ich Sie an das Abschiedswort erinnern, das unser Heiliger Vater am Ende seines ersten Besuches in Deutschland im November 1980 gesprochen hat. Er sprach von der Zukunft Europas, der er wünschte, „daß sich in ihr jene Zivilisation der Liebe verwirklicht, die vom Geist des Evangeliums inspiriert und zugleich auch zutiefst humanistisch ist“. Und er präzierte dabei, was er unter jener „Zivilisation der Liebe“ versteht:

„Die Liebe gestattet allen, sich wirklich frei und in der Würde gleich zu fühlen. Dazu muß auch die Politik einer aufrichtigen Solidarität mitbeitragen, die es unmöglich macht, daß

sich jemand des anderen zu seinem eigenen Nutzen bedient. Zugleich schließt sie jede Form der Ausbeutung und Unterdrückung aus.“

In seinem Abschiedswort bezog der Heilige Vater diese Äußerung unmittelbar auf die Gestaltung von Europa. Doch läßt sich leicht erkennen, daß sich jene Forderung auf jedes politische, soziale, internationale Zusammenleben von Menschen beziehen läßt, das eine Ordnung verlangt, die der Würde des Menschen und seiner Bestimmung angemessen ist.

Papst Johannes Paul II. hat in den vergangenen Jahren den Aufruf zu einer „Zivilisation der Liebe“ oft wiederholt. Nicht zuletzt in Zusammenhang mit der Entwicklung der Völker und in seinen Botschaften zum jährlichen Welttag des Friedens!

„Zivilisation der Liebe“ — unser Heiliger Vater stellt sich damit in die Reihe seiner Vorgänger, entspricht dem Geist des II. Vatikanischen Konzils, wenn er sich nicht scheut, die Liebe als einen der Grundwerte zu nennen, die das soziale, staatliche und internationale Zusammenleben bestimmen müssen. Er nennt die Liebe in einem Atemzug mit den Grundwerten Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit und mißt ihr so eine grundlegende und spezifische Bedeutung für das Handeln des Christen in dieser Welt bei. Wenn er so mit der Nächstenliebe eine soziale und politische Dimension eröffnet, so weiß er sich dabei gebunden an das Gebot, das unser Herr Jesus Christus selbst als das wichtigste genannt hat:

„Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit all deinen Gedanken. Das ist das wichtigste und erste Gebot. Ebenso wichtig ist das zweite: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. An diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz samt den Propheten.“ (Mt 22,37—40)

Liebe also als grundlegende und spezifische Orientierung der Verantwortung der Christen. Zivilisation der Liebe als die Summe der Bemühungen, eine auf der Wahrheit gegründete, sich an der Gerechtigkeit orientierende und die Freiheit sichernde und fördernde Ordnung der menschlichen Gemeinschaft aufzubauen. Lassen Sie mich zu Ihrem Verständnis dieses „Grundwertes“ Liebe einige Hinweise geben!

1. Wollen wir uns von dieser grundlegenden Orientierung leiten lassen, ist es notwendig, daß wir diesen Begriff recht verstehen! Er sollte nicht abgleiten ins Sentimentale und Affektive noch in blauäugige Schwärmerei. Er sollte auch nicht begrenzt und verengt werden auf den Bereich des Privaten — oder wie wir in einer unzulässigen Verkümmernung sagen: auf den Bereich des Persönlichen. Wenn wir uns unter das Gebot des Herrn stellen, ist auch der politische und soziale Bereich in keiner Weise von der Verpflichtung der Nächstenliebe ausgenommen. Ebenso wenig wie die beruflichen Verpflichtungen, die Arbeitswelt, der Alltag. Wollen wir dem Gebot der Nächstenliebe entsprechen, werden wir die Verpflichtung zur Nächstenliebe auch auf jenen Gebieten anerkennen müssen, die unserem Verständnis von christlicher Pflicht oft allzu ferne liegen. Liebe ist vom Ursprung des Gebotes her auch ein politisches und soziales Gestaltungselement!

2. Wenn Liebe wie ein Sauerteig bis in die entferntesten Bereiche des sozialen Lebens wirken soll, verlangt dies, daß Christen sich darüber Gedanken machen, wer ihnen der Näch-

ste ist. Wir verbilligen das Gebot der Nächstenliebe auf eine unerträgliche Weise, wenn wir als Nächsten nur akzeptieren, der uns nahe steht: der uns nahe steht aus Sympathie und Zuneigung, weil er mit uns gemeinsame Interessen und Ansichten hat, weil er uns verbunden ist in der gleichen Gesinnung! Wir würden die Chancen der Nächstenliebe vertun und das Gebot des Herrn verraten, wenn wir dieser Versuchung nachgeben!

Paulus hat von seinen Gemeinden und Christen mehr gefordert! Er hat den Christen, die aus dem Judentum kamen, zugemutet, die Heidenchristen „als Mitbürger und Hausgenossen Gottes“ anzunehmen (vgl. Eph 2,19). Er hat unter Berufung auf die Erlösungstat Christi Frieden für die „Fernen und Nahen“ verkündet (vgl. Eph 2,17). Diese ersten Christen haben erlernen müssen, daß als Folge der Erlösung auch die Fremden und die anderen vor Gott gleichen Rechtes sind: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid einer in Christus Jesus.“ (Gal 3,28)

So weit geht also die Verpflichtung der Nächstenliebe! Wir Heutigen werden lernen müssen, diese Spannweite auch in der ganzen Widersprüchlichkeit, ja Gegensätzlichkeit unserer pluralistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Wir werden unsere Nächsten suchen und finden müssen — jenseits der Grenzen von Meinungen, Absichten und Interessen, unterschiedlicher Überzeugungen und Gesinnungsgenossenschaften! Freilich! Wie sich Nächstenliebe als soziale Beziehung im Konkreten vollzieht, ist immer auch von der Konstellation abhängig, in der Menschen sich einander zuordnen. Nächstenliebe sieht sicherlich anders aus innerhalb der Familie als im Rahmen der großen Politik. Dies darf jedoch nicht von der Verpflichtung ablenken, selbst die unterschiedlichsten Bezüge und Beziehungen im Lichte und in der Inspiration der Nächstenliebe zu gestalten. Dies bedeutet, auch den Fremden, den Andersdenkenden, den Widersprechenden und sich Widersetzenden zu sehen in seiner Würde als Mensch, die in der Gottesebenbildlichkeit gründet. Auch der Andere und Fremde hat einen Anspruch darauf, von den Christen als Kind des gemeinsamen Vaters, als Bruder und Schwester in Christus angenommen zu werden!

3. Erst die Liebe gestatte — so Papst Johannes Paul II. —, sich wirklich frei und in der Würde gleich zu fühlen. Dazu müsse auch die Politik einer aufrichtigen Solidarität mitbeitragen, die es unmöglich mache, daß sich jemand des anderen zu seinem eigenen Nutzen bedient. Gibt es also eine Kluft zwischen behaupteter und wirklicher Freiheit — zwischen Theorie und Praxis der Solidarität? Die Worte des Papstes lassen Skepsis erkennen. Reichen Verfassung und Recht aus, jene Kluft zu schließen? Reicht es aus, sich zur verfassungsrechtlichen Ordnung und ihren Werten öffentlich und deutlich zu bekennen? Sicherlich sind solche Ordnungen und das Bekenntnis zu ihnen wichtig — im Grunde reichen sie nicht aus, um wirkliche Freiheit und aufrichtige Solidarität zu gewährleisten!

Dazu ist noch etwas anderes verlangt: Den Grundwerten, zu denen man sich bekennt, müssen persönliche Grundhaltungen entsprechen. Eine politische und soziale Verantwortung, die sich von Grundwerten leiten läßt, verlangt aus ihrer Natur heraus, daß die Menschen sich entsprechend diesen Grundwerten verhalten. Das Bekenntnis zu den Grundwerten wird erst dann glaubwürdig, wenn der, der sich zu ihnen bekennt, Wahrheit, Ge-

rechtigkeit, Liebe und Freiheit zu seiner eigenen, zu seiner ganz persönlichen Sache macht.

Erst da, wo das Wissen um die Grundwerte in Grundhaltungen übergeht, kann geleistet werden, was geleistet werden muß — wirkliche Freiheit und aufrichtige Solidarität! Solche Grundhaltungen entstehen dort, wo der Mensch sich vom Gebot der Nächstenliebe leiten läßt; wo er den Mitmenschen versteht und annimmt als einen Nächsten, als das Kind des gemeinsamen Vaters, als Schwester und Bruder in Christus. Wer sich also um Grundwerte in dieser Gesellschaft und zum jetzigen Zeitpunkt bemüht, wird neben aller intellektueller Klärung auch lernen müssen, daß Schritte nach vorn nur möglich sind, wenn Menschen bereit sind, ihr Verhalten zu ändern. Wenn Menschen bereit sind, sich zu bekehren im biblischen Sinn; sich unter das Gebot der Nächstenliebe zu stellen und daraus Folgerungen zu ziehen — nicht nur für das persönliche und private, sondern auch für das öffentliche und politische Leben. Wenn Menschen bereit sind, bei aller Gegensätzlichkeit der Überzeugungen und Interessen so miteinander umzugehen, wie es denen entspricht, die auch im Fremden, im Andersdenkenden den Nächsten sehen.

4. Betrachten wir die politischen Grundorientierungen Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit und deren inneren Zusammenhang im Lichte und unter der Perspektive des Gebotes der Nächstenliebe, so entdecken wir einen wesentlichen, oft verborgenen oder gar verschwiegene Umstand:

Freiheit ist sicherlich immer Entscheidungsfreiheit, Wahlmöglichkeit, Selbstbestimmung. Freiheit aber kommt zu sich selbst nur dann, wenn sie sich dazu entschließt, konkrete Verantwortung zu übernehmen, die Erfüllung von Pflichten nicht abzuweisen und der menschlichen Gemeinschaft Hilfe und Beistand zu leisten. Freiheit kommt in der Übernahme von Verantwortung für andere, in Hilfe und Beistand für andere zu ihrem Sinn! Für diese Verantwortung kennt unsere christliche Gemeinschaft die Begriffe Dienst und Dienen. Das II. Vatikanum hat nicht gezögert, dieses Wort den Soldaten zuzubilligen: „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“. Seither ist dieses Wort oft wiederholt worden, von den Päpsten, den Bischöfen in aller Welt. Und es ist oft und oft wiederholt worden, daß dem Soldaten die Würde des Dienens zukommt, wenn und insofern er diesen seinen Dienst stellt in den Zusammenhang von Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit; wenn er, der Soldat, sich von diesen Grundwerten leiten läßt; wenn er, der Soldat, durch sein persönliches Verhalten und seine Haltung sein Eintreten für die Grundwerte beglaubigt.

Darum beglückwünsche ich Sie, liebe Soldaten aus den Pfarrgemeinderäten und den Kreisen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, daß Sie sich dieses Themas in der Woche der Begegnung gestellt haben. Sie leisten einen wichtigen Beitrag, wenn es Ihnen in diesen Tagen gelingt, bis zu der Frage nach Ihren persönlichen Grundhaltungen durchzudringen. Ob die Mitbürger, die Gesellschaft, auch die Kirche, den Soldaten ihrer Streitkräfte vertrauen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es den Soldaten gelingt, glaubhaft zu machen, daß es ihnen persönlich ernst ist um Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit. Glaubwür-

digkeit entsteht da, wenn den Grundwerten, für die man eintritt, die persönliche Grundhaltung entspricht!

Sie, liebe Soldaten, leisten mit Ihren Bemühungen um das Thema „Grundwerte leben und für Grundwerte eintreten“ auch unserer kirchlichen Gemeinschaft einen wichtigen Dienst. Ihre Überlegungen sind hilfreich, um das spezifisch Christliche an unserer politischen und sozialen Verantwortung zu erkennen und auszudrücken. Mit diesen Überlegungen leisten Sie einen wichtigen Beitrag für die Wahrnehmung der Weltverantwortung, die der Kirche als ganzer obliegt. Möge Ihnen in diesen Tagen, vor allem aber in Ihrem Alltag, das Gebot der Nächstenliebe immer Inspiration und Orientierung geben! Amen.

Nach dem feierlichen Gotteslob hatte der Militärbischof zu einem Empfang geladen.

Die Gästeliste umfaßte Namen, die im öffentlichen Leben einen hohen Stellenwert haben.

Sie waren der Einladung des Bischofs gefolgt, aber auch, wie sich in vielen Gesprächen zeigte, um ihre Verbundenheit mit den Soldaten zu bekunden. — Dank, daß sie gekommen sind. —

Die Fülle der Reden gipfelte im Bekenntnis zu Recht und Ordnung in einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat.

Der Vorsitzende des ZV sagte:

Grußwort

Die zentrale Veranstaltung der katholischen Militärseelsorge für die Laien ihres Bereiches findet in diesem Jahr im Wehrbereich II statt, der die Bundesländer Niedersachsen und Bremen umfaßt.

Mit der diesjährigen Tagung haben die Laiengremien des Katholischen Militärbischofs eine Rundreise durch unser Land abgeschlossen: Wir waren zu Gast in allen Wehrbereichen.

Jede der Tagungsstätten, in denen wir uns in den vergangenen Jahren getroffen haben, hatte ihr eigenes Fluidum und prägte jeweils unsere Beratungen. Da war die burgartige fürstbischöfliche Residenz in Freising, da war die marktartig offen wirkende Atmosphäre der evangelischen Akademie in Bad Segeberg, da war die mittelalterliche Umgebung des Klosters Himmelpforten in Würzburg und der nüchterne Zweckbau der nach dem Zweiten Weltkrieg in Königstein/Taunus angesiedelten Ostpriesterhilfe. Auch diese Tagungsstätte wird ihren Namen in der Laienarbeit des Jurisdiktionsbereiches des Katholischen Militärbischofs hinterlassen. Es ist ein Bereich — ganz anders als die übrigen Diözesen unseres Landes. Der reicht mit seinen Seelsorgebezirken von Flensburg bis Sardinien, von Braunschweig bis El Paso/Texas. Vertreter dieser Seelsorgebezirke nehmen an der laufenden Tagung hier in Stapelfeld teil.

Engagierte Laien finden bekanntlich in der katholischen Kirche Deutschlands seit über 100 Jahren ein Betätigungsfeld in den Verbänden, die in von ihnen selbst bestimmten

Sach-, Berufs- und Lebensbereichen wirken und dort in der Konfrontation mit den Problemen des Alltags Zeugnis für die Botschaft Christi geben.

Seit dem II. Vatikanischen Konzil hat das Engagement von Laien in der katholischen Kirche Deutschlands ein zweites Standbein in den dem Amt auf der jeweiligen Ebene zugeordneten beratenden Gremien.

Während die Verbände sich Schwerpunktaufgaben auswählen, sind die Räte von der Pfarrei über das Dekanat bis zum Bistum immer dem Ganzen der Kirche verpflichtet und müssen sich für „organisierte“ und „nicht organisierte Katholiken“ verantwortlich fühlen.

Die gerade beschriebene Struktur der Laienarbeit ist in allen Diözesen der Bundesrepublik Deutschland, so auch im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs anzutreffen.

Die verbandsähnliche Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) umfaßt 110 Kreise mit über 5000 Mitgliedern, die sich vor allem die Aufgabe gestellt haben,

- einen Beitrag zur Verwirklichung des Glaubens zu leisten und
- das Verantwortungsbewußtsein für den soldatischen Auftrag und für gesellschaftliche Forderungen zu schärfen.

Als beratende Gremien sind im Jurisdiktionsbereich in 115 Seelsorgebezirken Pfarrgemeinderäte vorhanden, die alle 4 Jahre gewählt werden. Sie entsenden Delegierte in die Arbeitskonferenz zur Beratung des Wehrbereichsdekans. Aus Delegierten der Arbeitskonferenzen und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) setzt sich die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten zusammen. Sie ist das vom Militärbischof anerkannte Organ zur Förderung und Koordinierung der Kräfte des Laienapostolates in seinem Jurisdiktionsbereich.

Was beschäftigt im Jahre 1987 die Laien in der Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr?

Das ist zum ersten die Frage, wie in der stark verdünnten religiösen Luft der Streitkräfte des Missionslandes Bundesrepublik Deutschland Seelsorge zu leisten ist, damit sie den Menschen trifft. Ist sie so aktuell und den besonderen Lebensbedingungen von Soldaten und ihren Angehörigen angepaßt, daß sie das Evangelium vernehmen können?

Leitthema der Woche ist: „Grundwerte leben!“ Angesichts der Tatsache, daß in unserem Land noch immer ungeborene Kinder zur Behebung sozialer Mißstände getötet werden, daß der Sonntag als Ruhetag von Arbeitgebern und auch Gewerkschaften im Interesse wirtschaftlicher Vorteile zur Disposition gestellt wird, daß der Wehrbeauftragte das Klima in den Streitkräften kühl nannte, machen wir uns Gedanken, welche Wertvorstellungen den Alltag in unserem Land beeinflussen. Haben die den Grundrechten unseres Gesetzgebers zugrundeliegenden Grundwerte für das Zusammenleben der Menschen noch eine Bedeutung? Was verteidigen wir als Soldaten, wenn diese Grundwerte relativiert werden? Der Konsens über die Grundwerte entscheidet über die Zukunft unseres Landes!

Die Zukunft unseres Landes wird auch von der Friedensbewegung beeinflusst. Wir Soldaten verteidigen überzeugt die Meinungsfreiheit und das Recht, Kriegsdienst aus Gewissensgründen verweigern zu können. Wir sind allerdings besorgt, wenn christlich und demokratisch gebundene Vertreter der Friedensbewegung die von ihnen zu erwartende Toleranz gegenüber Andersdenkenden vermissen lassen.

Wir sind sehr besorgt, wenn Angehörige der Friedensbewegung in ihren Lageanalysen bestimmte Tatsachen offensichtlich bewußt immer wieder ausblenden.

Wir sind äußerst beunruhigt, wenn Mitglieder kirchlicher und demokratischer Organisationen sich dem Dienst am Gemeinwohl unseres Landes verweigern, zum Rechtsbruch aufrufen und die Aktionseinheit mit sogenannten „Friedenskräften“ suchen, deren erklärtes Ziel es ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Landes zu beseitigen.

Als Soldaten maßen wir uns an, etwas von Sicherheits- und Militärpolitik zu verstehen; darum können wir feststellen: Die Kriegsgefahr, die manche in den letzten Wochen wieder in grellen Farben auf ihre Transparente gemalt haben, ist zur Zeit unbedeutend gegenüber der Legitimitätskrise, in die Verfechter totalitärer und ideologischer Systeme unsere freiheitliche demokratische Grundordnung hineindemonstrieren möchten.

Zur Abwehr der Bedrohung von Freiheit und Recht sind alle Bürger unseres Landes aufgerufen.

Zur Verteidigung eines Friedens, „der durch die Achtung der Menschenwürde und konkrete Freiheiten bestimmt wird“, gehört die geistige Auseinandersetzung im Sinne des Friedenswortes der deutschen Bischöfe mit Ideologien, die der Menschheit das Paradies verheißen, für den Menschen aber zur Hölle werden.

Der, dessen Namen dieses Haus trägt, hat wie ein Löwe ideologische Vorstellungen und das daraus gewachsene Unrecht bekämpft; das letztlich Unfriede und Unheil in nicht vorstellbarem Umfang gebär.

Verteidigen wir alle unser Land gegen Unrecht, Unfreiheit und Unfriede — und zwar „Nec laudibus, nec timore!“ —, dem Wahlspruch des Kardinals von Galen entsprechend.

Von besonderer Eindringlichkeit war auch das Grußwort von Generalmajor Hubert Marquitan. Er sagte als hoher Truppenführer und als Vater eines wehrpflichtigen Sohnes, daß der Soldat einen Bedarf an Seelsorge habe. In den Fragen seines Berufes bedürfe der Soldat mehr als einmal einer Richtschnur. Und letztlich könnte da nur das im Glauben gewachsene Gewissen ein verläßlicher Ratgeber sein.

Manch einem, der erstmals bei einer solchen Konferenz anwesend war, wurde dann bei den Ansprachen der politischen Vertreter deutlich, daß auch in der gelösteren Atmosphäre eines Empfanges der Ernst, die dokumentative Aussage und die ergänzende Kommunikation von Bedeutung sind.

Die Gäste

Weihbischof Dr. Max Georg Freiherr von TWICKEL
Oberst i. G. DÖSCHER, Vertreter d. Kommandeurs 4. LwDiv. Aurich
Oberstleutnant HAVERMANN, Vorsitzender d. Zentralen Versammlung
Dr. KRÄMER, Präsident der Wehrbereichsverwaltung II
Generalmajor MARQUITAN, Kommandeur des Lufttransportkommandos
Herr MEIER-HEMELSBÜREN, Vertreter von Landrat Schewe
Oberstleutnant i. G. SCHULZ, Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten
Bürgermeister Dipl.-Ing. THONEMANN
Oberstleutnant dG URRISK, Generalsekretär des Apostolat Militaire International
Militärgeneralvikar Prälat Dr. NIERMANN
Hermann BÖNING, Vorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands
Generalstaatsanwalt CLOPPENBURG, Vorsitzender des Diözesanpastoralrates Münster
Prof. Dr. JACOB, Leiter des Seelsorgeamtes Osnabrück
Oberst PUNZ, Apostolat Militaire International
Militärdekan Prälat Dr. QUITTER, Kath. Wehrbereichsdekan II
Oberst RAPPE, Kommandeur HTG 64
Oberkreisdirektor RAUSCH
Dr. SCHRÖDER, Leiter der Heimvolkshochschule Kardinal-v.-Galen
Prof. Dr. KUROPKA

Der Abend klang in einer Fülle von Einzelgesprächen aus. Bischöfe und Gäste suchten die Kontakte mit den Delegierten. Und mehr kann man sich nicht wünschen.

Auch hier muß etwas anerkannt werden, was allzuleicht vergessen wird. Die Heimvolkshochschule hat unter ihrem Leiter Dr. Real in der relativ kurzen Zeit nach Sitzungsende und der Rückkehr der Delegierten vom Pontifikalamt Vorhalle und Sitzungssaal in festliche Räumlichkeiten verwandelt. Wer um die Arbeit weiß, die solche Umstellung macht, kann nur mit Hochachtung danken.

Ebenso vollendet war dann das, was an Speis und Trank geboten wurde. Es ist nicht leicht, den goldenen Mittelweg für eine Gastlichkeit zu finden. Der Chronist meint, daß hier unser Bischof mit seinen verantwortlichen Herren im KMBA den richtigen Rahmen gewählt hat.

Und das Haus hat alles mit erkennbarer Liebe bereitet (das bezieht sich nicht nur auf Qualität, Dekoration, sondern auch auf die Organisation und das Darreichen). Wenn man in seinem Berufsleben mit solchen Dingen lange zu tun hatte, dann kann man in diesem Falle nur eine hohe Anerkennung zollen — und dort auch sagen: „Vergelt's Gott“.

Donnerstag, 30. April 1987

Nach der morgendlichen Messe und dem aufmunternden Frühstück folgten die Ergebnisberichte vor dem Bischof und dem Plenum.

Sie sind in verkürzter Form nachstehend abgedruckt.

Arbeitsgruppe 1 – Kurzprotokoll

Thema: Eintreten für die Grundwerte/Grundrechte im Truppenalltag und in der Menschenführung

Die Diskussionsteilnehmer erarbeiteten zunächst in einem generellen Vorspann eine Verbindungslinie von den Grundrechten im Grundgesetz – hier vor allem Artikel 1(1) – zu dem im Soldatengesetz festgelegten Normen und Pflichtenkatalog wie Grundpflicht, Eintreten für die demokratische Grundordnung, Treue, Tapferkeit, Beispiel in Haltung und Pflichterfüllung, Fürsorge, Gehorsam, zurückhaltende Kameradschaft u. a.

In einem 2. Schritt wurden dann in einer Situationsanalyse am Beispiel des Jahresberichtes des Wehrbeauftragten, des Appells des Generalinspektors Admiral Dieter Wellershoff in seiner Koblenzer Januarrede am Zentrum Innere Führung, „Werte im Truppenalltag erlebbar zu machen“, und eigener negativer Erfahrungen einzelner Arbeitsgruppenmitglieder versucht, einen Ist-Zustand aufzubringen.

Breiten Raum nahm hierbei vor allem der Aspekt Freizeit ein. Die Achtung der Menschenwürde wurde als geheime Mitte und tragende Säule aller christlichen Grundwerte besonders herausgehoben.

In einem 3. und Hauptschnitt wurde anhand eines idealtypischen Vorgesetzten der Bundeswehr versucht, deutlich zu machen, wie man für christliche Grundwerte in der Soldatenwerkstatt der Ethik wirken müßte.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Schlüssel für den Umgang mit Menschen im Bewußtsein für die Würde des Menschen liegt, wird dieser Führer

- für die Kameraden und Mitarbeiter beten
- über religiöse Fragen sprechen
- Zeit investieren, um Sinnfragen der menschlichen Existenz zu diskutieren
- Sinn bieten, wenn er Leistung fordert
- Wir-Gefühle vermitteln und vor allem die Neuen in die Mitte nehmen
- auf den anderen zugehen, eingehen
- Raum geben für Kreativität und Beteiligung
- den informellen Gedankenaustausch pflegen
- Lob und Anerkennung bevorzugen
- ein Beispiel geben in Haltung und Pflichterfüllung
- Zurechtweisungen bei fehlerhaftem Verhalten in menschlicher Form vornehmen
- Mut zur Erziehung haben
- bei zotenhaften Bemerkungen und Witzen auf Kosten anderer und bei Verletzung der Würde der Frau eingreifen
- den Mut haben, Verstöße gegen die Menschenwürde abzustellen oder zu melden
- Rücksicht nehmen auf die natürliche Ungleichheit der Menschen, was Begabungen, Fähigkeiten, Überzeugungen und Neigungen angeht
- allen gleiche Chancen dafür gewährleisten, sich entfalten und Leistungen vollbringen zu können

- das Gefühl vermitteln, daß der andere gebraucht und akzeptiert wird
- Menschen nicht als Störgrößen betrachten
- andere öffnen für die verpflichtenden Ansprüche der Grundwerte
- sich bemühen um eine gute Atmosphäre bei Unterrichten, Gesprächen, Konferenzen
- Verantwortung nicht auf andere abschieben
- Entscheidungen dann korrigieren, wenn sich Folgen als negativ für den Einzelnen oder die Gesamtheit erweisen
- dafür Sorge tragen, daß das System nicht über dem Menschen steht
- sich Zeit nehmen und zuhören, besonders im Umgang mit schwierigen Soldaten
- sich um kranke Soldaten kümmern
- seine Kameraden, wenn sie zu besonderen Diensten (Wache, Unteroffizier vom Dienst, Feldwebel vom Wachdienst, Bereitschaftsdienst) eingeteilt sind, nach Dienst und an den Wochenenden besuchen
- Kontakt zu den Militärseelsorgern halten
- einen störungsfreien lebenskundlichen Unterricht/Offizierarbeitsgemeinschaft ermöglichen und die Teilnahme an Wallfahrten/Exerzitien ermöglichen
- sein Dienstzimmer so gestalten, daß seine christliche Lebenshaltung zum Ausdruck kommt.

Die Arbeitsgruppe war sich im klaren, daß die aufgezeigten Ansprüche an das Führungsverhalten, welches vor allem die Achtung vor der Würde der Menschen voraussetzt, groß sind. Wir alle haben die Möglichkeit und die Pflicht, Verbesserungen herbeizuführen. Dies erfordert unser aller Einsatz. Jeder muß dazu beitragen, daß die Grundüberzeugungen lebendig bleiben und, wo vernachlässigt, wieder neu aufleben im Alltag. Da muß auch jeder bereit sein, für die Verwirklichung des Guten das Kreuz des Schweren auf sich zu nehmen.

Arbeitsgruppe 2 — Kurzprotokoll

Verwirklichung der Grundwerte / Grundrechte in Ehe und Familie

In Ehe und Familie findet die Menschenwürde ihren Ausdruck in der Anerkennung der Person des Partners und des Kindes, diese dem Alter des Kindes gemäß.

Grundwerte erfordern zu ihrer Verwirklichung Grundhaltungen, die in der Familie vorgelebt werden müssen, um sie an die Kinder weiterzugeben.

Die Bedeutung des guten Beispiels wurde vielfach betont. Grundhaltungen bündeln sich in den vier Kardinaltugenden: Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Maß.

Wenn man das Gute auch unbewußt vorleben kann, so ist es doch hilfreich, sich dieses, sich Grundwerte und Grundhaltungen bewußt zu machen.

Dazu können geeignete Veranstaltungen auf GKS-Kreis- und Wehrbereichsebene dienen.

Für die Entwicklung der Kinder, für die Erziehung zu verantwortungsbewußten Menschen ist es notwendig, daß sie Grundhaltungen erleben. Sie müssen erkennen können, daß

Maßhalten, Verzichten, Gerechtigkeit und Liebe Werte darstellen, die hilfreich und gut sind.

Das gleiche gilt für das gemeinsame Gebet in der Familie und bei Veranstaltungen der GKS.

Vergessen werden soll auch nicht das Gebet für die und in der Familie.

Zum Eintreten für Grundwerte und Grundrechte gehört unverzichtbar, das Recht des ungeborenen Kindes zu fordern. Es gehört auch die Fürsorge für die Alten dazu.

Neben dem, was jeder persönlich für die Verwirklichung von Grundwerten und Grundrechten in Ehe und Familie tun kann, ist der Staat gefordert, die Voraussetzungen für eine gesunde Familie im Sinne des Verfassungsgebotes — des Schutzes der Familie — zu schaffen.

Arbeitsgruppe 3 — Kurzprotokoll

Grundwerte/-rechte in der Freizeit

Das, was die Arbeitsgruppe 3 beschäftigt hat, kann mit folgender Fragestellung eingefangen werden:

Könnte es nicht sein,

- daß wir zwar unsere Tagesarbeit noch korrekt verrichten, aber schlampig umgehen mit unserem kostbaren Gut, der Freizeit?
- daß wir sie mit unserer „Erholung“, unserer Bequemlichkeit, unserer Lässigkeit verplempern?
- daß jedes Familienmitglied — und da grasen wir auf der Weide der Arbeitsgruppe 2) — sich in sein Zimmer oder in sich selbst verkriecht, statt daran zu denken, daß nur am Abend die Gemeinsamkeit der Familie Leben und Farbe bekommt?

In diesen Fragen schwingt die Sorge über das mit, was uns herausfordert in einer Gesellschaft, die den Gefährdungen einer Konsum- und Freizeitgesellschaft ausgesetzt ist, einer Gesellschaft, die Freiheit — jedenfalls in manchen Bereichen — auf Freizeit verkürzt oder mit Freiheit Beliebigkeit meint.

Die Gruppe hat sich darauf geeinigt, unter Freizeit jene Zeit zu verstehen, über die der einzelne frei verfügen kann, über die also nicht fremd bestimmt wird. Diese Ansicht vertritt, wie wir gestern gehört haben, auch Prälat Bocklet, der etwa ausgedrückt hat, Freizeit sei nicht das „Dolce far niente“, sondern „zweckfreie Zeit zum Menschsein und Menschwerden“.

Um schließlich auch etwas Greifbares einzubringen, hier einige Beispiele, die zeigen, an was man denken sollte, wenn man Grundwerte in der Freizeit umsetzen und leben will:

- Wie gehen wir mit der Schöpfung um
(verwirklichen wir uns auf Kosten der Umwelt)?

- Wie gehen wir mit dem Mitmenschen um
(stören wir sie mit unserer Freizeitgestaltung)?
- Wie gehen wir mit unserer Familie um?

Negativbeispiele

- Rasenmähen in der Mittagsstunde
- Radiolärm auf dem Campingplatz
- Belästigungen von Schwimmern durch Motorbootfahren oder Surfen.

Positive Beispiele

- sonntägliche Ruhe
- Gottesdienstbesuch
- Gemeinschaft erleben
- Familie erleben
- in der Familie gemeinsam spielen, wandern, singen.

Freizeit ist keine Zeit ohne Grundwerte.

Schlußbemerkung:

Grundwerte kann man nicht nur in der Familie, im Beruf oder der Freizeit leben. Grundwerte und Grundhaltungen müssen die ganze Person durchdringen und zu allen Lebenslagen unser Denken, Reden und Tun bestimmen.

Oberster Grundwert ist die Menschenwürde.

Sie resultiert aus der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Sie wird beschrieben durch die Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Liebe, Wahrheit, Treue und Frieden.

Die Grundrechte, wie sie in der Verfassung festgelegt sind, konkretisieren sie und schützen sie. Sie machen sie einklagbar.

„Grundwerte leben“

Auswertung der Fragebogenaktion gem. Rundbrief 2/87 (Stand 8. 4. 1987)

I. Statistik

1. Auf die Fragebogenaktion hin erfolgten insgesamt 25 Rückäußerungen. Darunter waren

- 1 Bitte um Terminverlängerung (Osnabrück),
- 1 Fragebogen unbearbeitet, weil Thema zu abstrakt (Lüneburg),
- 1 Referat zum Thema (Bertram),
- 2 Briefe zum Thema (Granrath, Ernst),

2 Protokolle von Arbeitskonferenzen (WB IV und V), in denen das Thema behandelt wurde,

18 Fragebogen ausgefüllt und beantwortet (Ahrweiler, Bonn, Diez, Günzburg, Hammelburg, Ingolstadt, Kappeln, Kaufbeuren, Kerpen, Koblenz, Laupheim, Leipheim, Nörvenich, Passau, Stetten a. k. M., Wuppertal und Jermer [priv.]).

2. Die Reaktion war in etwa erwartet, zumal die Zahl für eine Bearbeitung sehr kurz und die Aufgabenstellung nicht einfach war. Das Ziel der Aktion, die Basis an das Jahresthema heranzuführen, Interesse zu wecken und die Diskussion innerhalb der GKS möglichst in alle Kreise hineinzutragen, scheint erreicht, auch wenn bei weitem nicht alle Kreise antworteten. All denen, die es getan haben, herzlichen Dank!

3. Während der 27. Woche der Begegnung in Stapelfeld werden sich Arbeitsgruppen mit dem Thema befassen. Für sie stellen die Beiträge eine wichtige Arbeitsgrundlage dar. Die hier vorgenommene Auswertung hat wegen der Kürze der Zeit nur provisorischen Charakter.

4. Bei der Beantwortung kam es nicht darauf an, „richtige Musterantworten“, wie bei einem Test, zu liefern, sondern seine persönlichen Ansichten darzustellen. Dennoch gab es in manchen Bereichen überraschende Übereinstimmungen, bei manchen Fragen aber auch sehr unterschiedliche Auffassungen. Die Antworten sind als Anlage beigelegt. (Nur für Arbeitsgruppen je 1.)

II. Inhalt

1. Die Frage nach den Grundwerten erbrachte weitgehende Übereinstimmung: Grundwerte sind „für die Menschen existentiell...“ und haben „fundamentale Bedeutung“. Sie gehen von der Würde des Menschen aus. Die Menschenwürde ist aus der Sicht des Christen in der Ebenbildlichkeit mit Gott begründet. Insofern ist eine Unterscheidung zwischen christlichen und allgemeinen, d. h. nicht typisch christlichen Grundwerten möglich. Sie bilden jedoch keinen Gegensatz, sondern ergänzen einander.

An erster Stelle christlicher Werte steht die Nächstenliebe, zusammen mit den Tugenden Glaube, Hoffnung und Liebe. Die 10 Gebote bestimmen verbindlich, welche Grundwerte es zu bewahren gilt. Allerdings gibt es hier schon Überschneidungen zu den sogenannten „allgemeinen“ Grundwerten, z. B. Wahrheit, Recht auf Leben, Toleranz, Treue. Ebenso verhält es sich mit den häufig genannten Kardinaltugenden: Klugheit, Tapferkeit und das rechte Maß. Typische „allgemeine“ Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität.

2. Einig waren sich die Befragten auch darin, woran Grundwerte zu erkennen sind (Wesen):

Grundwerte sind allgemein gültige, zeitlose und unveräußerliche Normen. Sie geben Orientierung für unser Leben.

3. Wie zeigen sich Grundwerte?

In Staat und Gesellschaft sind sie festgelegt in der Verfassung (freiheitlicher, demokratischer und sozialer Rechtsstaat) und in den Gesetzen. Für uns Soldaten werden sie im Soldatengesetz als Auftrag ausdrücklich genannt: „treu zu dienen, Recht und Freiheit tapfer zu verteidigen“. Kameradschaft, Vorbild und Fürsorge gehören dazu.

In Ehe und Familie zeigen sich Grundwerte — so meint die Mehrzahl der Befragten — vor allem im gegenseitigen Respekt und in der Achtung des anderen (Partner, Kinder). Erst mit einigem Abstand wird „Liebe“ genannt. Dies mag verwundern. Vermutlich wird davon ausgegangen, daß sich beide Werte gegenseitig bedingen. Zu den Grundwerten, wie sie sich in der Kirche zeigen, gehören die Verkündung der Botschaft Jesu, die Linderung der Not, Mission und das Einstehen für die Menschenwürde und Menschenrechte.

Sehr unterschiedliche Aussagen ergaben sich naturgemäß auf die Frage, wie sich Grundwerte in der Freizeit äußerten. Das Spektrum reicht vom „freiwilligen Sozialdienst“ über „sonntäglichen Kirchgang“ bis hin zum „Hobby“. Als Schwerpunkt ist gegenseitige Rücksichtnahme im Zusammenleben zu erkennen.

4. Problematisch schien die Frage nach den „besonders wichtigen“ Grundwerten und jenen, die vernachlässigt würden. Manchmal lautete die Antwort in beiden Fällen: alle.

Die Fragestellung wurde gewählt, um aufgrund individueller Antworten möglicherweise Schwerpunkte erkennen zu können. Als wichtigster Grundwert wurde die Freiheit genannt, das Recht des ungeborenen Lebens schien den meisten z. Z. vernachlässigt. Insofern ist eine Tendenz zu sehen. Bei beiden Fragen stand an 2. Stelle die Menschenwürde. Dies stimmt bedenklich, da sie einerseits als sehr wichtig eingestuft wird, andererseits offenbar in weiten Bereichen zu wenig Beachtung findet.

5. Unserem Staat wird ein gutes Zeugnis ausgestellt. Nahezu alle Befragten gaben an, daß Grundwerte in unserem Grundgesetz, in Parteiprogrammen und in unserer Demokratie verwirklicht seien. Allerdings wurde einschränkend erwähnt, daß eine Verwirklichung immer nur angestrebt werden könne, nie ganz erreichbar ist. Grundwerte verwirklichen könne außerdem nur das Individuum, der Staat gewähre lediglich dazu die Voraussetzungen. Der Großteil der Befragten machte allerdings diese Differenzierung nicht. Noch deutlicher wurden die Aussagen zur Verwirklichung im Beruf als Soldat: Der Mehrheit reichte die Bindung an die Rechtsordnung, hier das Soldatengesetz, aus, um die Grundwerte schon verwirklicht zu sehen. Im dienstlichen Alltag gibt es offenbar keine Schwierigkeiten.

Unklar blieb das Bild im persönlichen Bereich (Ehe und Familie). Schwerpunkte, wie Grundwerte dort verwirklicht seien, ließen sich nicht erkennen. Genannt wurden u. a. Schutz der Familie, Elternrecht, faire Partnerschaft, Vertrauen, Achtung und Geduld. Ganz eindeutig war jedoch die Aussage für den Bereich des GKS-Kreises. Die gegenseitige Achtung als Grundwert ist in den meisten Kreisen verwirklicht.

Dies spricht für die GKS.

Sehr schwierig war offenbar die Frage nach der Verwirklichung in der Freizeit. Wenn überhaupt, wurden nur sehr individuelle Anregungen gegeben: z.B. Nachdenken über den Sinn des Lebens oder Hobby.

6. Das Jahresthema 87/88 „Grundwerte leben“ wurde überwiegend als Appell interpretiert. Es soll nachdenklich machen. Von der Diskussion über die Grundwerte versprechen sich die meisten Anregungen für ihr weiteres Leben, erwarten Hilfestellungen bzw. Vorbilder. Bis auf zwei fühlten sich alle Beteiligten vom Thema angesprochen. Leider hat sich ein Großteil der Kreise nicht geäußert. Ob sie sich nicht angesprochen fühlten?

Heinz Köpflinger

Sachausschuß „Konzeption“

Damit wird deutlich, daß das Anliegen des Bundesvorstandes erkannt ist. Zugleich aber wird erkennbar, daß hier noch eine Menge Arbeit notwendig ist, um alle Tiefen des Themas auszuloten und vor allem in erfahrbare Worte im Alltag umzusetzen.

Die Berichte einer größeren Zahl von Kreisen liegen vor. Sie müssen noch ausgewertet und zusammen mit einer Übersicht der Auswertung der Fragebogenaktion aufgearbeitet werden. Eine Aufgabe, die die Redaktion voraussichtlich erst im Herbst leisten kann.

Selbstverständlich wurden auch die Ergebnisse der anderen Arbeitsgruppen der ZV vorgetragen.

Unser Bischof nahm die Darstellungen interessiert zur Kenntnis. Sie müssen nun bearbeitet werden. Erst dann sind diese zur Veröffentlichung freizugeben.

Unser Militärbischof faßte sodann den Dank — seinen Dank — an all die Verantwortungen, zusammen. Er nannte die Leiter der Arbeitsgruppen, den Moderator, den Vorsitzenden der ZV, die Delegierten, aber auch die Angehörigen des KMBA, den geistlichen Beirat, Msgr. W. Theis, seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die Stillen, die man so leicht vergißt.

Zur Sache gab der hochwürdigste Erzbischof noch einige bemerkenswerte Überlegungen mit auf den Weg:

- *Begegnungen müssen weitergeführt werden;*
- *Nur aus den engen Kontakten ergibt sich ein sachgerechtes Umsetzen in den Alltag;*
- *Die Weiterentwicklung der Militärseelsorge (Spiritali militum curae) sei, durch Konzil und Kirchenrecht bedingt, nötig geworden;*
- *Die Statuten der katholischen Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland von 1965 hätten sich grundsätzlich bewährt und blieben die Grundlage für die weitere Arbeit. Wesentliche Änderungen würden eine Minderung nach sich ziehen.*

Dann aber betonte der H.H. Militärbischof in deutlicher Akzentuierung: „Wer die Soldaten ausgrenzt, grenzt auch den Militärbischof aus.“

Langanhaltender Beifall dankte dem Bischof für sein Bekenntnis zur Einheit der Kirche und der Hirten mit den katholischen Soldaten.

Zum Abschluß aber hatte sich unser Militärbischof noch eine besondere Überraschung ausgedacht.

Er überreichte unserem lieben Freund und Kameraden OTL a. D. Emil Kladiwa, der sich besondere Verdienste um die Vorbereitung der „Woche der Begegnung“ erworben hat, die Rupert-Mayer-Plakette in einer der ersten Ausfertigungen. Der brausende Beifall galt dem Bischof als Gebendem und Emil Kladiwa, dem Geschäftsführer der GKS im WB II, als dem Geehrten. Er ist einer von den Stillen im Lande, von denen die Gazetten selten berichten, der aber immer da ist, wenn es etwas zu arbeiten gibt. An dieser Stelle muß bereits vorweg gesagt werden, daß er nach der Fahrt am Donnerstag, die der Erschließung der historischen Dimension von Land und Leuten galt, in spontaner Weise auch von den Delegierten ob seiner Leistungen gefeiert wurde. (Leider konnte an dieser Fahrt kein Vertreter der Redaktion teilnehmen, weil eben auch die „Schreibe“ ein zeitraubendes Geschäft ist. Man muß zuweilen über Dinge schlafen, bevor man sie zu Papier bringt, man muß aber oft auch sofort die „Augenblicke“ festzuhalten versuchen. — Das Los des Journalisten.)

Der Moderator, OFA Dr. Werner dankte dem H. H. Militärbischof für seine bekennenden und weisenden Worte. Und er wies auch darauf hin, daß der Begriff der Wahrheit auf dieser Tagung erstmals in der Predigt unseres Bischofs gefallen sei. Und wie die Wahrheit eben umfassender Bestandteil unseres Lebens sein müsse und nicht verkürzt werden dürfe, müsse man fragen, ob nicht zuweilen die Grundwerte auf die Grundrechte verkürzt worden seien. Aber erst im Zusammenklang mit den Grundpflichten werde ein Grundwert daraus.

Ein weiterer Beitrag zu den vielen Gedankengängen, die durch das Thema der Tagung angeregt wurden.

Wenn eines Tages auch noch die Beiträge aus den Kreisen und Wehrbereichen veröffentlicht werden, sie bedürfen noch der Sichtung und Bearbeitung (z. B. Entfernen von Überschneidungen, Erklärung von Begriffen usw.), dann wird erkennbar, daß hier eine Frage aufgeworfen wurde, die nicht ohne weiteres auf der „Dringlichkeitsliste“ der Kreise zu stehen schien.

Es wird aber deutlich, daß in der heutigen Zeit eine große Unsicherheit im Umgang mit den Werten der Menschen nach klaren Regeln und Konzeptionen ruft. Hierzu einen Beitrag zu leisten bzw. geleistet zu haben ist der Arbeit und des Schweißes der Edlen wert.

Leider kann über den Geschichtsausflug nichts berichtet werden, alldieweil von der Redaktion niemand die Zeit finden konnte, die Zeilen zu entwerfen. Und Spontan-Schreiber werden zwar gesucht, aber leider nicht gefunden.

Aus einer Umfrage — keineswegs repräsentativ — konnte der Chronist jedoch drei Dinge erkennen.

— Die historische Einführung durch Dr. Real brachte für viele eine Fülle von interessanten Neuigkeiten.

- *Der Besuch im Museumsdorf hat Nachdenklichkeit geweckt. Man stellte sich die Frage, was man von seiner deutschen Heimat alles nicht weiß.*
- *Für einige Teilnehmer wurde ein Umdenkungsprozeß signalisiert: Um wieviel eher kann ich Probleme erkennen, die mein Gegenüber hat, wenn ich Land und Leute kennenlernen konnte? Leiden wir — vorwiegend auch die Wehrpflichtigen — darunter, daß man „heimatnahe“ eingezogen werden will und dabei nicht sehen lernt, wie es einige hundert Kilometer weiter in Deutschland aussieht? Eine weitere Frage wurde von einem Teilnehmer in den mittleren Jahren gestellt: Er habe weite Teile Europas gesehen, von der Heimat noch nie soviel wie an jenem Abend.*

Sind nicht alle diese Meinungen auch Beiträge zu unserem Thema?

Ganz allgemein aber wurden gelobt Organisation und Gastfreundschaft und der Einsatz der Helfer mit unserem Freund Emil Kladiwa.

Freitag, 1. Mai 1987

Die 27. Woche der Begegnung klang aus mit der Heiligen Messe am 1. Mai. Der Vorsitzende der ZV und der Bundesvorsitzende der GKS. OTL Heinrich Havermann und OTL i. G. Paul Schulz, sprachen die Schlußworte, sagten Dank für Engagement, Fleiß und Ausdauer.

Der geistliche Beirat, Militärdekan Msgr. Walter Theis, dankte auch seinerseits und erteilte allen den Segen aus der Kraft des Glaubens an die Gnadenfülle Christi.

Die 28. Woche der Begegnung findet vom 2. 5. bis 6. 5. 88 in Bad Honnef statt.

Damit ist die 27. Woche der Begegnung Geschichte.

Es wurden respektable Arbeitsergebnisse erzielt. Die Gemeinschaft der Laien wuchs im Gebet und im heiligen Opfer zusammen. Die GKS stellte durch ihre Wahl Weichen für die Zukunft. Möge Gott diesen Weg segnen und durch seinen Geist begleiten.

Ein Teil unserer Vorstandsmitglieder fuhr am 2. Mai bereits nach München), um in dienerder Ehrfurcht der Seligsprechung von Pater Rupert Mayer, einem ehemaligen Militärseelsorger, beizuwohnen.*

*) Der Besuch des Heiligen Vaters mit dem Bericht über die Seligsprechungen in Köln und München wird in Heft 166 gewürdigt.

Aus GKS und PGR

Flensburg

Diaspora-Sternfahrt

Günter Thye

Dieser Einladung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Flensburg/Glücksburg — einer Laienbewegung katholischer Soldaten in der Bundeswehr — waren am Sonntag, den 24. Mai 87 weit über 100 Soldaten mit ihren Familien aus vielen Standorten Schleswig-Holsteins, aus Hamburg, Nordholz bei Cuxhaven und Karup/Dänemark gefolgt. Internationalen Charakter erhielt der Tag durch die Teilnahme amerikanischer Soldaten mit ihren Familien aus Flensburg-Weiche.

Treffpunkt war die Schiffbrücke Flensburg, von wo aus es mit gecharterten Bussen nach Grafenstein/Dänemark und von dort weiter mit dem Schiff nach Damp 2000 ging. Neben fröhlichem Beisammensein und angeregten Gesprächen war der „Gottesdienst an Bord“, den Militärfarrer Boon aus Belgien (z.Z. Standortpfarrer in Plön) hielt, für viele ein besonderes Erlebnis.

Einem Aufruf der GKS folgend, wurde an Bord eine Spendenaktion durchgeführt.

Der gesammelte Geldbetrag kommt portugiesischen Soldaten zugute, die in Ausübung ihres Dienstes schwer verletzt wurden. Diese Soldaten werden aufgrund bilateraler Verträge im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg behandelt und erhalten dort u. a. Prothesen angepasst.

Die meist jungen Soldaten mit ihren Familien stehen in ihrem Heimatland vielfach vor erheblichen finanziellen Problemen. Diese sollen durch eine Spendenaktion, die mit diesem Aufruf ihren Anfang nahm, gemildert werden.

Bei strahlendem Sonnenschein fand die Veranstaltung am Ausgangspunkt, dem Flensburger Hafen, ihr Ende.

Wehrbereich VI

25 Jahre Dienst in der Militärseelsorge im Wehrbereich VI

Ute Daumann

Arbeitskonferenz in Altötting vom 10./12. 4. 1987 einmal ganz anders! Ludwig Lebschi, Mitarbeiter beim katholischen Wehrbereichsdekan, hatte es sich so gewünscht. Sein Dienstjubiläum wollte er mit den Menschen feiern, für die er schon jahrelang Sorge trug, mit denen er auf verschiedenste Weise verbunden ist — und denen er dient, im Namen unseres Herrn.

Es wurde eine wunderschöne Feier. Für uns Delegierte war es auch eine Freude, unseren Ludwig Lebschi einmal im Kreis seiner Familie zu erleben. Es war auch eine Chance für

uns, Dank zu sagen für all die Hintergrundarbeit, von der man nur etwas merkt, wenn mal etwas nicht gelingt.

Am Nachmittag des Samstages, den 11.4. trafen wir uns zu einem feierlichen Gottesdienst am Grabe Bruder Konrads. Es war ein Dankgottesdienst für einen Weg, den der Herr geführt hat — über alle Höhen und durch alle Tiefen hindurch.

Im Anschluß daran bereiteten uns die Schwestern des Franziskushauses einen stilvollen Empfang. Liebevoller Detail im Tischschmuck sowie bei der Dekoration des Raumes, ein phantasievolles Mahl stimmten uns auf den Festakt ein. Musikalisch wurde dieser durch einen kleinen Neffen und einer kleinen Nichte gestaltet.

Wehrbereichsdekan P. Rafoth wies in einer launigen Rede darauf hin, daß man es hier ja nicht übertreiben solle und eine Heiligsprechung auch nicht zu erwarten sei, jedoch freue er sich, in Ludwig Lebschi einen Mitarbeiter zu ehren, der unser aller Freund ist. Die Urkunde zum 25jährigen Dienstjubiläum wurde vom kath. Militärbischof Elmar Maria Kredel unterzeichnet und durch Dekan P. Rafoth überreicht. Pfarrhelfer Schneider überreichte Wünsche und Geschenk der Pfarrhelferkollegen des Wehrbereiches VI. OTL a.D. Korbinian Weiß überreichte ein persönliches Geschenk. Ihm, OTL. Traßl, dem jetzigen Vorsitzenden der GKS im Wehrbereich VI, und Ludwig Lebschi oblag so manche Organisation der Soldatenwallfahrt nach Lourdes. (Die Züge kamen immer an — alles klappte bestens!) OFa a.D. Dr. Menke, der scheinbar durch die Verkaufsstände eilte und für seinen langjährigen Weggefährten etliche fromme Gegenstände als Geschenk ins Auge faßte, aber auch das vielseitig verwendbare-Bruder Konrad-Wasser verwarf, blieb schließlich an einer Wetterkerze hängen, die wiederum wunderbar auf den von OTL Traßl überreichten wetterfesten und pflegeleichten Edelweißkerzenhalter paßte. Ludwig Lebschi sollte sein Licht nicht unter den Scheffel stellen — in guten wie in schlechten Tagen.

Die Frauen wollten auch nicht schweigen, in einem von Frau Ute Daumann verfaßten Gedicht sagten sie Dank dem Bruder — aber natürlich auch dem unermüdlichen Tänzer!!!

Ludwig Lebschi dankte in seiner abschließenden Red seiner Familie für ihr Kommen, seinen Freunden für ihre Begleitung. Er gedachte seines verstorbenen Kameraden, Herrn Trauner, Kraftfahrer beim ersten Wehrbereichsdekan; seinem ersten Chef, Herrn Prälaten Kuhn, dem ersten Wehrbereichsdekan und auch dem Wehrbereichsdekan a.D., Herrn Michael Seitz galt sein Dank für alle seine Motivation, Dienst in der Militärseelsorge zu tun.

Einen lustigen Ausklang gab es durch Militärpfarrer Lenz Poschenrieder mit seiner „Glockenband“, unterstützt von Pfarrhelfer Schneider sowie der Schwester Oberin des Franziskushauses. Lenz Poschenrieder verfaßte ein Lied:

Auf dem Berge ist es schön,

wo im Inntal König Ludwig Lebschis Hütte steht. . .

denn für diese Hütte in Hochpillberg, ein Angebot der Militärseelsorge an Soldaten und ihre Familien, ist Ludwig Lebschi auch noch verantwortlich.

Eine gemischte Besuchergruppe von Männern und Frauen aus Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, aktive und ehemalige Soldaten, darunter eine Reihe GKS-Mitglieder und Laien in der Militärseelsorge, unserer Streitkräfte, war auf Einladung des Presse- und Informationsamtes in Bonn bei der NATO in Brüssel zu Gast.

Die von MdB Ganz (CDU), Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, und seiner Frau begleitete Gruppe erlebte im NATO-Hauptquartier in Brüssel, bei SHAPE in Casteau, nahe der belgisch-französischen Grenze, und schließlich im NATO-Oberkommando Europa-Mitte AFCENT in den Niederlanden die erwartete gründliche Information über Struktur und Zusammenhänge von Kompetenz und Arbeit dieser NATO-Hauptquartiere in Europa.

Es war mehr als eindrucksvoll, vor Ort zu erfahren, wie höchste politische und militärische Instanzen der 16 Mitgliedsstaaten im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses für die Friedenssicherung in Freiheit eintreten.

Alle Vorbereitungen und Planungen/Entscheidungen der NATO bedürfen der Zustimmung der 16 Mitgliedsstaaten, bevor sie in Kraft treten. Die Außen- und Verteidigungsminister-Konferenzen der NATO-Länder garantieren den aktuellen Stand der Friedenspolitik innerhalb der Allianz. Die NATO ist ein Verteidigungs-Bündnis freier, westlich orientierter demokratischer Staaten gegen bewaffnete Angriffe auf ihre Territorium. Sie setzt sich für die Erhaltung von Frieden, Recht und Freiheit ein (Nordatlantikvertrag vom 4. April 1949 zu Washington D.C./USA).

Im Frage- und Antwortverfahren war nach den Einführungsvorträgen an allen drei Orten den Besuchern reichlich Gelegenheit geboten worden, auch allerneueste Nachrichten über Abrüstungsvorhaben sowie den gegenwärtigen Stand der Abrüstungsverhandlungen in Stockholm, Genf und Wien in die Diskussion mit einzubringen. Nüchternheit und Sachlichkeit beherrschten dabei die Situation.

Man muß die Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen abwarten. Erst diese sind geeignet, Konsequenzen auf das ATLANTISCHE BÜNDNIS herzuleiten.

Dort angesprochen wurde auch der Einfluß von Presse, Rundfunk und Fernsehen auf die öffentliche Meinungsbildung bei uns in der Bundesrepublik und anderswo in Europa. Information ist wichtig und wertvoll.

Desinformation als gezieltes Mittel politischer Auseinandersetzung ist ein Weg, die Bevölkerung in der westlichen Welt zu verunsichern. Ihr muß allorts wirkungsvoll begegnet werden.

Der Besuch bei SHAPE/Belgien und AFCENT/Niederlande vermittelte den in der Sicherheits-/Verteidigungspolitik engagierten und gut orientierten Besuchern aus der Bundesrepublik wertvolle Erkenntnisse, die an unsere Mitbürger weitergegeben werden sollen. Es gilt noch immer der Wahlspruch der NATO-Allianz:

„Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.“

Arbeitskonferenz 1987 — hier speziell AK Frauen — April '87

Seit einiger Zeit bemüht sich der katholische Wehrbereichsdekan Peter Rafoth, den Arbeitskonferenzen für GKS und PGR im Frühjahr und im Herbst einen neuen Touch — eine neue Richtung zu geben.

Nicht so sehr sollte „Verbandspolitik“, sondern mehr die religiöse Auseinandersetzung, Vorträge und anschl. Diskussionen in Arbeitskreisen Ziel einer solchen Konferenz sein.

Wie so oft haben die Frauen auf einer Wehrbereichskonferenz ihr eigenes Podium, ihre eigene Plattform gefunden. Sie sitzen nicht nur stumm und zur „Zierde“ ihrer Männer daneben, nein sie greifen jetzt mit viel Engagement, mit großem Mut zur Offenheit die ihnen gestellten Fragen und Themen auf.

Das Hauptthema dieser Arbeitskonferenz war

„Ich glaube an Gott, den Vater, den Allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde...“

Militärdekan Dr. Happel führte uns mit einem Vortrag in dieses Thema ein, der sehr von tiefer Gläubigkeit und persönlichem Bekenntnis getragen war. Danach blieb den Ak-sen genug Zeit, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

AK Frauen: Wie setze ich dieses Thema in der Familie um?

AK PGR: Wie im Pfarrgemeinderat?

AK GKS: Wie an meinem Arbeitsplatz — im Beruf?

Der AK Frauen stellte vorab fest:

Bei der Themengestaltung waren nur Männer beteiligt. Obwohl es den TN freistand, sich den Ak-sen anzuschließen, beteiligen sich bei dem Thema des AK Frauen lediglich Frauen. Die Männer zogen sich auf ihre eigenen „Domänen“ zurück.

Der AK Frauen fand die ihnen allein aufgebürdete Verantwortung: den Glauben in der Familie zu bekennen, ausgesprochen provokant. Sie fanden sich in der Verantwortung alleingelassen, stellten aber geschlossen fest, daß dies heute leider immer noch stimmt. Dieser Alleingang ist eine große Last. Vergessen wurde auch „großzügigerweise“, daß wir Frauen in und neben der Familie ein soziales Umfeld haben.

Dem Thema zugewandt, fanden wir Frauen, daß Glaubensvermittlung nicht unbedingt nur eine Weitergabe oder Anhäufung von Wissen ist. Gleicherweise gehört zum „Glaubensbekenntnis“, eigene Erfahrung — gute und schwierige — auszusprechen und der Familie mutig weiterzugeben.

Wenn unsere Kinder sich von unserem Glauben abwenden, so ist das für uns sehr schmerzlich. Wir haben Angst vor ihren Umwegen. Wir fragen uns auch oft: Was haben wir falsch gemacht? Ob sich auch unsere Männer ab und an diese Frage stellen?

Dr. Habbels Worte waren uns ein Trost: Gott heilt auch die Irrwege, die Umwege, ja, Er kann sie in Heilswege verwandeln.

Nicht nur unsere Kinder auch unsere Umwelt „mißt“ unsere Glaubwürdigkeit, unsere Wahrhaftigkeit im Glauben:

- am Kirchgang — das empfanden wir nicht als richtig. Sonntags-Christ-Sein allein genügt uns nicht;
- an unserem Verhalten in der Familie. Wie gehen wir miteinander um? Haben wir Mut und Vertrauen und genügend Liebe zur Freiheit — zum Loslassen?

Hammelburg

Eva Albert

Es ist schon zur Tradition geworden, daß der GKS-Kreis Hammelburg in der Fastenzeit eine Bildungsfahrt für seine Mitglieder und Freunde veranstaltet.

Am 5.4.1987 fuhren die ca. 50 Teilnehmer mit dem Bus über Schweinfurt entlang des Mains nach Zeil auf die Höhe der Ausläufer der Haßberge. Von der Ruine Schmachtenberg aus wanderte die Gruppe zum Zeiler Käppele, einer neuromanischen, doppeltürmigen Wallfahrtskirche, die weithin als Silhouette in alle Himmelsrichtungen grüßt. Von hier aus hat man einen herrlichen Blick auf Zeil, das Maintal und den hinter dem Ort Sand aufsteigenden Steigerwald. Nach einer Kaffeepause fuhr der Bus ins nahegelegene Limbach. Hier steht die Wallfahrtskirche Limbach. Sie ist das letzte sakrale Bauwerk des berühmten Barockbaumeisters Balthasar Neumann, dessen Vollendung er selbst nicht mehr erlebte. Sein Sohn beendete den Kirchbau, dessen einzigartige Harmonie nach der letzten Restaurierung erst wieder in ursprünglicher Form zum Ausdruck kommt. Nicht umsonst wird Maria Limbach als ein „Fränkisches Gloria“ gepriesen. Mil.Pfr. W. Witzgall brachte die Schönheit des Gotteshauses in einer kurzen Erklärung der Kirche den Zuhörern nahe. Eine kurze Andacht schloß sich der Führung an.

Im nahegelegenen Sand wurde im Weingut „Goger“ das Abendessen eingenommen, wobei man sich auch den Sandener Wein, einen Goger-Hausschoppen, schmecken ließ, bevor die Heimfahrt angetreten wurde.

Freyung

Heinrich Vierlinger

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant Bringmann,

als ich im Frühjahr 1986 telefonisch bei Ihnen vorsprach, ob denn der Bau eines Glockenturmes in der Kaserne „Am goldenen Steig“ in Freyung bezuschußt werden könne, ließ ich mir nicht träumen, daß Ende des Jahres dieses Werk stehen würde.

Die GKS in Freyung freut sich sehr über diesen gelungenen Bau, und sowohl die Passauer Neue Presse als auch das Passauer Bistumsblatt haben ausführlich darüber berichtet.

Beiliegend übersende ich Ihnen die oben aufgeführten Berichte und bedanke mich noch einmal für Ihre Unterstützung. Herzliche Grüße und nachträglich Glück und Gesundheit fürs neue Jahr.

Bericht aus dem Passauer Bistumsblatt vom 28. Dezember 1986

Ein besonderer Tag war der 18. Dezember für die Militärkirchengemeinde und den Bundeswehrstandort Freyung. Unmittelbar vor dem feierlichen Gelöbnis, das die Rekruten der Ausbildungskompanie ablegten, weihte Militärpfarrer Alfred Hable bei einem Wortgottesdienst den neuen Glockenturm und die neue Glocke.

Ein heftiges Schneegestöber herrschte während des Gottesdienstes, den der katholische Militärpfarrer Hable, zusammen mit seinem Amtsbruder von der evangelischen Kirche, hielt. Alle Soldaten des Standortes sowie zahlreiche Gäste — Eltern und Freunde der Rekruten — wohnten dem Gottesdienst und der Glockenweihe bei. „Was bedeutet so eine Glocke im allgemeinen und besonders hier in der Kaserne — Was unterscheidet sie von einem Alarmsignal?“ fragte Militärpfarrer Hable in seiner Ansprache. „Der Ruf der Glocke ist Mahnung und Trost zugleich. Ihr sollt diesen Ruf nicht nur mit den Ohren vernehmen, sondern auch mit dem Herzen aufnehmen.“ Die Glocke solle einen festen Platz im Alltag des Kasernenlebens bekommen, und die solle nicht nur zu besonderen Anlässen wie Standortgottesdienst, Volkstrauertag, Weltfriedenstag erklingen. „Wie wäre es,“ so der Militärpfarrer, „wenn ein Zwölfuhrläuten oder ein Abendläuten Tradition in dieser Kaserne werden könnte?“

Zum gemeinsam gesungenen Lied „Großer Gott, wir loben dich“ erklang dann die neue Glocke zum ersten Mal. Mit diesem ersten Läuten war aber auch ein trauriger Anlaß verbunden. Die Glocke läutete nämlich auch zum Gedenken an den erst vor wenigen Tagen tödlich verunglückten jungen Soldaten Horst Köck aus der Freyunger Kaserne.

Der Glockenturm in der Freyunger Kaserne sucht im ganzen Wehrbereich VI seinesgleichen. Darüber hinaus sind Militärpfarrer Alfred Hable und der Freyunger Kommandeur, Oberstleutnant Graf von Krockow, besonders stolz. Es war auch ihre gemeinsame Idee. Der Militärpfarrer ging auf die Suche nach einer Glocke und wurde fündig in der Funkkaserne in München. Soldaten aus dem Standort errichteten den Glockenturm, das Holz dazu hatte Sägewerksbesitzer Kreisrat Johann Hilz gespendet.

Munster

Hans Stilbach

Militärische Symbole

In der Kriegsgefangenschaft konnte man erleben, daß einer für eine Handvoll Tabak seinen Trauring hergab. Es gab aber auch Kameraden, die ihren Ring bis zum Letzten verteidigten, wenn er ihnen abgenommen werden sollte. Man kann mitunter den Charakter eines Menschen besser erkennen, wenn man weiß, welche Einstellung er zu solchen Symbolen hat. — Wie Symbole aber auch mißbraucht werden können, zeigte uns eine vergangene Zeit, in der es hieß: „Die Fahne ist mehr als der Tod.“

Im militärischen Bereich kennen wir schon im Altertum als Symbole Standarten, die Feldzeichen der römischen Legionen. — Nach dem Ersten Weltkrieg war der Stahlhelm das

Symbol deutschen Soldatentums. Wir finden ihn oft an Kriegergedächtnisstätten aus dieser Zeit dargestellt. — Bekannt ist das Zeichen des Eisernen Kreuzes als Symbol der Tapferkeit.

Symbole mögen oft einfache Erkennungszeichen gewesen sein. Man denke an die taktischen Zeichen von Truppenverbänden. Im Laufe der Jahre bekamen diese Zeichen für die Angehörigen der Truppenverbände Symbolkraft. Das taktische Zeichen wurde zum Zeichen der Zusammengehörigkeit und des Für-einander-Einstehens, kurz: zum Symbol der Kameradschaft.

Wenn in heutiger Zeit Truppenverbänden Fahnen in den deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold verliehen werden, so ist damit die ständige Bereitschaft der Bundeswehr zum Schutze von Recht und Freiheit des deutschen Volkes symbolisiert.

Über Konfessionen hinweg ist das Kreuz Christi das Symbol der gesamten Christenheit.

Köln

Osternachtliturgie in der Militärpfarrgemeinde Köln

Hans-Dieter Vogels

In der Osternacht trafen sich die Angehörigen der kath. Militärpfarrgemeinde Köln mit Freunden und Bekannten in der Militärpfarrkirche Köln-Longerich, um die Auferstehung des Herrn zu feiern.

Nachdem das Osterfeuer brannte und der helle, wärmende Schein die Dunkelheit erleuchtete, wurde nach einigen einführenden Worten unseres Militärpfarrers J. Erdmann die Osterkerze am lodernden Feuer entzündet.

Anschließend entzündeten alle Anwesenden „ihre“ Osterkerze und zogen singend, im Schein der Kerzen, in die Kirche ein.

Wir dankten Gott, bei flackerndem Kerzenschein, mit Gebet und Gesang für die wunderbare Auferstehung seines Sohnes, der uns durch seinen Tod und seine Auferstehung neues Leben geschenkt hat.

So war es wohl für uns alle, in Anbetracht dieser Tatsache, ein beglückendes Gefühl, gerade an diesem Abend mitzuerleben, wie ein Kind durch die Taufe von der Erbsünde befreit und „Gottes Kind“ wurde.

Um nach der Freude und Besinnlichkeit an der Eucharistiefeier nicht gleich wieder in den Alltagslärm hinaus zu müssen, versammelten sich die anwesenden Gemeindemitglieder noch zu einem kurzen Beisammensein — bei einem Glas Rotwein und Weißbrot — im Vorraum der Kirche.

Wehrbereich I / Bereich See

Soldaten helfen ihren portugiesischen Kameraden

Hilfe für kriegsverletzte, portugiesische Soldaten und ihre Familien

S. Günther/G. Thye

Seit vielen Jahren werden im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg Rehabilitationsmaßnahmen für schwerverwundete, portugiesische Soldaten durchgeführt. Viele von uns wissen davon bzw. haben von anderen Kameraden etwas darüber gehört. Die Verwundungen der Portugiesen sind auf die Einsätze in den ehemaligen Kolonien Mosambik und Angola zurückzuführen. Wir haben erfahren, daß die finanzielle Versorgung dieser Soldaten und ihrer Angehörigen sehr schlecht ist. Das arme Land Portugal wird auch zukünftig keine ausreichenden Mittel dafür bereitstellen können. Wir sind als Gemeinschaft Katholischer Soldaten zusammen mit Portugal und anderen Ländern Mitglied im Apostolat Militaire International (AMI).

In Kenntnis der oben genannten Tatsachen rufen die beiden Bereichsvorstände zur Spendenaktion um Unterstützung kriegsverletzter, portugiesischer Soldaten und deren Familienangehörigen auf. — Warum in die Ferne schweifen, wenn Kameraden, die im Bündnis mit uns, für die gleiche Sache eintreten, unserer Hilfe bedürfen. — Wenn unsere Spendengelder auch nur begrenzte Möglichkeiten eröffnen, werden wir doch einzelnen besonders hart betroffenen Familien helfen bzw. bereits vorhandene Sozialeinrichtungen der Militärseelsorge unterstützen können. Eine erste Spendenübergabe an den portugiesischen Militärbischof erfolgt anlässlich der AMI-Konferenz vom 14.—22. Juni 1987 in Lissabon.

Konto für die Hilfsaktion:

Raiffeisenbank Glücksburg

Kto.-Nr.: 1020087

BLZ: 21069304

Siegfried Günther
Vorsitzender Bereich I

Günter Thye
Vorsitzender Bereich See

Gießen/Wetzlar

Militärdekan Prälät Hubert Bittorf verabschiedet den Standortpfarrer der Seelsorgebezirke Gießen und Wetzlar, Pfarrer Jürgen Nabbefeld

Thomas Wißner

Mit einem Festgottesdienst in der St. Thomas Morus-Kirche verabschiedete der Wehrbereichsdekan IV, Militärdekan Prälät Hubert Bittorf den Standortpfarrer der Seelsorgebezirke Gießen und Wetzlar, Militärpfarrer Jürgen Nabbefeld. Der scheidende Militärgeistliche hatte seit Januar 1981 die Aufgaben für den Seelsorgebezirk Gießen, dazu gehören die Standorte Gießen, Marburg, Frankenberg und Lich, versehen. Seit Mai 1986 wurde er von der Diözese Mainz, wie bereits in den Monaten Okt. 1983 bis April 1984, mit der Wahrnehmung der Seelsorgetätigkeit für den Standort Wetzlar, mit den Standorten Wetzlar, Herborn-Seelsbach und Waldsolms betraut. Der 1949 in Bad Nauheim (Hessen) geborene

und am 29. Mai 1976 in Mainz mit der Priesterweihe versehene Nabbefeld übernimmt auf Rückruf durch den Bischof von Mainz ein neues Aufgabengebiet als Direktor beim Diözesancharitasverband in Mainz. Sein Nachfolger für die beiden Seelsorgebezirke Gießen u. Wetzlar wird Pfarrer Alfred Heil, der bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben von Pastoralreferent Hubert Münchmeyer unterstützt wird. Mit seinem Ausscheiden aus der Militärseelsorge endet auch Nabbefelds Tätigkeit als Vorsitzender des Bezirkspersonalrates beim Katholischen Militärbischofsamt in Bonn, das er seit Mai 1985 ausübte.

PS.: zu Flensburg S. 93 und S. 100:

Eine erste Spende von 1000 DM wurde bei der AMI-Konferenz 1987 im Juni in Fatima an die portugiesischen Kameraden übergeben.

Frieden und Sicherheit

Sicherheit und Überraschungsangriff Gedanken zur sowjetischen Militärdoktrin und Strategie

Karl-Wilhelm Becker

Im Weißbuch 1985 zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr wird die Militärstrategie des Warschauer Paktes (WP) angesprochen. Sie ist — so das Weißbuch — die politische Richtlinie der sowjetischen Partei- und Staatsführung für die Streitkräfte des Warschauer Paktes. Sie ist von den machtpolitischen Zielen abgeleitet und bezieht die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ein. Sie berücksichtigt Erkenntnisse aus den Militärwissenschaften und hierbei besonders aus der Kriegsgeschichte. In der Militärstrategie werden politische Vorgaben der Militärdoktrin in konkrete Aufträge an die Streitkräfte umgeformt. Die Militärstrategie beschreibt die Art eines Krieges, die Vorbereitung des Landes auf einen Krieg, die Methoden der Kriegsführung und die Organisation der Streitkräfte. Während im Westen das Ziel der Kriegsverhinderung und Konfliktdämmung auch die Militärstrategie des Bündnisses beherrscht — wer etwas anderes aussagt, verfälscht die Aufgabe des Bündnisses und damit der Bundeswehr —, ist die sowjetische Militärstrategie darauf angelegt, im Falle eines Krieges in die Offensive zu gehen — was sehr selten im Westen zur Kenntnis genommen wird — und einen militärischen Sieg über die Nato herbeizuführen.

Wenn die sowjetische Führung jemals die politische Entscheidung für einen Angriff gegen die Nato treffen würde, wird sie diesen Konflikt als den entscheidenden Krieg zwischen zwei antagonistischen Staats- und Gesellschaftsordnungen betrachten und führen. In diesem Fall ist der Angriff die vorherrschende Form des Kampfes. Angriff führt nach den militärstrategischen Vorstellungen des Warschauer Paktes zur vollständigen Vernichtung des Feindes auf dessen Territorium und zum Sieg des überlegenen Systems. Als wesentliche Voraussetzungen für diesen Erfolg gelten Geheimhaltung, Überraschung, Initiative und der schnelle Stoß in die Tiefe.

Militärische Operationen dürfen nicht losgelöst von der politischen Zielsetzung und von der jeweiligen aktuellen politischen Lage gesehen werden. Darüber hinaus ist die Wahl einer bestimmten Option immer abhängig von den Erfolgsaussichten, die durch die politische und militärische Lage beim Gegner wesentlich bestimmt wird. Es besteht kein Zweifel daran, daß der Warschauer Pakt — besonders jedoch die Sowjetunion — in den letzten fünfzehn Jahren systematisch die Fähigkeit zu einem konventionellen Angriff nach kürzerer Vorbereitung gesteigert hat. Der US-Militärexperte Phillip A. Karber hat diesen Sachverhalt bereits im Jahre 1982 festgestellt. Hierzu führt er u. a. aus: „1980 war die konventionelle Bewaffnung der aktiven Verbände des Warschauer Paktes in Mitteleuropa so weit verstärkt, daß ihr Umfang vor Beginn einer Mobilisierung größer gewesen wäre als die Zahl konventioneller Waffen, die 1965 nach einer dreißigtägigen Mobilisierung und einer Verstärkung um 30 Divisionen zur Verfügung gestanden hätten. Anders ausgedrückt, der

Warschauer Pakt hat durch einen fünfzehnjährigen planmäßigen Aufbau das militärische Kräfteverhältnis wirksamer verändert, als er es vergleichsweise 1965 durch eine Verstärkung seiner vorne stationierten Streitkräfte um mehr als 30 Divisionen vermocht hätte — und dies, ohne eine Gegenmobilisierung der Nato auszulösen.

Die sowjetische Strategie räumt sowohl der ausreichenden Vorbereitung ihrer Streitkräfte für eine Offensive als auch der Verschleierung solcher Vorbereitungen einen hohen Stellenwert ein. Mit ihrer derzeitigen Konzeption, starke, einsatzbereite und äußerst bewegliche Landstreitkräfte mit einem beträchtlichen zugehörigen Transport- und Logistikpotential weit vorne zu dislozieren, schaffen sie die Möglichkeit, die Nato-Streitkräfte bei Ausbruch von Feindseligkeiten in weit größerem Maße unvorbereitet und in verwundbarem Zustand zu treffen, als dies früher der Fall gewesen ist. In der Vergangenheit mußte der Warschauer Pakt überdies seine taktischen Luftangriffskräfte vor Angriffsbeginn nach vorne verlegen. Heute haben die Angriffsflugzeuge der dritten Generation jedoch eine so große Reichweite, daß sie auch von rückwärtigen Flugplätzen aus tief in den Nato-Abchnitt Mitte eindringen können. Selbst eine nur begrenzte Überraschung durch die Verschleierung der Vorbereitungen der gegnerischen Luftstreitkräfte würde die Wirksamkeit der Erst- und Folge-Angriffe dieser Kräfte gegen die nuklearen Mittelstreckensysteme — Theater Nuclear Forces — und die konventionellen Lufteinsatzmittel der Nato erhöhen.

Bei der Modernisierung der Warschauer Pakt-Streitkräfte wurde der Fähigkeit besonderes Gewicht beigemessen, die verschiedenen Formen der Feuerunterstützung im Zusammenspiel mit äußerst beweglichen Angriffs-Kampfverbänden zusammenzufassen. Jede Komponente der Verbundenen Waffen — Flugzeuge und Flugkörper, Kampftruppen für die Führung des ersten Angriffs und nachfolgende Verbände — hat ihre eigene Zielgruppe. Die Warschauer Pakt-Luftstreitkräfte hätten den Auftrag, die nuklearen Mittelstreckensysteme — TNF — und konventionelle Luftstreitkräfte der Nato niederzukämpfen und andere Vorrangziele anzugreifen. Diese werden durch verbesserte taktische Boden/Boden-Flugkörper ergänzt, denen man heute eine konventionelle Einsatzmöglichkeit zumißt, ebenso wie die chemische und nukleare, auf die ihre Vorgänger begrenzt waren. Ihre Einführung seit dem ersten ESECS-Bericht dürfte die Möglichkeit umfassender Warschauer Pakt-Lufteinsätze gegen das TNF-Potential (Nukleare Mittelstreckensysteme) und die konventionellen Luftstreitkräfte der Nato beträchtlich erhöhen.

Die einen ersten Angriff der Warschauer Pakt-Armeen durchführenden Kräfte hätten zum Ziel, die vorderen Verteidigungsstellungen der Nato an mehreren Stellen in die Tiefe zu durchbrechen. Der Warschauer Pakt hat neue Generationen von Kampf- und Schützenpanzern mit größerem Tempo eingeführt, als dies bei der Nato im Rahmen ihrer Modernisierungsprogramme der Fall war. Artillerie auf Selbstfahrlafette und eine Generation von Luftverteidigungssystemen sowie Kampfhubschrauber und moderne Luftnahunterstützungsflugzeuge geben ihrer Feuerkraft neue Dimensionen. Darüber hinaus haben die Sowjets neue gemischte Verbände aufgestellt — die sogenannten „Operativen Manövergruppen“ (Operational Maneuver Groups, OMG) —, die zusätzlich Stoßkraft und entsprechenden Angriffsschwing bringen.

Bei dieser Einsatzkonzeption muß immer sichergestellt werden — und das ist eine ihrer Grundforderungen —, daß hoher Angriffsschwung aufrechterhalten und Einbrüche in die vorderen Verteidigungsstellungen der Nato schnell ausgenutzt werden. Welcher Doktrin auch immer der Warschauer Pakt folgt — klassische Durchbruchoperationen mit Panzermassierungen oder Einsatz operativer Manövergruppen auf mehreren Angriffssachsen —, er muß seine nachfolgenden Verbände in nahegelegenen Verfügungsräumen bereithalten, um den Angriff durch Ablösung der erschöpften Spitzenverbände oder durch Ausnutzung von Anfangserfolgen in Fluß halten zu können. Um die Folge-Kräfte zum richtigen Zeitpunkt und am richtigen Ort einsetzen zu können, bedarf es einer kompetenten und kontinuierlichen Führung. Nur so ist der Zusammenhang der Operation gesichert.

Wenn irgendwo in Westeuropa über die sowjetische Militärdoktrin und Militärstrategie diskutiert und beraten wird, dann beruft man sich gewöhnlich auf das von Marschall Sokolowskij im Jahre 1962 herausgegebene Werk „Militärstrategie“. Die Bedeutung, die die UdSSR diesem Buch beimißt, läßt sich bereits an einigen bibliographischen Daten fixieren. Die zweite Auflage in russischer Sprache erschien 1963, die dritte Auflage im Jahr 1968. Mit der dritten Auflage wurden in der Sowjetunion innerhalb von sieben Jahren mehr als hunderttausend Exemplare aufgelegt. Viele sind zudem in Bibliotheken eingestellt, so eine Sonderausgabe von 30000 Exemplaren in die „Bibliothek des Offiziers“. Sämtliche Ausgaben wurden in viele andere Sprachen übersetzt — darunter auch ins Englische und Deutsche — und eingehend kommentiert. Die „Militärstrategie“ enthält grundsätzliche Ausführungen zu allen Problemen der Militärwissenschaft und gilt zu Recht als das sowjetische Standardwerk. Bald stellte sich jedoch heraus, daß der Drang nach Vollständigkeit bei diesem Werk seine Tücken hatte. Die Aussagen in ihm zur militärischen Überlegenheit der Sowjetunion und zu ihrer Fähigkeit, einen Nuklearkrieg zu gewinnen, förderte nicht gerade den Ruf, ein friedliebendes Land zu sein. Das berühmte militärische Standardwerk wurde so zu einer großen Belastung der Sowjetunion im Ausland. Inzwischen hatte die UdSSR auch so gewaltig aufgerüstet, daß die ständige Betonung ihres militärischen Übergewichts gegenüber dem Westen sich praktisch nur negativ auswirken mußte. Jedenfalls entschloß sich die sowjetische Führung, auf eine vierte Ausgabe der „Militärstrategie“ zu verzichten und zu einer neuen Darstellung der sowjetischen Militärdoktrin überzugehen. So entstand das neue Standardwerk „Sowjetische Militärenzyklopädie“ — herausgegeben zwischen 1976 und 1980. Hier wird die früher geschlossene Darstellung der sowjetischen Militärdoktrin in der „Militär-Strategie“ durch eine Sammlung von Stichworten zu fast allen militärischen Fragen ersetzt. Wenn man heute über die Militärdoktrin der UdSSR diskutiert und nur die von Marschall Sokolowskij herausgegebene „Militär-Strategie“ in Betracht zieht, wird immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß man das neue Standardwerk die „Sowjetische Militärenzyklopädie“ — einfach nicht zur Kenntnis genommen habe. In diesem Zusammenhang stellt sich für den aufmerksamen Betrachter die Frage, wie die heutige Militärdoktrin und Militärstrategie einzuschätzen und einzuordnen ist. Hier ist ganz besonders das westliche Bündnis — die Nato — gefordert.

Die sowjetische Führung geht jedoch in ihren Überlegungen davon aus, daß der Krieg mit dem Westen jederzeit eine konkrete Möglichkeit ist. Der Grund dafür liegt nach Moskau in der Natur der westlichen Gesellschaftsordnung, die nicht nur als „kapitalistisch“, sondern auch generell als „imperialistisch“ gilt. Die „sozialökonomische Ordnung“ der westlichen Staaten, die von der Existenz des Privateigentums bestimmt sei, lasse keine zuverlässige Kriegsverhütung zu. Sie führe jedoch auch „nicht automatisch zum Ausbruch des Krieges“, denn dazu bedürfe es zusätzlich „einer ganzen Reihe von konkreten, direkten Gründen“. Demnach ist klar, daß ein Krieg zwischen Ost und West, falls er ausbräche, „der Sowjetunion durch die Imperialisten aufgezwungen“ wäre. Diese Aussage bildet den unveränderlichen Eckstein der sowjetischen Militärdoktrin. Eine andere Möglichkeit spielt in den sowjetischen Überlegungen keine Rolle. Für die Sowjetunion ist der einzig denkbare Kriegsfall der „Überfall eines Aggressors“ auf die UdSSR. Ein künftiger Weltkrieg könne nur dann ausbrechen — so die sowjetische Auffassung —, wenn er von den „Imperialisten“ provoziert würde. Die Grundvorstellung zur äußeren Sicherheit der UdSSR geht davon aus, daß der Sowjetunion als einem sozialistischen Staat räuberische Kriege fremd sind und daß sie keinen einzigen Staat, ob im Westen oder Osten — angreifen wird.

Die Führung der UdSSR nimmt für sich in Anspruch, daß ihre Außenpolitik stets einen „friedlichen Charakter“ besitzt. Damit verbindet sich aber auch die erklärte „Bereitschaft, einem Aggressor eine gebührende Abfuhr zu erteilen“. Darum ist eine „rechtzeitige und allseitige Vorbereitung des sozialistischen Staates und des gesamten Volkes auf die Abwehr einer Aggression“ zwingend notwendig. Eine „ungeschwächte Aufmerksamkeit“ soll einer „Verstärkung der Verteidigung des Landes“ dienen. Das erklärte Ziel der sowjetischen Militärpolitik ist eine „konsequente Verstärkung der materiellen Grundlagen der Verteidigungsfähigkeit des Landes und der Kampfmacht der Streitkräfte“. Diese Politik — so heißt es in der UdSSR — habe eine „zutiefst defensive Ausrichtung“.

Man denke in der Sowjetunion auch nicht an „irgendwelche präventive Schläge oder vorbedachte Angriffe“. Auch deshalb spielt der Begriff „Verteidigung“ — *oborana* — in der außenpolitischen Argumentation der UdSSR eine zentrale Rolle. Immer wenn Rußland in einen Krieg verwickelt werden sollte, würde es demzufolge immer nur zum Zwecke der Verteidigung Kampf aufnehmen. Das Ausmaß des Rüstens wird — laut amtlicher Moskauer Erklärung — durch eine defensive Orientierung des sowjetischen Handelns bestimmt. Trotz dieses defensiven Charakters der sowjetischen Militärdoktrin erscheinen im Falle eines Krieges gegen die Nato offensive Operationen dringend erforderlich. Dies schrieb kein geringerer als Marschall Ogarkov — bis 1984 Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte. Er ist auch verantwortlich für die derzeitige sowjetische Militärpolitik. Nach dem Tode von Marschall Grêcko im Frühjahr 1973 war er der verantwortliche Herausgeber der Bände III bis VIII der „Sowjetischen Militärenzyklopädie“. Alle Verantwortlichen im Westen — Politiker und Militärs — sollten schon deshalb diese Aussage sehr ernst nehmen und in ihr strategisches Kalkül einbeziehen. Für den Erfolg eines derartigen Angriffs des Warschauer Paktes auf die Nato in Europa ist von entscheidender Bedeutung, ob die

Nato durch eine derartige offensive Operation völlig überrascht wird oder ob es den Nato-Streitkräften gelingt, einen ersten Angriff der Warschauer Pakt-Streitkräfte aufzufangen und abzuriegeln. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß die Nato auf wahrscheinlich vorhandene Vorwarnzeichen entsprechend schnell reagiert. Eine Erhöhung der Fähigkeit der Nato, die vom Warschauer Pakt gegen ihr TNF-Potential und ihre Luftstreitkräfte ausgehende Gefahr zu bannen und die Folge-Kräfte zu verzögern und zu zerschlagen, würde die sowjetische Gesamtkonzeption ernsthaft in Frage stellen.

Die sowjetische Militärdoktrin macht deutlich, daß die russische Führung jedwede Art ihres militärischen Handelns als Verteidigung bezeichnet. Ihr Handeln ist — so Moskau — das „Gegengewicht zur aggressiven imperialistischen Politik“. Wenn die Sowjetunion Kriege führt, dann kann es sich von vornherein nur um Kriege handeln „zur Verteidigung des Sozialismus, der allen Völkern den Weg zu Freiheit und Glück eröffnet und einen früher nicht gekannten gesellschaftlichen Fortschritt gewährleistet“. Unter dieser Definition von „Verteidigung“ fallen Kriege mit allen nur denkbaren Zielsetzungen. Auch Expansionsfeldzüge lassen sich auf diese Weise als defensiv einstufen. Beispielsweise heißt es in der sowjetischen Literatur ausdrücklich, Lenin habe der Roten Armee die Aufgabe zugewiesen, „die voranschreitende sozialistische Revolution in Europa“ zu unterstützen und „nicht nur Werkzeuge zur Verteidigung des sozialistischen Zusammenlebens“ im eigenen Lande zu sein, sondern auch dem „Proletariat“ in den westlichen Staaten „entscheidende Unterstützung in dessen Kampf mit dem Imperialismus zu geben“. Ungeschminkt ist von einer „Befreiungsmision der sowjetischen Streitkräfte“ die Rede. Die militärischen Potentiale der UdSSR förderten als „Faktor, der die Aggression zügelt und den Frieden auf Erden gewährleistet“, „damit zugleich die Entwicklung des weltrevolutionären Prozesses“. Darum seien die sowjetischen Streitkräfte auch „immer dazu bereit, den jungen Entwicklungsstaaten Hilfe beim Aufbau ihrer Armeen zu leisten“. Auf diese Weise diene sie „sowohl der Kriegsverhütung als auch dem Schutz der Entwicklungsländer“ vor den „Eimischung des Imperialismus“.

Dabei darf im Westen nicht übersehen werden, daß in der sowjetischen „Militärstrategie“ als auch in der „Sowjetischen Militärenzyklopädie“ die sowjetische Militärdoktrin auch heute noch auf Lenin zurückgeführt wird. Es wird nachdrücklich festgestellt, daß „Lenins Leitsätze“ über das Verhältnis unseres Staates zum Krieg, über den Charakter unserer militärischen Aufgaben und über die politischen Ziele eines Krieges auch heute noch gültig sind. Im Artikel 28 der sowjetischen Verfassung von 1977 — die ja derzeit noch Gültigkeit besitzt — heißt es: „Die Außenpolitik der UdSSR ist darauf ausgerichtet, günstige internationale Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus in der UdSSR zu sichern, die staatlichen Interessen der Sowjetunion zu schützen, die Positionen des Weltkommunismus zu stärken, den Kampf der Völker um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt zu unterstützen...“ Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau bewegte sich Michail Gorbatschow auf der Grundlage dieses Verfassungsgebotes, wenn er auch andere Formulierungen benutzte. Für ihn geht es darum, den „Weltsozialismus“ zu festigen und auszubauen. Angesichts der sicherheits- und verteidigungspolitischen Realitäten

hat die sowjetische Führung nicht die Absicht, dieses Ziel mit dem Einsatz militärischer Mittel zu erreichen — zumindest nicht gegenüber der Nato. „Sieg ohne Krieg“ heißt die Devise. Der „Sieg im Krieg“ bleibt jedoch der Auftrag der Streitkräfte. Aus diesem Ziel macht der für die Operationsplanung der WP-Streitkräfte in Mitteleuropa heute zuständige Marschall Orgakow — der Mitherausgeber der „Sowjetischen Militärenzyklopädie“ — in seinem Buch „Die Geschichte lehrt Wachsamkeit (1985)“ kein Hehl. Er betont: „Die militärischen Handlungen werden gleichzeitig in ausgedehnten Zonen geführt werden, sich durch nie gesehene Erbitterung auszeichnen, einen hochbeweglichen, dynamischen Charakter tragen und bis zum vollen Sieg über den Feind fortgeführt werden.“ Aus dieser unveränderten Zielsetzung leitet sich logisch ab, daß der „Angriff“ für die WP-Streitkräfte unverändert die „Hauptkampfarm“ ist. Nur mit dem Angriff kann die Forderung nach dem „Sieg im Krieg“ erfüllt werden. In welcher Form diese Angriffe geführt werden sollen, hat Marschall Orgakow wiederholt dargelegt — u. a. in seinem Aufsatz: „Die sowjetischen Streitkräfte — Aufgaben und Doktrin“ in der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“ (1/1982). Im Zusammenhang damit muß als wichtigste Operation eines eventuellen künftigen Krieges wohl nicht mehr die Frontoperation, sondern eine umfassende Form von Kriegshandlungen — die strategische Operation auf dem Kriegsschauplatz — betrachtet werden. In Auslegung der sowjetischen Definition von „Kriegsschauplätzen“ bedeutet dies, daß eine „strategische Operation“ z. B. ganz Europa umfassen würde. In der sowjetischen Theorie weist die „strategische Operation“ folgende Merkmale auf: Überraschung des Verteidigers durch Geheimhaltung, Tarnung und Täuschung; Kampf in der/ die Tiefe des Kriegsschauplatzes von Beginn an; Zusammenwirken der Teilstreitkräfte; Gefecht der verbundenen Waffen innerhalb der Teilstreitkräfte; unterlaufen der — gefürchteten — nuklearen Reaktion der Nato durch schnellen konventionellen Angriff — ohne Verzicht auf die Option, selbst nukleare und chemische Waffen und Kampfmittel einzusetzen; Ausschalten wichtiger Frühwarn-, Führungs- und Versorgungseinrichtungen der Nato-Streitkräfte und Schutz der eigenen Streitkräfte und der eigenen Territorien vor Gegenmaßnahmen der Nato. Der Auftrag der sowjetischen Streitkräfte besteht darin, diesen militärstrategischen Forderungen nachzukommen. Unter westlichen Fachleuten besteht kein Zweifel, daß die Warschauer Pakt-Streitkräfte in den letzten Jahren — während der „Entspannungspolitik“ — erfolgreich waren, den Abstand zwischen Anspruch und Fähigkeiten erheblich zu verringern. Bei Wahrung ihres zahlenmäßigen Übergewichtes ist es dem Warschauer Pakt gelungen, den ehemaligen qualitativen Vorsprung der Nato-Streitkräfte wettzumachen — sowohl bei den Strategischen Raketentruppen als auch bei Heer, Luftwaffe, Marine und auch der Luftverteidigung.

Es ist alles getan worden, um einen derartigen Überraschungsangriff auch durchführen zu können. Der hohe Stand der Truppenpräsenz und Logistik des Warschauer Paktes gegenüber Europa erlaubt heute den Verzicht auf längere Angriffsvorbereitungen. Das mehrfach überlagerte Führungs- und Fernmeldesystem mit „sicheren“ Verbindungen entzieht die Durchgabe von Befehlen und Meldungen weitgehend der Nato-Aufklärung.

Einfache Maßnahmen ermöglichen umfassende Tarnung und Täuschung. So können z. B.

nicht existierende Truppenteile durch Funkstellen und Hitzestrahler vorgetäuscht werden. Als Angreifer können die WP-Streitkräfte Zeitpunkt, Richtung, Schwerpunkt und Angriffsverfahren bestimmen und damit die Nato taktisch-operativ überraschen — selbst wenn die Nato den bevorstehenden Angriff rechtzeitig erkannt hat. Mit weitreichenden Flugkörpern und Flugzeugen sowie mit Luftlandeverbänden und Spezialeinheiten — Spetznas — kann der Angriff von Beginn an — wie vorstehend schon ausgeführt — in der/ die Tiefe geführt werden. Das mehrfach überlagerte Führungssystem erlaubt dem WP — einschließlich luftgestützter Einrichtungen — eine flexible Gefechtsführung auch über große Entfernungen. Dieses Führungssystem steht auch Marschall Orgakow — dem „Cincent“ des WP — bereits im Frieden zur Verfügung. Durch Ausbildung und Übungen wurde das Zusammenwirken der Teilstreitkräfte verbessert. Entscheidend ist auf diesem Sektor die erfolgreiche Unterstellung der takischen Luftstreitkräfte unter die jeweiligen Befehlshaber bzw. Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte. Dazu kommen die Kampfhubschrauber, die in ganz besonderem Maße geeignet sind, die Landstreitkräfte unmittelbar im Angriff zu unterstützen. Bei den Landstreitkräften des WP haben sich die Regimenter zu Großverbänden entwickelt, die mit ihren organischen Teilen das „Gefecht der verbundenen Waffen“ führen können. Die sowjetischen Seestreitkräfte haben 1985 in ihrem bisher größten Seemanöver Absicht und Fähigkeit demonstriert, das Heranführen amerikanischer Verstärkungskräfte und von Nachschub über den Atlantik zu stören oder gar zu unterbinden — neben der Fähigkeit, die eigenen strategischen U-Boote zu schützen. Auch können sie durch amphibische oder triphibische Operationen gegen die dänischen Inseln und/oder Schleswig-Holstein den Angriff in Mitteleuropa flankierend unterstützen.

Hinter dem Begriff der sogenannten „Operation Manövergruppen“ — OMG — verbergen sich Forderungen und Fähigkeiten, Lücken beim Verteidiger und/oder Angriffserfolge erster Staffeln zu einem Stoß in die Tiefe auszunutzen. Zur Verwirklichung dieser Konzeption hat der Warschauer Pakt ein Konzept schneller und tiefer Operationen entlang von Angriffssachsen entworfen, um so die Stellungen eines Verteidigers nachhaltig aufzubrechen. Dazu werden vor allem mechanisierte Truppen, Luftfahrzeuge, Luftlandetruppen und Führungsmittel im Verbund eingesetzt. Jeder Großverband kann Aufgaben einer Operation Manövergruppe erfüllen. Die Hauptaufgabe einer derartigen Gruppe besteht darin, den Vorstoß der Hauptkräfte einer Armee zu beschleunigen, indem sie wichtige Ziele in der Tiefe einnimmt, Reserven aufhält und den erneuten Aufbau einer zusammenhängenden Verteidigung weiter rückwärts verhindert. Zugleich sollen Teile einer Operativen Manövergruppe — auch abseits der Hauptstoßrichtung — Einsatzmittel für Kernwaffen, Gefechtsstände, Fernmeldezentralen und Depots angreifen und ausschalten. Hinzu kommt die Möglichkeit, daß Frühwarn- und Führungseinrichtungen der Nato elektronisch gestört oder durch Waffeneinwirkung zerstört werden können. Die eigenen Streitkräfte des WP und die eigenen Territorien werden durch ein Verbundsystem stationärer und beweglicher Raketen- und Rohrverwandte gegen Gegenangriffe der Nato-Streitkräfte nachhaltig geschützt.

Die Streitkräfte des Warschauer Paktes haben in den letzten Jahren konsequent ihre Of-

fensivfähigkeit verbessert und zugleich die eigene Verwundbarkeit erheblich reduziert. Sie verfügen über eine Palette militärischer Optionen und bilden so ein wirkungsvolles Instrument für die politische Führung der UdSSR nicht nur für denkbare Kriege, sondern bereits im Frieden und in Krisen für eine Politik der Einschüchterung und Erpressung.

Die Artillerie der WP-Armeen ist maßgeblich daran beteiligt, das Streben nach größtmöglicher Wirkung bei allen Einsätzen im Angriff und in der Verteidigung zu verwirklichen. Dazu dienen eine große Artillerie- und Feuertichte, wobei dank der großen Reichweiten der Waffen und Mechanisierung die Forderung für das Überleben berücksichtigt werden können. Die Analyse des modernen Kampfes und der Mittel des potentiellen Gegners ergibt für die WP-Artillerie folgende Hauptaufgaben: das Zerschlagen der gegnerischen Panzerabwehr, erfolgreiches Niederkämpfen der gegnerischen Artillerie und ein Ausschalten der gegnerischen Reserven. Im Angriff wird eine Artillerieüberlegenheit von 8:1 bis 10:1 für den Hauptstoß und von 3:1 für einen Nebenstoß gefordert. Die Artilleriedichte im Durchbruchsabschnitt beträgt in der Regel 120 Rohre per Kilometer Angriffsstreifen. Ein wesentliches Erfordernis des Angriffs ist nach der Doktrin des Warschauer Paktes die Erhaltung der Stoßkraft und des Angriffsschwunges der Kampftruppen. Als wichtigste Voraussetzung dazu gilt der Grundsatz, daß jeder Kommandant von Kampftruppen über genügend eigene Feuermittel verfügen muß, um die ununterbrochene Feuerunterstützung zu gewährleisten und zu sichern.

Im Mittelpunkt aller sowjetischen Ausführungen über Sicherheitspolitik, Militärdoktrin und Strategie steht die bereits vorher schon erwähnte These, daß die UdSSR niemals eine Bedrohung für ein anderes Land gewesen sei und sich auch niemals zu einer solchen entwickeln werde. Jedes westliche Reden über eine angebliche Bedrohung durch die UdSSR beschwöre einen „Mythos“, dessen praktischer Zweck darin bestehe, eine beabsichtigte Aggression gegen den Sowjetstaat zu rechtfertigen. Die fundamentale Begründung hierfür lautet, daß die UdSSR eine sozialistische Ordnung besitze. Damit seien allen Bestrebungen der Aggression, des Imperialismus und Militarismus die Basis entzogen. Die sowjetische Gesellschaft sei aufgrund ihres sozialistischen Charakters notwendig friedliebend. Zum Beweis dessen wird darauf verwiesen, daß die UdSSR nicht nach militärischer Überlegenheit strebe.

Alle sowjetischen Versicherungen, daß die UdSSR nicht nach militärischer Überlegenheit strebe, gehen zurück auf die Rede von Leonid Breschnew in Tule am 19. Januar 1977. Vorher hatten sich die sowjetischen Führer ganz anders geäußert. So bezeichnete beispielsweise Verteidigungsminister Marschall Gertschko unter Berufung auf Lenin es als notwendig, daß die eigene Verteidigungsfähigkeit „um ein Vielfaches größer sein“ müsse als die auf westlicher Seite. Darüber hinaus gab er — ebenso wie sein Amtskollege in der DDR — der Ansicht lebhaften Ausdruck, daß die militärische Überlegenheit über den westlichen Gegner bereits erreicht sei. Diese Aussagen sollte man im Westen wirklich nicht vergessen.

Diese Äußerungen zur Überlegenheit der UdSSR auf militärischem Gebiet wurden auch

von militärischen Fachleuten näher interpretiert. Einer von ihnen — I. A. Seleznev — führte Lenin als Zeugen dafür an, daß im Kriege diejenige Seite den Sieg davon trage, die u. a. die „meisten Reserven“ und die „meisten Kraftquellen“ besitze. Andere vertraten die Auffassung, daß sowohl eine militärtechnische als auch eine geistig und moralisch-politische Überlegenheit über den Gegner erforderlich sei. Breschnews Umschwenken auf die Bekundung des Überlegenheitsverzichts und der Paritätsbefürwortung im Januar 1977 war das Ergebnis außenpolitischer Zweckmäßigkeitserwägungen. Bei den Verhandlungen über eine wechselseitige Reduzierung der Streitkräfte in Mitteleuropa — MBFR — hatte die Nato völlig zu Recht geltend gemacht, daß der Warschauer Pakt über mehr Truppen verfüge, und daraus die Forderung abgeleitet, daß Parität durch überproportionale Verringerung auf östlicher Seite hergestellt werden müsse. Die UdSSR und ihre Verbündeten hatten dagegen auf einer Wahrung des bestehenden militärischen Kräfteverhältnisses bestanden. In der westlichen Öffentlichkeit entstand daraufhin der Eindruck, daß die sowjetische Führung an einem Kräfteverhältnis festhalte, das ihr militärische Überlegenheit sichere.

Mit seiner Rede in Tula versuchte Breschnew diesen Eindruck zu zerstreuen, als er den Verzicht seines Landes auf militärische Überlegenheit erklärte und sich für eine militärische Parität aussprach. Die Worte des Generalsekretärs änderten jedoch nichts in der Praxis. Bei den damaligen MBFR-Verhandlungen verlangte die östliche Seite nach wie vor die Aufrechterhaltung des bestehenden militärischen Zustandes. Er wurde nunmehr — nach der Rede in Tula — als bestehendes Gleichgewicht bezeichnet. Ebenso wurden die sowjetischen Rüstungsanstrengungen nicht vermindert, wie die gerade damals beginnende Stationierung der SS 20 deutlich aufzeigt. Unverändert blieben auch die operativen Überlegungen der Militärs. Ein günstiges militärisches Kräfteverhältnis gilt weiterhin als unersetzliche Voraussetzung des Erfolgs. Demgemäß durchzieht der Gedanke, daß man in der UdSSR eine überlegene Militärmacht haben müsse, alle fachmilitärischen Erwägungen. In der offenen und näher zugänglichen Literatur ist heute allerdings normalerweise nur implizit von militärischer Überlegenheit die Rede. Gelegentlich wird sie jedoch auch jetzt noch ausdrücklich gefordert — so bei V. Ja. Petrenko in der „Sowjetischen Militärenzyklopädie“ in Band 6.

Wadim Sagladin, der für die Westeuropa-Politik zuständige Sekretär im ZK-Apparat der KPdSU, hat den grundlegenden Unterschied zwischen der sowjetischen Politik und der Überlegenheitssucht — deren er die Nato beschuldigt — so erläutert: das „Streben nach militärischer Überlegenheit“ sei „immer integrierender Bestandteil der imperialistischen ‚Politik der Stärke‘“. Eine solche Haltung sei der UdSSR und ihren Verbündeten „vollkommen fremd“. Den Kommunisten gehe es nämlich darum „die Freiheit der Völker gegen den Imperialismus zu verteidigen“. Nur zu diesem Zweck suchten sie „ein Übergewicht der Kräfte des sozialen Fortschritts zu erreichen“. Sagladins Aussage suggeriert, daß der Wunsch nach militärischer Überlegenheit mit politischer Unmoral gleichzusetzen ist. Aus dieser Sicht folgt, daß die UdSSR, die für sich stets die Moral beansprucht, mit diesem Vorwurf nicht belegt werden kann. Demgemäß wird argumentiert, daß „Überlegenheit in

militärischer Hinsicht“... „nie zum Zwecke der Verteidigung angestrebt“ werde. Sie sei stets „ein Symbol aggressiver Absichten“. Damit steht zugleich fest, daß die — für unbedingt friedliebend erklärte — UdSSR militärische Überlegenheit schlechterdings nicht anstreben kann. Umgekehrt erscheint es dann völlig klar zu sein, daß die Staaten mit einer „imperialistischen“ Ordnung — das sind die westlichen Nationen, einschließlich der USA — notwendig auf militärischer Überlegenheit bestehen.

Jeder, der diese sowjetischen Aussagen hört, sollte wissen, was wirklich hier gemeint ist. Wenn von militärischer Parität oder Überlegenheit in der UdSSR die Rede ist, geht es nicht um die Feststellung eines objektiv vorhandenen Kräfteverhältnisses. Statt dessen handelt es sich um eine Bewertung subjektiv zugeschriebener friedlicher oder aggressiver Absichten. Welche Seite dem Frieden dient und folglich Überlegenheit ablehnt und welche Seite zur Aggression neigt und daher des Strebens nach Überlegenheit beschuldigt werden muß, ergibt sich dabei aus ideologisch festgeschriebenen Vorausannahmen. Wer das Gütezeichen des „Sozialismus“ im Schilde führt, darf das erste für sich in Anspruch nehmen. Wer dagegen dem „imperialistischen“ Lager der USA und ihrer Verbündeten angehört, ist automatisch auch des Strebens nach Überlegenheit schuldig. Worin das angeprangerte Streben nach militärischer Überlegenheit konkret besteht, wird nur selten erläutert. Insbesondere werden die Schutzgarantien, welche die USA ihren Verbündeten zu geben suchen, als schlagender Beweis für die amerikanische Überlegenheitssucht angeführt. Nach sowjetischer These ist die erweiterte Abschreckung, mit der die USA die Nato-Länder und andere Bundesgenossen vor nötigen Einwirkungen der UdSSR bewahren wollen, mit dem Prinzip der gleichen Sicherheit bzw. der militärischen Parität zwischen den beiden Weltmächten unvereinbar. Die Begründung für diese Auffassung lautet, der den Verbündeten zugesicherte Schutz gebe den Amerikanern die Fähigkeit zum nuklearen Ersteinsatz. Mit dieser Fähigkeit würden die USA in die Lage versetzt, die Sowjetunion an unerwünschten Handlungen gegenüber ihren Schützlingen zu hindern. Die Sorge — ganz besonders in Europa —, ohne den militärischen Rückhalt der USA einer sowjetischen Übermacht ausgesetzt zu sein, wird in Moskau nicht zur Kenntnis genommen.

Dieser sowjetische Standpunkt läuft praktisch auf das Verlangen hinaus, diejenigen Staaten, die sich aus eigener Kraft nicht gegen die Sowjetunion behaupten können, ganz dem beherrschenden Einfluß des Kreml zu überlassen. Die Schaffung eines europäischen Gegengewichts — mit Hilfe der USA — widerspricht — so die UdSSR — dem Prinzip der gleichen Sicherheit bzw. der militärischen Parität. Das bedeutet, daß es das militärische Gleichgewicht erfordere, die sich von selbst einstellende geostrategische Vorherrschaft der UdSSR nicht zu verhindern. Die Gesamtperspektive, die sich mit dieser Forderung verbindet, hat Generalsekretär Michail Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag sehr deutlich umrissen. Er sprach von einem „langsamen, aber unaufhaltsamen Prozeß der sozial-ökonomischen Veränderungen in der Welt“ und hob die Gefahren hervor, die sich aus den Versuchen der USA ergäben, „den sozialen Status quo aufrechtzuerhalten“. Die weiteren Stichworte Gorbatschows von der „Krise des Kapitalismus“ und dessen sich verschär-

fenden „inneren Widersprüchen“ richten sich eindeutig gegen die Gegner einer Systemveränderung im Westen — speziell in Westeuropa.

Deshalb hat auch die sowjetische Propaganda gegen Westeuropa einen ganz besonderen Stellenwert in der sowjetischen Militärdoktrin bzw. Strategie. „Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen. . . Gewalt ist also das Mittel; dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen der Zweck. Um diesen Zweck zu erreichen, müssen wir den Feind wehrlos machen, und das ist dem Begriff nach das eigentliche Ziel der kriegerischen Handlung.“ So lautet die klassische Definition des Krieges bei Clausewitz. Ist es aber der Zweck des Krieges, den Gegner — oder das vorgesehene Opfer — wehrlos zu machen und seinen Willen zu brechen, dann ergibt sich die Frage, ob dieser Zweck nicht auch mit anderen Mitteln als jenen der militärischen Gewalt zu erreichen ist. Ein Mittel hierzu ist die Propaganda — auch psychologische Kriegführung, als Teil der Gesamtstrategie, genannt —, mit der man ohne militärische Gewalt seine politischen Ziele mit unvergleichlich geringeren Anstrengungen und Risiken erreichen kann. Dazu eignet sich vor allem der direkte Zugriff auf den Selbstbehauptungswillen des Gegners und besonders des vorgesehenen Opfers mit psychologisch-politischen Mitteln. Damit ist ein Thema angesprochen, das für den Fortbestand freiheitlich-demokratischer Gemeinwesen angesichts totalitärer Bedrohung von grundlegender Bedeutung ist. In unseren Demokratien hat diese Problematik leider nicht die notwendige Beachtung gefunden. Sie ist vielleicht sogar von interessierter Seite mit voller Absicht — wie ich glaube — verdrängt worden. Mit Recht sind wir auf unsere Demokratien stolz, wo Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit nicht nur häufig in der Verfassung festgeschrieben sind, sondern auch in der Wirklichkeit meist sehr großzügig gehandhabt werden. Eine Zensur gibt es allenfalls zu Kriegszeiten. Verbote politischer Parteien oder Vereinigungen werden selbst dann, wenn sie juristisch zu rechtfertigen sind, als höchst mißlich empfunden. Polizei und Verwaltung unterliegen rechtsstaatlichen Kontrollen, in der Gerichtsbarkeit soll der Instanzenzug jede Willkür nach Möglichkeit ausschalten. Alles das gehört zu den Voraussetzungen freier Wahlen. Manchmal wird dies zu oft nur von denjenigen gewürdigt, die eine totalitäre Herrschaft aus eigener Erfahrung kennengelernt haben. Daraus ergibt sich aber eine Abhängigkeit der Staatsführung von der öffentlichen Meinung. Diese Abhängigkeit bringt dem freien Bürger viele Vorteile, aber auch manche Gefahren, die nur selten in ihrem ganzen Ausmaß erfaßt werden. Das ist sehr bedauerlich, da hier eine erhöhte Verwundbarkeit des Staates gegeben ist durch Propaganda — eine der verschiedenen Formen der psychologischen Kriegführung.

Die totalitären Systeme sind dagegen nicht in vergleichbarer Weise verwundbar. Da gibt es nicht nur die fast allmächtige und allgegenwärtige Geheimpolizei, sondern auch eine rigorose Kontrolle des Geisteslebens. Die Massenmedien sind mit verlässlichen Anhängern des jeweiligen Regimes besetzt, unterliegen einer strengen Überwachung und sind an die von oben erteilten Sprachregelungen gebunden. Unerwünschte Druckschriften werden schon an der Grenze beschlagnahmt, ausländische Rundfunksendungen erheblich gestört. Unabhängige Meinungsbildung unterdrückt man bereits im Keime, und Dissidenten wer-

den mit geeigneten Mitteln mundtot gemacht. Die Untertanen besitzen kaum eine Möglichkeit, die Entscheidung der Herrschenden zu beeinflussen. Daraus resultiert ein strukturell bedingter und daher kaum ausgleichbarer Vorteil für die Diktaturen gegenüber den Demokratien, der auch rücksichtslos ausgenutzt wird.

Auch im Kreis von Hitler hat man dies sehr genau gewußt. Von ihrer manipulierbaren öffentlichen Meinung „hängen die Demokratien ab, und sie ist unsere stärkste Hilfsmacht. Immer werden wir den Demokratien überlegen sein, ihre öffentliche Meinung nach unserem Wunsch zu lenken. Das Geld, das hierfür verwandt wird, ist sicher nicht vergeblich ausgegeben. . . Demokratien können sich gegen solche Angriffe nicht wehren. . . Diktaturen sind gegen diese Waffen geschützt.“ Diese Aussage Hitlers gegenüber Hermann Rauschning — damals Senatspräsident der Freien Stadt Danzig — vor Beginn des II. Weltkrieges sind mehr als demaskierend für derartige Diktaturen.

Die Verteidiger unserer Demokratie müssen immer dem Faktor Rechnung tragen, daß es sich bei der Propaganda um einen „Krieg im Frieden“ handelt, der ganz im Sinne von Clausewitz den Zweck verfolgt, dem Gegner oder vorgesehenen Opfer den Willen des Aggressors aufzuzwingen. Diesmal jedoch nicht mit militärischen, sondern — mit Hilfe der Propaganda — mit psychologischen Mitteln. Dieses Verfahren hat den gewaltigen Vorteil, daß es mit sehr geringem Aufwand und Risiko verbunden ist. Es ist aber auch geeignet, die militärische Aktion zu einer risikoarmen Endhandlung oder sie ganz überflüssig zu machen. So kann man zu einem wohlfeilen „Sieg ohne Krieg“ kommen. Das wichtigste Instrument einer derartigen psychologischen Kriegführung ist die auch uns allen bekannte „Friedenspropaganda“. Dies ist eine Art „Friedenswaffe“ — ein klassisches Kampfmittel totalitärer gegen die demokratischen Staaten. Dies hat auch schon Clausewitz erkannt: „Der Eroberer ist immer friedliebend (wie Bonaparte auch stets von sich behauptet hat), er zöge ganz gern ruhig in unseren Staat ein — damit er dies aber nicht könne, darum sollen gerade die Schwachen, der Verteidigung Unterworfenen immer gerüstet sein, um nicht überfallen zu werden.“ Daher liegt es völlig im Interesse eines künftigen Eroberers, wenn der Schwächere und der Verteidigung Unterworfenen durch eine sogenannte „Friedenspropaganda“ dazu gebracht werden kann, aus Friedensliebe auf jede Rüstung zu verzichten, die ihn vor einem Überfall schützen soll. Danach kann dann der friedliebende Eroberer friedlich in jenes Land einziehen. Solches mag auch Lenin — der Vater der sowjetischen Militärdoktrin — im Sinn gehabt haben, wenn er zu der vorstehend zitierten Stelle von Clausewitz Werk „Vom Kriege“, Auszüge und Randglossen — die Randbemerkung „Haha! Geistreich!“ machte.

Die radikalen Marxisten haben bereits im ersten Weltkrieg die „Friedenswaffe“ für die Durchsetzung ihrer machtpolitischen Ziele verwandt. Durch die Menge kriegsmüder Soldaten und den Aufstand hungernder Arbeitermassen auf beiden Seiten der Front sollte die Verbrüderung des internationalen Proletariats und damit der endgültige Friede zustandekommen. Der wirkliche Zweck dieser Ideologie bestand jedoch darin, die Friedenssehnsucht der gepeinigten Menschen für die kommunistische Machtergreifung auszunutzen. Wo aber diese Machtergreifung gelungen war, da war jeder Defaitismus verpönt, und

die Kommissare sorgten für eiserne Disziplin und blinden Gehorsam. Eine andere Form dieser „Friedenswaffe“ bildet der Pazifismus, den die Bolschewiken stets als kleinbürgerlich verachteten und nie in ihr Programm aufgenommen haben. Das hinderte sie jedoch niemals, ihn zur Unterwühlung nicht kommunistischer Staaten zu benützen. So beauftragte Lenin seinen Außenkommissar Tschitscherin, auf der Konferenz von Genua im Jahre 1922 ein umfassendes pazifistisches Programm vorzulegen, und als dieser Bedenken äußerte, antwortete er: „Den Pazifismus haben sie ebenso wie ich als Programm der revolutionären proletarischen Partei bekämpft. Das ist klar. Aber von wem, wo und wann wurde die Ausnutzung der Pazifisten durch diese Partei abgelehnt, wenn es galt, den Feind, die Bourgeoisie, zu zersetzen?“ Seither hat sich wahrlich wenig geändert. Im kommunistischen Machtbereich wird der Pazifismus nicht geduldet, während man westliche Pazifisten zugleich hätschelt und benützt. In ähnlicher Weise wird — nach meiner Auffassung — übrigens heute auch die ökologische Bewegung genützt, um die industrielle Dynamik des Westens zu lähmen, während man selbst die Industrialisierung und besonders den Ausbau der Kernenergie — auch nach dem Großunfall von Tschernobyl — ohne Rücksicht auf Verluste vorantreibt. Aber auch Hitler hat sich nach dem Vorbild der Kommunisten dieser Methoden bedient. Er sagte zu Rauschning: „Die Lehren der Revolution, das ist das Geheimnis der neuen Strategie. Ich habe von den Bolschewisten gelernt. Ich scheue es nicht, es zu sagen.“ Der Diktator hatte die marxistische Propaganda und die Subversion in der Endphase des Ersten Weltkrieges und während der Unruhen der frühen Nachkriegsjahre aus eigener Anschauung kennengelernt. So hat er auch den revolutionären Defaitismus zu kopieren versucht. „Es gibt eine erweiterte Strategie, es gibt einen Krieg mit geistigen Mitteln. Worauf kommt es im Kriege an? Daß der Gegner kapituliert. Warum soll ich ihn auf militärische Weise demoralisieren, wenn ich es auf andere Weise billiger und besser kann?“ Das Ziel war die Brechung des Widerstandswillens des Gegners, das Mittel dazu die Propaganda — die psychologische Kriegsführung. Hitler stellte die Frage: „Wie zwingen ich dem Gegner meinen Willen auf?“ und antwortete dann: „Indem ich seinen eigenen zuvor spalte, lähme, indem ich ihn mit sich selbst uneins mache, ihn verwirre.“ „Was die artilleristische Vorbereitung für den frontalen Angriff der Infanterie im Grabenkampf bedeutet hat, das wird in Zukunft die psychologische Zermürbung des Gegners durch revolutionäre Propaganda“ — so Hitler — zu tun haben, ehe die Armeen überhaupt in Funktion treten. Das gegnerische Volk muß demoralisiert und kapitulationsbereit sein, es muß moralisch in die Passivität getrieben werden, ehe man an eine militärische Aktion denken darf.“ Zur revolutionären kommt dann noch — genau wie bei Lenin — die pazifistische Propaganda mit vielen Hintergedanken: „Ich bin bereit alle Grenzen zu garantieren und Nichtangriffspakte und Freundschaftsverträge mit wem auch immer abzuschließen. Es ist eine einfältige Meinung, man dürfe sich solcher Mittel nicht bedienen, weil man vielleicht in die Lage kommen könnte, feierliche Abmachungen zu brechen. . . Und meine Parteigenossen werden genau wissen, was sie davon zu halten haben, wenn ich von Weltfrieden, von Abrüstung und Sicherheitspakt spreche.“ Diese authentischen Äußerungen Hitlers sollten uns heute alle zu denken geben, wenn wir heute von und über die Friedensbewegung diskutieren.

Mit dieser Propaganda gelang es Hitler tatsächlich, die pazifistische Friedensbewegung in Frankreich seinen Absichten dienstbar zu machen. Viele ehrliche Anhänger der Versöhnung zwischen den beiden Völkern ließen sich täuschen. Sie wurden so unwissentlich zu Werkzeugen des Diktators. In Wirklichkeit wollte dieser den Selbstbehauptungswillen der Franzosen lähmen und Zeit für die Aufrüstung gewinnen. Besonders eindrucksvoll war eine Begegnung von mehr als dreißigtausend deutschen und französischen Frontkämpfern, die im Juli 1936 auf dem blutgetränkten Boden des Douaumont stattfand. Dieses imposante Treffen, an dem der Verfasser als junger Schüler mit seinem Vater teilnahm, gipfelte in einem Friedenseid, der für beide Völker verpflichtend sein sollte. Im folgenden Jahr fanden Verbrüderungsfeste in Freiburg und Besancon statt. Aktive Truppenteile der deutschen und französischen Armee nahmen an beiden Treffen teil, und auch hier wurde der Friedenseid von Douaumont feierlich wiederholt. Aber genau in diesem Herbst 1937, der eine wahre Hochflut von deutsch-französischen Friedensbegegnungen für die Öffentlichkeit brachte, eröffnete Hitler — wie wir aus der Niederschrift des damaligen Heeresadjutanten, Oberst Hossbach, wissen — seinen engsten militärischen Mitarbeitern seine wahren Absichten. Hitler wollte unter allen Umständen diesen Krieg, und es zeigt uns allen heute die eindringliche Mahnung, daß man solche Kriegsabsichten sehr geschickt und erfolgreich hinter Friedensoffensiven verbergen kann.

Hitler gab der Welt genügend Beispiele, wie man mit Nichtangriffs-, Neutralitäts- oder anderen scheinbar dem Frieden dienenden Verträgen oder mit der Entfaltung von Friedensbewegungen eine verdeckte, aber sehr erfolgreiche Kriegspolitik betreiben kann. Dies alles hat im Atomzeitalter jedoch an Aktualität nur noch gewonnen. Die Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel haben das Risiko aller Beteiligten bei einem militärischen Großkonflikt ins Unermeßliche gesteigert. Dadurch werden aber im gleichen Maße alle die Strategien aufgewertet, durch die der Gegner oder das vorgesehene Opfer ohne ein solches Risiko kapitulationsreif gemacht werden kann. Hierzu gehört die Propaganda im Rahmen einer psychologischen Kriegführung. Zugleich bilden die Kernwaffen mit ihren Atomsprengköpfen ein geradezu ideales Instrument dieser Kriegführung. Während bei ihrem militärischen Einsatz das Risiko eines Gegenschlages mit gleichen Mitteln besteht, ist das bei ihrem psychologischen politischen Einsatz nicht der Fall. Die Demokratien können sich hier nicht mit den gleichen Mitteln revanchieren. So ist es totalitären Mächten möglich, demokratische Staaten mit einem ganzen Netz von mehr oder minder getarnten Organisationen zu überziehen, die zu jedem gewünschten Zeitpunkt aktiviert werden können. Wenn dann alles wie gebannt auf die Atomraketen starrt, bemerken nur die wenigsten, daß ein Angreifer seine Erfolge in Wirklichkeit „unter der Atomschwelle“ zu erreichen sucht. Darüber hinaus lassen sich wahre Angstpsychosen bei der Bevölkerung erzeugen — wie anfällig man dafür im Westen ist, hat erst kürzlich der Fall Tschernobyl gezeigt. Schließlich wird den in eine besinnungslose Panik hineingehetzten Menschen suggeriert, nur die Selbstentwaffnung und die Befreiung von Atomraketen bilde die einzige Garantie gegen Atomtod. Die totalitären Systeme sind dagegen weitgehend gefeit, wie uns ebenfalls Tschernobyl gezeigt hat. Durch diese Seite der sowjetischen

Militärdoktrin hat sich die psychostrategische Lage der westlichen Demokratien seit dem Zweiten Weltkrieg empfindlich verschlechtert. Das sollte aber kein Grund zur Resignation sein. Die psychologischen Mittel besitzen nicht die unmittelbare Zwangsgewalt der militärischen. Ihre Wirksamkeit ist vielmehr von der Beeinflussbarkeit derjenigen abhängig, gegen die sie eingesetzt werden. So ist zumindest weitgehende Immunität gegen jene heimtückischen Propagandastrategien auch heute noch möglich und notwendiger denn je. Dazu bedarf es — statt einer mehr illusionären „Friedenserziehung“ — vor allem einer gründlichen Aufklärung über Ziele und Methoden dieser Propaganda im Rahmen der psychologischen Kriegführung. Hierzu gehört ganz besonders auch eine Erziehung jedes verantwortlichen Staatsbürgers zu Nüchternheit und politischer Intelligenz, aber auch zu Festigkeit und Gelassenheit in sehr schwierigen Situationen.

In diesem Zusammenhang sollten wir nicht übersehen, daß diese Art einer psychologischen oder verdeckten Kriegführung schon sehr alt in der Geschichte der Menschheit ist. Die Grundsätze hierzu wurden schon 450 vor Christi Geburt von dem chinesischen Philosophen Sun-Tsu entwickelt. Er lehrte: „Zersetzt alles, was am Lande eurer Gegner gut ist. Verwickelt die Vertreter der führenden Schichten eurer Gegner in verbrecherische Unternehmen. Unterhöht ihr Ansehen und gebt sie im rechten Augenblick der öffentlichen Schande preis. Nützt die Mitarbeit auch der niedrigsten und abscheulichsten Menschen. Verbreitet Streit und Uneinigkeit unter den Bürgern des feindlichen Landes. Stachelt die Jugend gegen die Alten auf. Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierung. Verhindert mit allen Mitteln die Aufrüstung, die Versorgung und die Ordnung der feindlichen Streitkräfte. Beeinträchtigt den Willen der Krieger des Feindes durch sinnlose Lieder und Musik. Entwertet alle Überlieferungen und Götter eurer Feinde. Sendet leichte Frauen aus, um das Werk des Verfalls zu vervollständigen. Seid großzügig mit Angeboten und Geschenken, um Nachrichten und Komplizen zu kaufen. Spart überhaupt weder mit Geld noch mit Versprechungen, denn sie bringen reiche Zinsen.“

Ein Vergleich dieser philosophischen Grundsätze von Sun-Tsu — vor fast 2500 Jahren niedergelegt — mit denjenigen der heutigen Praxis führt uns im Westen zu verblüffenden Erkenntnissen. Wir finden genügend Beispiele in unserem politischen Umfeld, die uns die ständige psycho-politische Beeinflussung bewußt macht, der wir fast jeden Tag ausgesetzt sind. Es ist fast schon eine politische Methode, Unsicherheit zu verbreiten, Angst und Ohnmachtsgefühle zu erzeugen, Sinnverlust zu verstärken, Unzufriedenheit zu vergrößern, Unruhen anzuzetteln und Defaitismus zu erzeugen. Kombiniert wird diese Entwicklung — je nach Lage der Dinge — mit den verschiedensten Themen oder auch kurzfristigen Zielen. Wir finden hierbei die Verhinderung von Rüstungsvorhaben durch Erzeugung eines öffentlichen Drucks, das Lancieren einer Friedensbewegung durch Erzeugung der Meinung, ein atomarer Krieg sei unvermeidbar, und — last not least — Zeitgewinn durch Abrüstungsangebote, die eigentlich keine sind bzw. die spätestens bei der Behandlung der gegenseitigen Kontrollmöglichkeiten scheitern. Hierzu gehört aber auch die Spaltung des westlichen Bündnisses durch eine Abkoppelung Westeuropas von den USA und die Aufdeckung der Unfähigkeit der westlichen Regierungen, ihre Bürger vor Terrorak-

ten auch nur einigermaßen zu schützen. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang ganz bewußt die Atomangst geschürt. Die Bedrohung unseres Lebens durch radioaktive Strahlungen ist ein gutes Schulbeispiel hierfür. Uns allen sind sie als physikalisches Phänomen bekannt, und sie sind ziemlich allgegenwärtig in der Medizin und auch in den Kernkraftwerken. Da aber diese Strahlungen nicht mit unseren Sinnen feststellbar sind, lassen sie sich für emotionale Manipulationen bestens nutzen. Die dadurch in der Bevölkerung hervorgerufene Atomangst brachte nicht nur in der Vergangenheit der großen Aktion gegen die Einführung von Neutronenbomben in Westeuropa — mit dem Stichwort „Perversion des Denkens“ — einen vollen Erfolg, sie läßt sich bis zum heutigen Tage auch in der Kampagne gegen die Kernkraftwerke bestens verwenden.

Immer wieder müssen wir innerhalb der Nato daran denken, daß die Sowjetunion alle Formen dieser Propaganda als Mittel ihrer Militärdoktrin und Strategie bestens handhaben kann und bis jetzt auch bereit ist, sie voll und ganz einzusetzen und zu nutzen. Wie weit die demokratische Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland in unseren Tagen geht, zeigt der Freispruch eines Lehrers aus Cham im Bayerischen Wald. Dieser hatte auf einem Plakat stehen: „Am Beispiel der Atombombenfabrik Wackersdorf — Kriegsvorbereitung — Polizeistaat in Aktion“. Der zuständige Amtsrichter begründete den Freispruch mit den Worten: „Unser freiheitlicher Rechtsstaat muß auch harte und ungerechtfertigte Kritik hinnehmen.“ An dieser Stelle darf jedoch die Frage nach der wehrhaften Demokratie in der Bundesrepublik gestellt werden. Der Artikel 18 unseres Grundgesetzes schützt unsere freiheitliche Demokratie gegen innere Feinde. Diese Forderung des Grundgesetzes darf man auch in Schwandorf und Wackersdorf nicht außer acht lassen. Sonst könnte es bald sehr schlimm um unseren freiheitlichen Rechtsstaat bestellt sein. Wir alle sollten einer geschickt gesteuerten Propaganda aus dem Osten nicht zu viel Freiraum gewähren.

Auch die Furcht vor einer militärischen Bedrohung aus dem Osten spielt in diesem Zusammenhang eine sehr große Rolle. Im Sinne der neuen sowjetischen Militärdoktrin darf nicht übersehen werden, daß in einem Kriegsfall Luftlandetruppen — hinter den feindlichen Frontlinien — operative oder taktische Aufgaben zur Erleichterung eines schnellen Vorstoßes der operativen Manövergruppen — OMG — übernehmen werden. Neben den acht Luftlandedivisionen und den bisher aufgestellten acht Luftsturmbriegen verfügen die Russen noch über eine weitere, im Westen wenig bekannte Elitetruppe für diesen Zweck. Ihre Soldaten werden überwiegend auf dem Luftwege an ihren Einsatzort gebracht. Es handelt sich um die Kommandotruppen des sowjetischen militärischen Geheimdienstes, die Spetznas — *spezialnoje nasnatschenije* —, die oft auch „Reidowiki“ — Diversionstruppen — genannt werden. Sie wurden Mitte der fünfziger Jahre unter der Leitung von General Kartschenko — auf Grund der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges — durch die sowjetische Armeeführung aufgestellt. Ihre Gesamtstärke wird auf rund 30 000 Soldaten geschätzt. Während die Luftlande- und wahrscheinlich auch die Luftsturmeinheiten — was jedoch noch nicht mit Sicherheit geklärt ist — dem Befehlshaber der Luftlandetruppen, Armeegeneral D. S. Suchorukow, unterstellt sind, werden die Spetznas — obwohl sie die Uniformen der Luftlandetruppen bzw. der Marineinfanterie tragen — der 2. Haupt-

abteilung des Generalstabes GRU untergeordnet. Gemäß ihrer Ausbildung sind die Speznas zur Durchführung von speziellen Aufgaben im Hinterland des Feindes — z. B. Terroranschläge, die physische Liquidierung von Spitzenpolitikern und hohen Militärs, die Zerstörung von Kommandozentralen, Raketenstützpunkten, strategisch wichtigen Brücken, Eisenbahnknotenpunkten, Munitionsdepots und Flugplätzen — ausgebildet. Praktisch handelt es sich um Sabotagetruppen mit Sonderaufträgen. Ihre Aufgabe besteht in der Ermöglichung eines schnellen Vorrückens der Angriffsspitzen der sowjetischen Bodentruppen. Sie sollen eine Verwirrung hervorrufen, die Schockwirkung und Lähmung beim Gegner erzeugt.

Sie sind in 16 Landbrigaden, 4 Marinebrigaden, 3 selbständige Regimenter und 41 selbständige Kompanien gegliedert. Hinzu kommen noch selbständige Gruppen von Geheimdienstagenten, die meist einzeln operieren und direkt vom Hauptquartier gelenkt werden. Die Landbrigaden operieren im Ernstfall auf Frontebene. Die Marinebrigaden sind den vier Flotten der sowjetischen Kriegsmarine zugeteilt. Sie sind je etwa 1300 Mann stark. Die Landbrigaden verfügen über eine Stabskompanie, fünf Fallschirmjägerbataillone und eine Fernmeldekompanie. Die Marinebrigaden bestehen aus einer Stabskompanie, einer mit Mini-U-Booten ausgerüsteten Einheit, drei Fallschirmjägerbataillonen und einer Fernmeldekompanie. Die Mannschaften der Stabskompanien sowohl bei den Land- als auch den Marinebrigaden bestehen ausschließlich aus Berufssoldaten. Sie werden von den anderen Einheiten der Brigade getrennt und als Armeesportler getarnt disloziert. Beim Einsatz operieren die Brigaden in kleineren, 120 bis 135 Mann starken Gruppen. Sie führen ihren Kampfauftrag selbständig durch. Die Geheimagenten der Speznas werden sehr oft bereits in Friedenszeiten als sogenannte „schlafende“ Agenten im Ausland eingesetzt. Vor Ort müssen sie dann im Ernstfall ihre operativen Aufgaben selbständig durchführen.

Die Ausbildung der Speznas erfolgt auf drei Ebenen. Sie werden militärisch und politisch geschult und erhalten überdies Unterricht über die Geschichte, die Sitte, Gepflogenheiten und das Gelände in ihren künftigen Einsatzländern. Die Mannschaften der aus Berufssoldaten bestehenden Einheiten und die Speznas-Agenten müssen auch fremde Sprachen sehr gut beherrschen. Die militärische Ausbildung konzentriert sich auf den Nahkampf, Überleben in schwierigsten Situationen, Improvisation, Benützung verschiedenster Handwaffen und Sprengstoffe, Sicherungsaufgaben und Kommunikationstechnik. Die Speznas-Soldaten tragen bei ihrer Ausbildung oft Uniformen der Nato-Truppen. Ihre Kampfübungen bestehen u. a. aus rascher Besetzung streng bewachter Objekte, wie z. B. Flugplätze, Hafeneinrichtungen, Raketenstellungen und Stabsgefechtsstände. Sie werden meistens in einem dem künftigen Einsatzgebiet ähnlichen Gelände durchgeführt. Alle diese unter den Bedingungen eines Blitzkriegs durchgeführten Übungen und die Tatsache, daß speziell ausgebildete Kommandoeinheiten Anschläge auf führende westliche Persönlichkeiten und Sabotageakte offensiver Natur durchführen werden, sprechen dafür, daß die sowjetische Führung für den Fall, daß sie ihre politischen Ziele durch friedliche Mittel nicht verwirklichen könnte, diese durch einen Angriffskrieg zu erreichen plant — trotz aller bisherigen Dementis.

Der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Manfred Wörner, hielt am 31. Januar 1987 anlässlich der 24. Wehrkundetagung in München einen vielbeachteten Vortrag zum Thema: „Sicherheitspolitische Perspektiven und Aufgaben des nordatlantischen Bündnisses in veränderten West-Ost-Beziehungen“. Die Ausführungen des Ministers fanden in der Öffentlichkeit breite Zustimmung, wurden aber auch heftig kritisiert. Der Widerspruch konzentrierte sich vor allem auf Wörners Feststellung: „Diese sowjetrussische Invasionsfähigkeit gegen Westeuropa und die Interventionsfähigkeit gegen die überseeischen Verbindungswege kennzeichnen die Sicherheitslage des europäischen Kontinents und damit auch das West-Ost-Verhältnis insgesamt.“ Diese Invasions- und Interventionsfähigkeit des Warschauer Pakts wird von den Kritikern der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland zunehmend in Frage gestellt bzw. völlig verneint. Diese Kritiker ignorieren die derzeit gültige sowjetische Militärdoktrin und Strategie und darüber hinaus alle im Westen vorliegenden Fakten über die sowjetische Rüstung und die Ausbildung der sowjetischen Streitkräfte. Sie sind nicht in der Lage, ihre Auffassung sachlich und faktisch zu begründen. Sie berufen sich auf Vermutungen und Meinungen, die nicht nachprüfbar sind. Diese tatsächlich vorhandene sowjetrussische Invasionsfähigkeit kennzeichnet die Sicherheitslage des europäischen Kontinents und damit auch das derzeitige Ost-West-Verhältnis insgesamt. Das politisch-strategische Problem Westeuropas in dieser Lage ist darum die Selbstbehauptung gegenüber einem sowjetischen Hegemonialstreben über Europa. Solange dieses Vormachtstreben unter Ausbau der ohnehin schon überlegenen konventionellen sowjetischen Militärmacht in Europa anhält, ist das Reden von „gemeinsamer Sicherheit in einem Haus“ allenfalls eine Wunschvorstellung, aber kein taugliches „Sicherheitskonzept“ für den Westen.

Ein Krieg ist für die sowjetische Führung kein theoretisches Mittel der Politik, sondern Gegenstand wiederholter Erörterungen im Verteidigungsrat, der im Krieg die politische und militärische Führung ausübt. Vorsitzender dieses Verteidigungsrates und zugleich Oberster Befehlshaber der sowjetischen Streitkräfte ist Michail Gorbatschow, der Generalsekretär der KPdSU. Im Frieden ist der sowjetische Generalstab verantwortlich für die Vorbereitung der Streitkräfte auf den Krieg. Seine Aufgabe besteht u. a. darin, die „Militärdoktrin“ in die „Militärstrategie“ umzusetzen. Die Militärstrategie ist im sowjetischen Verständnis „Bestandteil und ihr höchstes Gebiet, das die Theorie und Praxis der Vorbereitung des Landes und der Streitkräfte zum Kriege sowie die Planung und Durchführung des Krieges und der strategischen Operation umfaßt“.

Der neue erste Mann in der Sowjetunion, Generalsekretär Michail Gorbatschow, hat auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau eine Politik der Eneuerung nach außen und innen angekündigt. Hierzu gehören auch die gewaltigen Probleme einer ernsthaften und überprüfbaren Abrüstungspolitik in Ost und West. Er hat jetzt die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, vor Beginn der heißen Phase im amerikanischen Wahlkampf doch noch ein Abkommen mit Washington unter Dach und Fach zu bringen. Die Null-Lösung ist dafür am besten geeignet. Sie ist zwischen den beiden Großen — US-Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow — seit dem Treffen von Reykjavik nicht mehr umstritten,

zumal Gorbatschow in seinen neuen Vorschlägen in allen wichtigen Punkten westlichen Wünschen nachgegeben hat. Gorbatschow bietet den USA den Abzug aller Mittelstreckenraketen aus Europa an. Bei der westlichen Zustimmung für diese neuen Vorschläge der UdSSR ist nach Moskauer Ansicht ein Abkommen über den Abzug und die Vernichtung der sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa in weniger als sechs Monaten erreichbar. Die Sowjetunion will ihre sämtlichen 243 „SS-20“-Raketen in Europa zerstören und ist mit einer Kontrolle vor Ort einverstanden. Jetzt ist die Führung der Sowjetunion im Wort. Jetzt gilt es in Genf den Vertragstext auszuhandeln und auszufeilen. Trotz aller positiven Prognosen bleibt die Frage berechtigt, wie weit diese Null-Lösung dem Westen und insbesondere Europa nützt. Der scheidende Nato-Oberbefehlshaber, General Rogers, sieht dann die Nato in einer „verteufelten Lage“. Henry Kissinger bezeichnet die Entrümpelung Europas von Mittelstreckenraketen als „einseitige Konzession des Westens“. Und Fankreich, immerhin ein enger Verbündeter der Bundesrepublik und selbst Atommacht, beschwört die „Entnuklearisierung Westeuropas“ herauf. Gorbatschow verfolgt mit der „vollständigen Befreiung Europas von nuklearen Rüstungen“, wie es in der Erklärung aus Moskau heißt, zwar möglicherweise eine neue Politik, aber auch alte sowjetrussische Ziele. Hätte die sowjetische Strategie Erfolg und bliebe die Nato eines Tages in Europa ohne einsatzfähige Atomwaffen, dann könnte dies den atomaren Beistand Amerikas für die Sicherheit Europas in Frage stellen. Der Krieg, der seit 42 Jahren in Europa völlig undenkbar war, würde dann wieder möglich, weil der Kernsatz der atomaren Abschreckung, nachdem jeder Angreifer mit Vernichtung rechnen muß, dann keine Gültigkeit mehr besitzt. Offenheit beim Verhandeln und Festigkeit in der Sicherheitspolitik — das ist jetzt das oberste Gebot. Dabei sollte der Westen allerdings auch die Maxime bedenken, die Gorbatschow formulierte: „Es gilt die Sorgen und Interessen anderer Völker zu begreifen und die eigene Sicherheit nicht von der Sicherheit des Nachbarn zu trennen.“ Jeder, der sich um die Sicherheit Europas sorgt, muß hier den Mann im Kreml beim Wort nehmen. Er muß deutlich zeigen, daß er den Primat seiner Politik auch gegenüber der derzeitigen sowjetischen Militärdoktrin und Strategie wahren kann. Nur so kann der Friede in Europa über das Jahr 2000 hinaus erhalten bleiben.

Quellen:

ASMZ—Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, Nr. 11, Novemer 1985, 151. Jahrgang, Zürich 1985.

Das ABC des Kommunismus, von Nikolay I. Buscharin und Jewgenija A. Preobraschenskiy, Nachdruck der deutschsprachigen Erstausgabe, Wien 1920, Zürich, ohne Jahreszahl.

Die Artillerie — Entscheidende Waffe im konventionellen Kampf, Beiheft zur „Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift“ ASMZ, Nr. 7/8, Zürich, 1986.

Die sowjetische Militärdoktrin und Strategie, Michael Sadykiewicz, Koblenz, 1985.

Die Streitkräfte des Sowjetstaates, Marschall der Sowjetunion Grêcko, 2. Auflage, Moskau 1975: Deutsche Ausgabe, Berlin-Ost, 1975.

Die Zeit, Nr. 11, 42. Jahrgang, Hamburg, 6. März 1987.

Europäische Wehrkunde — Wehrwissenschaftliche Rundschau, Nr. 12, 34. Jahrgang Dezember 1985 und Nr. 11, 35. Jahrgang, Herford, November 1986.

European Security Studie — Esecs —, Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa, Zweiter Bericht der Europäischen Sicherheitsstudie — Esecs II, 1. Auflage, Baden-Baden, 1985.
 General-Anzeiger, 28. Februar/1. März, Bonn, 1987.
 Landesverteidigung, Nr. 41 Februar, Bonn, 1987.
 Militärlexikon, Berlin-Ost, 1973.
 Militär-Strategie, herausgegeben von Marschall der Sowjetunion W.D. Sokolowski, Köln, 1969.
 Nato-Brief, Bonn, Nr. 6/1986.
 Partija i Armija, herausgegeben von Armeegeneral A.A. Episev, Moskau 1977.
 Sicherheit über alles — Krieg und Frieden in sowjetischer Sicht, Gerhard Wettig, Köln, 1986.
 Sieg ohne Krieg — Moskaus Griff nach der Weltherrschaft, Graf Huyn, München 1984.
 Sowjetische Militärenzyklopädie-SME — Herausgeber: Marschall der Sowjetunion Grêcko und Marschall der Sowjetunion Orgakow, Band I—VIII, Moskau, 1976 bis 1980.
 Sowjetische Philosophie des Friedens, W. W. Sagladin, Moskau, 1981.
 Volk und Staat, Einführung in die Staatsform der parlamentarischen Demokratie, sechzehnte neubearbeitete Auflage, Berlin, 1976.
 Weißbuch 1985 — Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, Bonn, 1985.

Die Null-Lösung

Oder: Seit Prometheus das Feuer vom Himmel holtel

Heftig engagieren sich große und kleine Politiker ebenso wie der Mann — die Frau — von der Straße für die „Null“-Lösung in der Atombewaffnung.

In einem haben alle Recht, die Erfindung dieser Waffe ist eine drohende Geißel für die Menschheit.

Ob man sie aber abschaffen kann, ob es tatsächlich wünschbar ist, sie gänzlich abzuschaffen, ist eine andere Frage.

Wir wissen, daß seit jener Zeit, als Prometheus das Feuer vom Himmel geholt haben soll, das Wissen um Naturentwicklungen nicht mehr ausgelöscht werden kann. Seitdem es Feuer gibt, kann es kein „Nicht-Feuer“ mehr geben.

Seit das Pulver erfunden wurde, gibt es kein Zurück mehr in eine Zeit ohne Pulver.

Seit es die Entdeckung der Atomspaltung gibt, kann es keinen Weg mehr in die Gartenlaube des „Nicht-Atoms“ geben.

Wer heute für eine „Null-Lösung“ plädiert und sie auch durchsetzt, kann nicht verhindern, daß ein politischer Irrwisch oder Hassadeur sich eine Bombe bastelt und die Großmächte — oder wen auch immer — unter Druck setzt. Wir werden also — rein technisch gesehen — nicht umhin können, irgendwo ein gewisses Arsenal von dieser gefährlichen Waffe zu halten, damit jedem Amokläufer, der mit einer solchen Atomwaffe „Marke Eigenbau“ droht, ebenfalls die Vernichtung angedroht werden kann.

Es muß also nach einem anderen Weg gesucht werden. Und dieser Weg geht nur über die Umkehr im Denken der Menschen. Die Menschheit muß dem Gedanken des Krieges abschwören. Sie muß geistig umdenken. Nicht Ideologien und ferne Träume sind gefragt, sondern die Realität der Menschen — die Nächstenliebe.

Und dazu ist es notwendig, daß man sich auf das Wesen des Menschen als Geschöpf Gottes besinnt.

Der Weg zur Umkehr beginnt bei jedem einzelnen.

Es ist ein langer, ein gefährlicher Weg.

Denn an seinen Rändern stehen die vielen, die müde geworden sind und nun nach ihrer Laune zu leben trachten. Es stehen aber auch jene in Bereitschaft, die sich die vermeintliche Wehrlosigkeit zunutze machen wollen.

Ihnen muß Schach geboten werden können in dem Maße, wie sie Schaden androhen.

Diese fehlgeleiteten Menschen müssen erkennen, daß sie den wachsenden Friedensgedanken nicht mit Gewalt unterdrücken können, weil die, die den Frieden lieben, selbst auch verteidigungsbereit sind.

In dem Maße, in dem dann die Friedensliebe zu gemeinsamen Friedenswerken findet, wird die Gewalt minimiert.

Sicher aber ist dieser Friede nie. Er wird erst sicher sein, wenn Gott ihn schenkt als seine große Gnade für seine Schöpfung. Bis zur Wiederkunft Christi leben wir also in der Bedrohung. Und wir können sie nur mindern, wenn wir es vermögen, die Sünde zu überwinden und den Frieden zu fördern.

So hat auch die Null-Lösung ihren Preis.

Es wird sie nur geben, wenn die geistigen Kräfte sie durch Werke des Friedens sichern und eine große Weltorganisation die Geißel verwahrt zum Schutz des Friedens.

H.F.

Das aktuelle Buch

Wir leben das Evangelium

Kinder erzählen. Von Marianne Klein, 64 Seiten, gebunden, einige Zeichnungen, Verlag Neue Stadt, München—Zürich—Wien 1986. ISBN 3-87996-193-X.

In diesem kleinen Buch, das für Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren gedacht ist, läßt die Herausgeberin, Marianne Klein, Kinder aus der ganzen Welt kleine Begebenheiten aus ihrem Leben erzählen. Das Thema ist nur insofern vorgegeben, als die Erlebnisse der Kinder zu dem Evangelium vom Sämner (Lukas 8,5—8) passen sollen. Marianne Klein, als Religionspädagogin in der Jugendarbeit engagiert, erläutert für die kleinen Leser zunächst mit wenigen Worten dieses Lukasevangelium. Auch für das eigene kleine Erlebnis ist in diesem Büchlein Platz gelassen.

In der Einleitung, die sich direkt an die jungen Leser richtet, erklärt die Herausgeberin einige Begriffe und die Intention dieses Buches. In den Erzählungen der Kinder wird deren unbefangenes Vertrauen zu Jesus deutlich. Die schlichte Art, mit der die Kinder die kleinen Begebenheiten aus ihrem Leben erzählen, spricht nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene an. E.A.F.

Madeleine Delbrêl

Ein Leben unter Menschen, die Christus nicht kennen. Eine Biographie von Christine de Boismarmin. 176 Seiten, kartoniert, Verlag Neue Stadt, München—Zürich—Wien 1986. ISBN 3-87996-189-1.

Anhand von Auszügen aus ihren Schriften und Briefen sowie Zeugnissen und Erinnerungen von Freunden wird in diesem Buch der Lebensweg einer außergewöhnlichen Frau unserer Zeit gezeichnet.

Im Alter von zwanzig Jahren fand Madeleine Delbrêl (1904—1964) zum Glauben. Von 1933 an war sie im Sozialdienst in der kommunistischen Arbeiterstadt Ivry in der Nähe von Paris tätig, wo um sie herum eine kleine Gemeinschaft von Laien entstand. Jacques Loew hebt in seinem Vorwort zu dieser ersten Biographie Ma-

deleine Delbrêls hervor: „Madeleine war eine überzeugte Christin, und sie legte Wert darauf, Laie zu sein, aber mit dem Anspruch, das Recht — und die Pflicht — jedes Getauften auszuüben: Gott auf einzigartige Weise, bedingungslos und über alle menschlichen Grenzen hinweg zu lieben, diese Liebe überall zu leben und so selbst die Untergrundbahnhöfe gleichsam in eine Klausur zu verwandeln.“

Als Madeleine Delbrêl im Jahre 1964 starb, war sie zwar in Frankreich bei einigen Bischöfen bereits nicht mehr völlig unbekannt, aber ihr Bekanntheitsgrad reichte nicht weit über die Stadtgrenzen Ivrys hinaus. In Freundschaft verbunden blieben ihr zunächst lediglich die Bewohner der Stadt und die Gemeinschaft, die sie beseelt hatte und die seit ihrem Tod den Namen „Gruppen von Madeleine Delbrêl“ trägt. Nun aber, mehr als zwanzig Jahre nach ihrem Tod, sind ihr Name und ihr Werk auch über Frankreichs Grenzen hinaus bekannt. Christen berufen sich auf sie, geistliche Gemeinschaften nehmen ihr Leben zum Vorbild.

Im deutschen Sprachraum wurde Madeleine Delbrêl durch ihre Pionierleistungen auf dem Gebiet des Dialogs zwischen Christen und Nichtglaubenden und durch ihr Schrifttum (u. a. „Der kleine Mönch“) bekannt.

Doch ihre Bücher sagen wenig darüber aus, unter welchen Umständen sie die Liebe zu Gott und den Menschen gelebt hat. Das Anliegen dieser Biographie ist es deshalb, diese Lücke zu schließen. Die Autorin, Christine de Boismarmin, gehört zur Gemeinschaft von Madeleine Delbrêl und hat mit ihr zusammen die ereignisreichen Jahre in Ivry erlebt. Für dieses Buch, das in der Reihe „Zeugen der Zeit“ erschienen ist, hat sie die wichtigsten, größtenteils unveröffentlichten Dokumente aus dem Leben von Madeleine Delbrêl zusammengetragen. E.A.F.

Die Geschichte Roms

Michael Grant: Die Geschichte Roms. Von den Etruskern bis zum Untergang des Römischen Reiches. 416 Seiten, 57 s/w-Abbildungen, 25 Karten, 6 Stammtafeln, gebunden. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1986.

Rom — dieser Name steht als Begriff für eines der größten und machtvollsten Reiche der Welt-

geschichte, das bis in die Gegenwart nichts von seiner Faszination eingebüßt hat und dessen Spuren heute noch weiterleben. Das Römische Reich beeinflusste und bestimmte zum Teil den Verlauf der europäischen sowie der außereuropäischen Geschichte und den Verlauf des abendländischen Geistes- und Kulturlebens, der Politik, der Rechtsprechung und der Gesetzgebung.

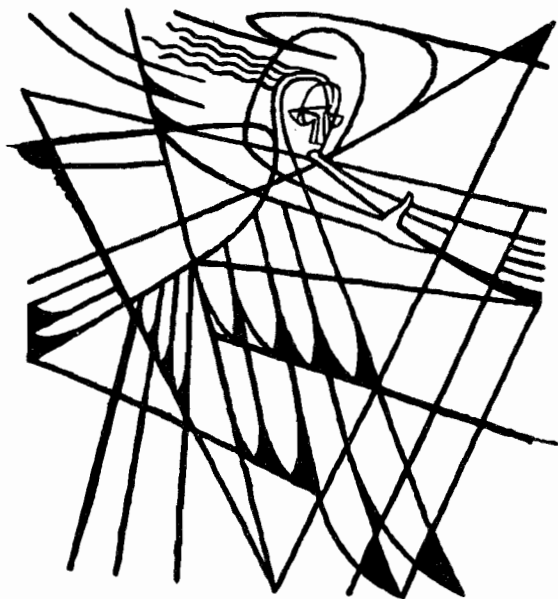
In diesem Werk, das bereits 1978 in englischer Sprache erschienen ist, versucht der Autor, in erzählerischer Form rund tausend Jahre römischer Geschichte zusammenzufassen. Grant stellt dar, wie sich Rom aus einer geradezu unscheinbaren, kleinen Siedlung am linken Tiberufer zum Zentrum eines Imperiums entwickelte, das rund um das Mittelmeer weite Gebiete auf drei Kontinenten vereinte. Die Romanisierung war vor allem das Ergebnis zahlreicher Feldzüge. In Zeiten des Friedens dagegen haben die römischen Dichter, Philosophen und Geschichtsschreiber, die Bildhauer und Architekten, die Juristen und Verwaltungsbeamten Leistungen vollbracht, die einzigartig waren. Grant zeigt diese Entwicklung auf, indem er brennpunktartig Personen und Ereignisse beschreibt, denen Rom politisch wie kulturell seine Vormachtstellung in der damaligen Welt verdankte. Dabei schildert er keineswegs nur markante und bekannte Persönlichkeiten wie zum Beispiel Caesar, Augustus oder Konstantin, sondern auch weniger bekannte und hebt ihre Bedeutung für Rom und für die Entwicklung im römischen Imperium hervor. So weist der Autor nicht nur auf Geschichtliches hin, sondern auch auf die römischen Leistungen in der Kunst und Literatur und beschreibt ebenso die wirtschaftlichen, sozialen und sogar — soweit dies für das Verständnis von Bedeutung ist — die sprachlichen, geographischen und klimatischen Verhältnisse in den verschiedenen Epochen. Sehr ausführlich und genau geht Grant auch auf die wechselseitigen Beziehungen zwischen Rom und seinen Provinzen ein und lenkt schließlich die Aufmerksamkeit des Lesers auf den allmählich einsetzenden Zerfall und den Untergang des Römischen Reiches.

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines bisher umfassendsten Werkes, in dem der Autor auch die neuesten Entdeckungen und Einsichten der Geschichtsforschung berücksichtigt, betont

er, daß es schwer sei, die Römer gerecht zu beurteilen, geradezu unmöglich sei es jedoch, dabei objektiv zu sein. Dies bleibe immer ein Versuch, ein Bemühen. Jedoch müsse der Historiker — auch wenn sich solche Beurteilungen im nachhinein nie auf alle damals wirksamen Begleitumstände und Tatsachen stützen können — zu bestimmten Problemen klar und verantwortungsbewußt Stellung nehmen. Auch wenn die Geschichte Roms in den großen Rahmen der griechisch-römischen Geschichte gehöre, so der Autor, sei Rom doch durchaus eigenständig gewesen. Deshalb sei die Auffassung, daß die römische Kultur eine Nachahmung der griechischen gewesen sei, längst überholt und widerlegt. Wie Grant ebenfalls in seinem Vorwort hervorhebt, habe er die Form der erzählerischen Geschichtsschreibung überall da unterbrochen, wo bestimmte Probleme ausführlicher zu behandeln sind. Dazu gehören Themen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie der literarischen und künstlerischen Entwicklung.

Wer sich für weitere Namen und Einzelheiten interessiert, findet in den Anmerkungen zusätzliche Informationen und ergänzendes Material. Auch das ausführliche Literaturverzeichnis, eine Zeittafel, die mit der Ankunft der Etrusker in Rom (625—600 v. Chr.) beginnt und erst mit dem Ende der Existenz des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahre 1805 n. Chr. endet, ein Verzeichnis antiker Quellen, sowie die Stammtafeln, Karten und Abbildungen ergänzen den Text und bieten Hinweise auf weiterführende Informationen.

Der Althistoriker Michael Grant, der heute in Italien lebt, ist Professor für Geisteswissenschaften an der Universität von Edinburgh und Präsident der Queen's University in Belfast. E.A.F.



Der Königsteiner Engel

In der Offenbarung des Johannes, auch Apokalypse genannt, geschrieben gegen Ende der Regierungszeit des römischen Kaisers Domitian (81 bis 96 n. Chr.), wird im 8. Kapitel von den sieben Engeln mit den sieben Posaunen berichtet. Jeder Posaunenton bringt Not und Elend. Der siebte Engel mit der siebten Posaune (11, 15–19) aber ist der Bote der Hoffnung.

So steht im Vers 15: „Der siebte Engel blies seine Posaune. Da ertönten laute Stimmen im Himmel, die riefen:

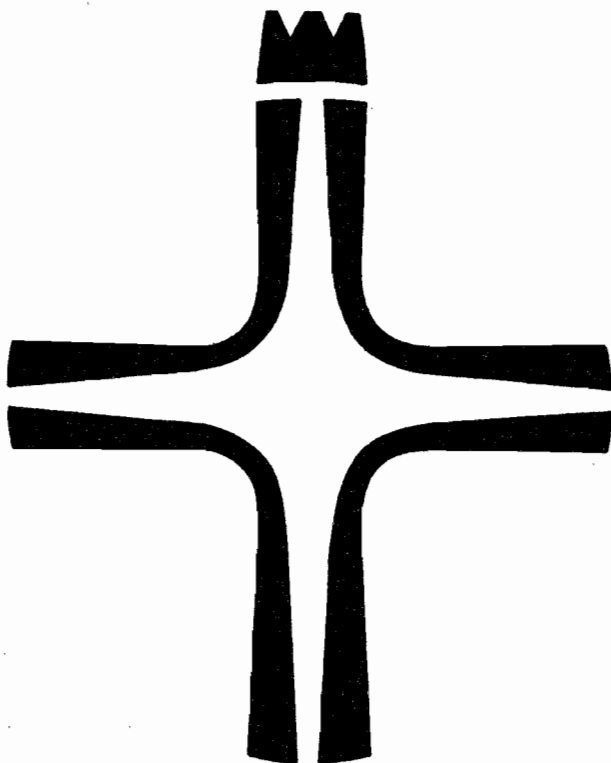
Nun gehört die Herrschaft der Welt
unserem Herrn und Gesalbten;
und sie werden herrschen in alle Ewigkeit.“

Dieser Engel mit der siebten Posaune, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt, hat den Künstler inspiriert. Er schuf in der schweren Zeit des Aufbaus nach dem Krieg am Haus der Begegnung in Königstein diesen Engel der Hoffnung.

In Königstein begann 1960 die organisierte Laienarbeit katholischer Soldaten.

Der Königsteiner Offizierkreis übernahm diesen Engel, weil auch er sich mit dieser Hoffnung identifizierte. So wurde der Engel zum Zeichen des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und auf den Königsteiner Offizierbriefen. „auftrag“ übernahm das Hoffnungszeichen und die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ wählte es als ihr Symbol.

Der Engel der Hoffnung ist damit Begleiter und Symbol katholischer Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 25 Jahren.



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a.D.), Chefredakteur

Wilhelm Lehmkämer (Oberstleutnant a.D.), Gesellschaft und Kirche

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.

Der Papst spricht zu Ihnen auf Deutsch

Durch seine deutschsprachige Zeitung, den OSSERVATORE ROMANO (Römischer Beobachter). Erleben Sie wöchentlich, was er uns zu sagen hat. Erleben Sie den Vatikan, Rom, die Weltkirche. Aus nächster Nähe.



Anfrage- und Bestelladresse:
L'OSSERVATORE ROMANO
in deutscher Sprache
I-00120 Vatikanstadt



L'OSSERVATORE ROMANO



radio vatikan

deutsch

täglich: 6.20 bis 6.40 Uhr
20.20 bis 20.40 Uhr



MW: 1530

KW: 6190/6210/7250/9645